

André Seifert
Worte des Wandels
Ein Essay

Inhalt:

Einleitung	2
I. <u>Die Vermittlung von Politik im massenmedialen Kontext</u>	4
II. <u>Die Interviews: Darstellung und Interpretation der gelieferten Konzepte, Begründungen und Prognosen</u>	9
III. <u>Naturalisierende Darstellungen als Begründungsmuster für politische Reformvorhaben</u>	34
IV. <u>Marginalisierungen und propagierte Konkurrenzen: Das Arbeiten mit Feindbildern zum Zweck der Legitimierung und Durchsetzung politischer Ideen</u>	45
V. <u>Die gesellschaftliche Positionierung der politischen Elite Deutschlands</u>	53
VI. <u>Die Situation des vertretenen Bürgers</u>	63
Literatur	68

Einleitung

In Anbetracht politischer Reformvorhaben sehen sich die Akteure der politischen Sphäre mit der Aufgabe konfrontiert, diese Vorhaben der Bevölkerung plausibel zu machen oder zumindest den Versuch zu unternehmen, eine gewisse Rechtfertigung und Begründung vorzulegen.

Insbesondere gilt das, wenn Reformpolitik die Bevölkerung direkt betrifft, sei es beispielsweise durch höhere steuerliche Belastungen, Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen und Arbeitsmarktreformen, die etwa längere Arbeitszeiten oder geringere Bezahlung zur Folge haben.

Gegenwärtig konstatieren die dominierenden Akteure des öffentlichen Diskurses - Politiker, Wirtschaftsvertreter und journalistische Kommentatoren - eine recht übergreifende Krise, die insbesondere am Sektor des Arbeitsmarktes gemessen wird. Die Vertreter der politischen Sphäre sind in ihrer Rolle als Entscheidungsträger in besonderem Maße gefragt, Analysen der krisenhaften Situation und Konzepte zu deren Lösung vorzulegen und zu vermitteln. Die Vermittlung findet im kulturindustriellen Kontext statt, beispielsweise wenn Politiker sich den Fragen von Journalisten zum Zwecke der medialen Verwertung stellen.

Die Sammlung und kontextuelle Verknüpfung themenbezogener Aussagen von Politikern, die im Rahmen von Interviews veröffentlicht wurden, soll im Mittelpunkt dieser Reflexion stehen, wobei sich auf Interviews aus den großen Wochenmagazinen Stern und Spiegel, um ein Interview mit dem Kanzler aus dem Focus erweitert, beschränkt wird - zum einen um das Material einzugrenzen, zum anderen aber auch weil in den Wochenmagazinen die jeweils wichtigsten Themen einer Woche verhandelt werden, während beispielsweise die Tagespresse als anfälliger für das alltägliche Hin und Her des politischen Betriebs erscheint. Die Wochenmagazine konzentrieren sich auf die kontinuierlicheren Themen der Bundespolitik.

Auf Seiten der gegenwärtigen Regierung steht in diesem thematischen Rahmen die Vermittlung der Hartz-Reformen (als Teil der Agenda 2010) zur Umstrukturierung des Arbeitsmarktes im Mittelpunkt, auf der Oppositionsseite werden dazu Gegenmodelle, Kritik und Modifikationswünsche vorgetragen. Die transportierten Haltungen weisen ein breites Spektrum auf; sie reichen vom Werben um Verständnis in Anbetracht von den Entscheidungsträgern selbst als unbequem aber notwendig erachteter Veränderungen bis zu Haltungen, die etwa eine zu große Bequemlichkeit innerhalb der deutschen Bevölkerung diagnostizieren und Slogans wie „Leistung muß sich wieder lohnen“ produzieren. In Anbetracht der Ausprägungen gegenwärtiger Reformpolitik ist der Begriff des sozialen Konflikts nicht mehr so fern wie in den Zeiten angeblichen allgemeinen Wohlstands.

Der thematische Schwerpunkt des vorliegenden Textes besteht im Nachdenken über die gesellschaftliche Positionierung von Vertretern der politischen Sphäre im Rahmen der Vermittlung von angestrebten oder bereits in der Verwirklichungsphase befindlichen Arbeitsmarktreformen. Es gilt zu untersuchen, wie sich diese Akteure einerseits zur Sphäre der Wirtschaft und andererseits zu den Betroffenen von vertretenen Reformvorhaben positionieren.

Die Betroffenen lassen sich zunächst einmal als die Bevölkerung definieren, der in ihrer Gesamtheit die Politik dargeboten wird. Konkret geht es allerdings um zahlreiche Differenzierungen innerhalb der Gesellschaft. Als rein funktionale Kategorien sind das in erster Linie die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen, auf ethisch-moralischer Ebene finden Differenzierungen von den Leistungswilligen bis hin zu den vielgescholtenen sogenannten

Sozialschmarotzern statt, wobei es sich hier um einen Begriff aus dem Bereich des Boulevardjournalismus handelt, das zugehörige Menschenbild jedoch auch von Berufspolitikern benutzt wird.

Es spielen also auch Feindbilder eine Rolle in der Vermittlung von Politik, was sich gerade am Beispiel des Arbeitsmarktes deutlich zeigt. Den zum Zweck der Werbung für Reformvorhaben verwendeten Feindbildern und deren Kehrseite der Identifikationsangebote soll in diesem Essay besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Positionierung der jeweiligen politischen Elite ist eine Frage der Legitimierung politischen Handelns.

Die Vertreter der politischen Sphäre treten in Wahlkämpfen, wenn es also darum geht, um die Gunst der Bevölkerung zu werben, als Interessenvertreter der Bevölkerung oder bestimmter Teile der Bevölkerung auf. Die Begründung demokratischer Wahlen besteht in der Entscheidung über die zu vertretenden Interessen. In der Zeitspanne zwischen zwei Bundestagswahlen ist es daher sinnvoll, zu untersuchen, inwieweit sich eine behauptete Interessenvertretung beibehält oder verschiebt. Die Interessenvertretung ist in der Organisations- und Repräsentationsform der Volksparteien in der Regel ein nicht immer eindeutiger Vorgang. Wessen Interessen erscheinen in Anbetracht der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik dominierend, welche Interessen werden behauptet und der Bevölkerung nahegelegt?

Es gilt zu untersuchen, als wessen Vertreter Politiker im Anbetracht der aktuellen Politik der sozialen Einschnitte auftreten, mit welchen Definitionen von Gesellschaft, Staat und Arbeit argumentiert wird und welche angeblichen Notwendigkeiten und Sachzwänge zur Legitimation von Reformvorhaben angeführt werden.

Im Hinblick auf die angeführten Notwendigkeiten und Sachzwänge ist die Definition des Gegebenen von besonderem Interesse. Das Gegebene – man könnte auch von den Tatsachen oder der Sachlage sprechen- ist zunächst einmal nicht mehr als eine Behauptung. Da jedoch in Interviews derartige Behauptungen häufig nicht weiter hinterfragt werden, entzieht sich das so präsentierte in gewisser Weise der Kritisierbarkeit. Gerade dann, wenn eine bestimmte Definition einer Sachlage von verschiedenen Akteuren aufgegriffen wird und somit häufiger über die Massenmedien Verbreitung findet, gewinnt die jeweilige Definition an Gewicht, was jedoch nichts über deren tatsächlichen Gehalt aussagt.

Die Frage nach dem Gehalt einer Sachlagendefinition läßt sich auf unterschiedlichen Ebenen stellen: Neben dem rein faktischen, könnte auch nach dem ethischen oder sozialen Gehalt behaupteter Sachzwänge gefragt werden.

Für die Analyse des Unhinterfragten in öffentlichen Debatten, hier auf Politikerinterviews beschränkt, dient als Basis die dekonstruktivistische Theorie Donna Haraways, die der Bedeutung von naturalisierenden Darstellungen als Machtinstrument nachgeht. Beim hier vorliegenden Text handelt es sich jedoch ganz bewußt nicht um eine rein wissenschaftliche Arbeit. Wissenschaftliche Bezüge werden lediglich als Denkanstöße und Instrumente herangezogen, wenn sie dem Erkenntnisgewinn dienlich erscheinen.

I. Die Vermittlung von Politik im massenmedialen Kontext

Der gebräuchliche Begriff der Mediendemokratie weist auf einen engen Zusammenhang der beiden Bereiche der Medien und der politischen Sphäre hin. Dabei ist dieser Begriff durchaus mehrdeutig: Vordergründig wird damit die alltägliche Interaktion dieser beiden Sphären bezeichnet, die zur Verbreitung von Politik über die Massenmedien eben notwendig ist. Darüber hinaus verdeutlicht der Begriff der Mediendemokratie jedoch auch die Machtposition der Massenmedien und die Angewiesenheit des Politikers auf diese Medien.

Was Mediendemokratie aber auch bedeuten kann, zeigen Beispiele aus anderen Ländern: In Italien sicherte sich Regierungschef Silvio Berlusconi nicht zuletzt durch die wohlgesonnene Berichterstattung in den Fernsehsendern und Zeitungen seines eigenen Medienimperiums die Unterstützung der Wählerschaft, in den USA wurde die in der Bevölkerung zunächst weit verbreitete Unterstützung des jüngsten Irak-Krieges nicht unwesentlich durch eine suggestive und teilweise unseriöse Berichterstattung regierungsnaher Medien geschürt.¹ Aber auch in Deutschland ist die Verbindung von Politik und Medienbranche nicht allein auf der Basis der offenen Interaktion angesiedelt. So ist es beispielsweise zwar Allgemeingut, daß die Presse des Axel-Springer-Verlags traditionell dem konservativen Lager verbunden ist, aber als offizielles Parteiblatt mochte sich die Bild-Zeitung bisher dennoch nicht präsentieren.²

Die gerade in der amerikanischen Tradition klassische Rolle der Medien als „Wachhund der Demokratie“, also als unabhängige aufklärende Instanz für die Bevölkerung, scheint durch die finanzielle Beteiligung von Parteien, einzelner Politiker oder parteinaher Funktionäre an Organen der Massenmedien gefährdet. Neben Ideologie und Richtungstreue spielen auch Motive der Abhängigkeit eine Rolle im Hinblick auf die Form der Berichterstattung. Es zeigt sich, daß die Massenmedien kein neutrales Feld sind, in dem die Meinungen und Erkenntnisse der Akteure als auch der Konsumenten mit offenem Ausgang reifen könnten.

Bereits in der ursprünglichen Theorie der Kulturindustrie von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer wird der Zusammenhang von Unterhaltungsbranche und Wirtschaft analysiert.³ Dort wird die Kulturindustrie als ein Motor gesellschaftlicher Integration beschrieben, der den Menschen ihre fremdbestimmten Möglichkeiten und Beschränkungen vor Augen führt und diese damit zum sich Einfügen in die herrschenden Verhältnisse einlädt, wobei auch praktisch gar keine Möglichkeit der Verweigerung besteht. Diese Art der Integration durch das Aufzeigen unhinterfragter Gegebenheiten ist jedoch nicht allein im Bereich der klassischen Unterhaltungsindustrie anzusiedeln.

Gerade in den sich als seriös darbietenden Medien findet die Abbildung der real existierenden Herrschaftsverhältnisse statt, was nicht zwangsläufig mit dem Informationsauftrag des

¹ Besonders regierungstreu zeigte sich der Fernsehsender Fox, der zum Medienimperium des Australiers Rupert Murdoch gehört, der weltweit im Mediengeschäft vertreten ist. In den stark patriotisch gefärbten Fox-Nachrichten wurden die jeweiligen Darstellung der Bush-Regierung unhinterfragt übernommen; so wurde beispielsweise die von der Bush-Regierung behauptete Verstrickung des Iraks in die Anschläge vom 11.9.2001 der amerikanischen Bevölkerung immer wieder als Tatsache präsentiert, was auch in den deutschen Medien kritisch registriert wurde.

Ausführliche Informationen zur Lage der Medien in den USA findet man beispielsweise auf der Website www.mediachannel.org

² Ein aktuelleres Beispiel für Verflechtungen politischer Akteure mit Organen der Massenmedien stellt die Beteiligung der SPD an der Frankfurter Rundschau dar.

³ Ein prägnantes Beispiel sind die bereits damals in den USA bekannten „Soap-Operas“, die ihren Namen tatsächlich ihrer ursprünglichen Funktion als Werbepattform für die Waschmittel-Industrie verdanken, die für die Finanzierung dieser Unterhaltungsformate verantwortlich zeichnete.

seriösen Journalismus verbunden ist. Neben der bloßen Abbildung von Gegebenheiten bietet der Journalismus auch die Möglichkeit der Analyse und der kritischen Auseinandersetzung. In welchem Umfang diese Möglichkeiten genutzt werden, läßt Rückschlüsse über die jeweilige gesellschaftliche Positionierung eines Mediums zu.

Wenn die gegenwärtige Reformpolitik in weiten Teilen der Presse Unterstützung findet, so spricht das nicht in erster Linie für die gern behauptete Unausweichlichkeit dieser Politik, sondern es zeigt auch, wie sich die jeweiligen Medien zur Gesellschaft positionieren. Selbst wenn ein Politiker scheinbar ungefiltert im Fernsehen seine Aussagen verbreiten kann oder auch für die Printmedien interviewt wird, spielt das jeweilige Setting eine nicht unerhebliche Rolle.

Der im Umgang mit den Medien erfahrene und mittlerweile auch häufig geschulte Politiker kennt zwar rhetorische Kniffe, um unangenehme Fragen auszuweichen oder auch seine Aussagen möglichst aussagefrei zu halten, aber in der Regel wird er sich in Interviewsituationen an den gestellten Fragen orientieren müssen. Zwischen Interviewern und dem jeweils interviewten Politiker besteht also eine Interaktion, wobei der Interviewer nicht als eine Art urteilsfreie Fragemaschine betrachtet werden kann. Die Fragen bestimmen zu einem Teil, in welche Richtung ein Interview sich bewegt, welches Bild der zu verhandelnden Thematik gezeichnet wird.

Im Fernsehen ist diese Form der journalistischen Einflußnahme besonders offensichtlich, beispielsweise zeigt sich hier regelmäßig, daß die Zusammensetzung einer Talkrunde nicht unerheblich zu deren möglicherweise bereits vorher feststehendem Ergebnis beiträgt. Auch die Reaktionen des interviewenden Journalisten lassen sich im Fernsehen besser beobachten, als dies im Falle von Printmedien möglich ist: So kann man beispielsweise studieren, wie schnell sich eine Gastgeberin einer politischen Runde mit den Aussagen eines Gastes zufriedengibt oder ob sie nachfragt, was Rückschlüsse über die politische Haltung der Gastgeberin zuläßt.

In Print-Interviews ist die Dimension des spontanen Handelns des interviewenden Journalisten für den Leser nicht mehr eindeutig zu entschlüsseln, weil auch nicht immer ersichtlich ist, ob ein bereits vorher feststehender Fragenkatalog ohne Abweichungen durchgegangen wird oder inwieweit sich Modifikationen in der Fragestellung aus dem Gespräch ergeben. Was den Bereich der Print-Interviews mit Politikern jedoch interessanter erscheinen läßt als deren Reisen durch die diversen Polit-Talkshows ist die Macht des gedruckten Wortes. Zwar hat das auf Film festgehaltene Wort im Streitfall die höhere Beweiskraft, aber für eine schriftlich festgehaltene Äußerung kann ein Politiker in der Regel keine Affekthandlung geltend machen. Das Publikum kann davon ausgehen, daß die Worte eines Politikers, die er den Interviewern eines Magazins oder einer Zeitung diktiert, wohlüberlegt sind und nicht bloß im Eifer eines Gefechts zum Besten gegeben werden.

In jedem Fall ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß im Bereich der alltäglichen Interaktion von Politik und Medien, die Vertreter der politischen Sphäre niemals auf ein neutrales Feld treffen. Die Massenmedien sind mehr als ein schlichtes Sprachrohr der politischen Elite – zumindest ist es Teil ihres gesellschaftlichen Auftrags, mehr als das zu sein. Wenn sich weite Teile der Massenmedien jedoch dazu entschließen, simples Sprachrohr der politischen oder auch einer anderen Elite zu sein, so ist das keinesfalls ohne größere Bedeutung und es muß dann nach möglichen Motivationen gesucht werden.

In Anbetracht des Beschlusses des Arbeitslosengeldes II, Teil des Reformpakets Hartz IV, scheint nun bei einigen Medienorganen ein soziales Gewissen erwacht, das bis zu diesem

Zeitpunkt in der Reformdebatte eher Seltenheitswert hatte: Die Bild-Zeitung lies angesichts Hartz IV den Frankfurter Wirtschaftsethiker Friedhelm Hengsbach zu Wort kommen⁴, der dort die Gefahr der Verelendung innerhalb der deutschen Gesellschaft diagnostizierte. In der Polit-Talkshow von Frau Christiansen wurde indessen gar die Frage nach dem sozialen Frieden gestellt⁵, wobei doch gerade Christiansens oft mit persönlichen Freunden der Gastgeberin besetzter Elitenzirkel das Volk regelmäßig zum kollektiven enger schnallen des sprichwörtlichen Gürtels und zur Herabsetzung der allgemeinen Ansprüche animiert. Ein Kehrtwende ließ sich auch in der Berichterstattung des Stern feststellen, der mittlerweile hin und wieder auch einmal den Betroffenen der diversen Reformen einen Bericht widmet⁶, während in den Zeiten vor und während des beginnenden Reformprozesses häufig die gleichen reformbegeisterten Glaubensgrundsätze verbreitet wurden, wie in weiten Teilen der Presse: Deutschland muß sich bewegen, Wir sind alle zu verwöhnt, Die Reformen gehen nicht weit genug⁷.

Doch nun ist plötzlich allerorten die Rede von der Gefährdung des Sozialstaats, was entweder darauf hindeutet, daß sich einige Journalisten erst jetzt ernsthaft mit den Reformvorhaben auseinandergesetzt haben, zu deren freiwilligen Propagandisten sie sich im Vorfeld machten, oder daß die Presse sich doch lieber wieder zur Bevölkerung bekennt, nicht zuletzt weil die Elite rein zahlenmäßig eben doch ein weniger einträglicher Kundenkreis ist als die breite Masse der Bevölkerung.

Es zeigt sich, daß die Medien gegenüber den Politikern bezüglich der Möglichkeit plötzlicher Kurswechsel im Vorteil sind.⁸ Politiker hingegen werden für veränderte Positionen, die mitunter ja durchaus auf gewonnener Einsicht beruhen können, gerne in den Medien verhöhnt. Ein radikaler Kurswechsel eines Politikers käme also einem Gesichtsverlust gleich. Nicht zuletzt wegen einer hämischen Haltung der Presse gegenüber Verschiebungen politischer Positionen mag sich der gegenwärtige Bundeskanzler tatsächlich gezwungen sehen, keine andere Politik machen zu können, wie er des öfteren verlauten läßt.

In diesem Zusammenhang spielt es natürlich eine Rolle, welche Position von der Presse in weiten Teilen gerade getragen wird. Wenn die Leitmedien der Republik tatsächlich eine neue soziale Bewegung initiierten, könnte der Kanzler scheinbar ohne Gesichtsverlust Abstand von seinem bisherigen Reformkurs nehmen und könnte sich dann dafür womöglich noch von der Presse feiern lassen, weil er auf Volkes Stimme gehört habe. Wenn allerdings der Lauf der Geschichte ergäbe, daß ein derartiger medieninitiiertes Rückzieher tatsächlich eine unkluge Entscheidung gewesen sein sollte, könnte den betreffenden Politiker der Spott der Meinungsmacher rückwirkend dennoch treffen.

Verantwortung und Selbstkritik sind in den gesellschaftlichen Sphären der Politik und der Massenmedien an sich keine unangebrachten Tugenden.

⁴ Am 23.07.04: „Sozialexperte Prof. Hengsbach: Hartz IV „Kampfansage an die Schwachen““

⁵ Am 18.07.04: Unter anderem mit Gesine Schwan als Podiumsgast und einigen Hartz IV-Betroffenen als Gäste im Publikum, denen wie zu Erwarten nur ein Bruchteil der Redezeit zugestanden wurde.

⁶ So widmete sich ein Artikel einigen Menschen, die vom bereits existierenden Druck zum Wohnortwechsel bei längerer Arbeitslosigkeit betroffen waren, was mit der Frage verknüpft war, ob Heimat mittlerweile ein Luxus sei. Auch die finanziellen Auswirkungen von Hartz IV wurden an einigen Fallbeispielen durchgerechnet.

⁷ Immer wieder in der wöchentlichen Kolumne von Hans-Ulrich Jörges, der sich mittlerweile als entschiedener Reformkritiker in diversen Talkshows präsentiert, aber auch in Artikeln wie „Deutschland, ein Sanierungsfall“ vom 10.07.03.

⁸ Ein prägnantes Beispiel aus dem Ausland ist die wiedererwachte Kritikfähigkeit der US-Medien an der Bush-Regierung in Folge des Folterskandals im Rahmen des Irak-Krieges, aufgedeckt durch Fotos aus Soldatenkreisen, die der Fernsehsendung „60 Minutes“ und der Zeitschrift „The New Yorker“ zugespielt wurden.

Zur Veranschaulichung sei hier das Beispiel des „Florida-Rolf“ genannt. In diesem Fall führte eine Kampagne der Bild-Zeitung, gefolgt von anderen Medien, zu einer Gesetzesänderung die immerhin alle außerhalb Deutschlands lebenden deutschen Staatsbürger betrifft, die Anspruch auf Sozialhilfe haben. Das mag in diesem Fall kein ausgesprochen großer Personenkreis sein, doch als Beispiel für Politik, die aus medialer Zuspitzung entsteht, ist es beeindruckend. Hier konnte man eine Allianz von Politik und Massenmedien beobachten, oder besser gesagt eine Anbiederung der Politik an die Massenmedien, bei der es auf beiden Seiten scheinbar nur Gewinner gab: Die Bild-Zeitung bekam ihren Willen und konnte einmal mehr ihre Macht demonstrieren, die beteiligten Politiker konnten sich für ihr hurtiges Handeln wiederum von der Bild-Zeitung loben lassen. Die übrigen Medien reagierten auch nicht allzu empört, besagter Florida-Rolf wurde weiter durchgereicht und mußte sich auch noch von der Talkshow-Gastgeberin Sandra Maischberger als uneinsichtiger „Sozialschmarotzer“ vorführen lassen.

Was nicht allzuoft erwähnt wurde, war daß es sich bei dieser Allianz zwischen Politik und Bild-Zeitung um eine PR-Aktion in jeweils eigener Sache und in gegenseitigem Einvernehmen handelte, allerdings auf dem Rücken gänzlich unbeteiligter Menschen. Es spricht für ein nicht unerhebliches Maß an Kälte auf beiden Seiten, wenn die Bereitschaft, Dritte zum Zwecke der Selbstinszenierung zu opfern derartig hoch ist. Dabei ist hervorzuheben, daß die Politik in diesem Fall überhaupt nicht auf die sogenannte Stimme des Volkes reagiert hat.

Es gab keinen breiten öffentlichen Widerstand gegen als zu großzügig empfundene Sozialleistungen, weder vor der Berichterstattung noch in deren Folge, obwohl der Volkszorn durchaus geschürt wurde. Es war eine selbsternannte „Stimme des Volkes“, in diesem wie in vielen anderen Fällen die Bild-Zeitung, deren Hetzkampagne gegen eine einzelne, schutzlose Privatperson von der Politik zum Anlaß genommen wurde, die Lebenssituation einer Vielzahl von Menschen zu verschlechtern, was als Indiz für eine Bindungslosigkeit der politischen Sphäre mit der „einfachen“ Bevölkerung, deren Unterstützung sie an der Wahlurne doch so bitter nötig hat, betrachtet werden kann.

Über Medien wird, wie dieses Beispiel zeigt, nicht nur Politik vermittelt. Gelegentlich machen Medien auch ganz offensiv Politik und setzen zu diesem Zweck Politiker unter Handlungsdruck. Von einzelnen Organen der Massenmedien initiierte Kampagnen zur Beeinflussung politischer Entscheidungen sind allerdings keine neue Erscheinung.⁹ Was allerdings irritiert, ist die Bereitschaft von Vertretern der Politik, sich ohne große Not der Vorlagen der Massenmedien anzunehmen. Man muß sich fast fragen, ob die betreffenden Politiker sich denn wirklich so sehr nach allgemeiner Zuneigung sehnen, daß sie nicht davor zurückschrecken, bewährte Gesetze für ein angebliches Stückchen dieser Zuneigung über Bord zu werfen.

Gelegentlich wird von kritischen Journalisten der Hang von Politikern zu einem gewissen Meinungsumfragen-Fetischismus geißelt, andererseits herrscht kein Mangel an Politbarometern und der wöchentlichen Frage „Was würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?“ Derartige Medienphänomene begünstigen eine Auffassung von Politik als einer Art sportlichen Wettkampf, in dem in gewisser Weise spielerisch um Prozentpunkte auf der Beliebtheitskala gekämpft wird. Das Diagramm der Sympathiewerte hat die Funktion der Anzeigentafel bei einem Sportturnier. Der spielerische Faktor dabei ist der angestachelte sportliche Ergeiz, jedoch gibt es in der Politik auch Entscheidungsfelder, in denen jeglicher Profilierungseifer gänzlich unangebracht ist, was von der politischen Elite

⁹ Jüngst wurde beispielsweise im Zuge des Jubiläums der Zeitschrift „Brigitte“ an deren Kampagne zur Förderung von Tagesmüttern aus den 70er Jahren erinnert.

beispielsweise in Situationen, in denen über Krieg oder Frieden entschieden werden muß, ja auch geschlossen immer wieder betont wird. Daß sich an derartig ehrenvolle Bekundungen nicht zwangsläufig gehalten werden muß, versteht sich von selbst.

Gerade in Zeiten des damals anstehenden jüngsten Irak-Krieges war die Art der politischen Auseinandersetzung auch in Deutschland aufgrund einiger Überhöhungen¹⁰ nicht unbedingt dem Ernst der Lage angemessen.

Daß die Sphäre der Berufspolitik der Werbeindustrie nicht unähnlich ist, zeigt sich vordergründig am Hang vieler Politiker zu PR-Auftritten, aber auch schon an den gängigen Wahlplakaten und Wahlwerbepots. Der wesentliche Unterschied zur Werbebranche besteht darin, daß im Bereich der Berufspolitik für die eigenen Produkte in Form von Ideen und Standpunkten geworben werden muß, während die Werbebranche in erster Linie noch die Produkte der produzierenden Industrie den Konsumenten schmackhaft zu machen hat. Diese Einheit von Produktion und Werbung in der Politik trägt nicht unbedingt zu deren Glaubwürdigkeit bei, wobei indes auch der Werbebranche im Allgemeinen nicht allzu große Glaubwürdigkeit zugestanden wird. Natürlich beschäftigt auch die Politik Werbeagenturen und PR-Profis zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit¹¹, aber auch wenn ein Politiker sich den Kameras und Mikrofonen der Massenmedien stellt, spielt Werbung im Sinne des Werbens um die Gunst und Unterstützung des Publikums eine nicht unwesentliche Rolle.

Da jedoch das Publikum im Umgang mit Werbung in der Regel durch lebenslange Erfahrung inklusive anfänglicher Enttäuschungen bestens geschult ist, die kritische Haltung gegenüber einprägsamen Werbeslogans mittlerweile eine soziale Kompetenz darstellt, wirken die Bemühungen der Politiker bei der Öffentlichkeitsarbeit oft unbeholfen und mit dem Makel behaftet, das Publikum in seiner Urteilsfähigkeit zu unterschätzen und in seiner Intelligenz zu beleidigen.

Die Distanz zwischen dem Publikum, also der potentiellen Wählerschaft, und den Vertretern der politischen Sphäre wird durch deren offensives Werben um Unterstützung nicht verringert.

Werbung für Politik ist als verwandt mit der Werbung für ein Warenangebot zu betrachten, beide sind gleichermaßen mit Vorsicht zu genießen. Die Warenwerbung aus den professionellen Werbeagenturen ist allerdings häufig „besser gemacht“, was dem in seiner Medienkompetenz scheinbar ernstgenommenen Publikum in einigen wenigen Fällen zumindest noch Anerkennung entlocken kann, wenn ein Spot besonders aufwendig produziert, besonders geschmackvoll inszeniert oder auch besonders ironisch daherkommt.

Das Werben des Politikers wirkt im Vergleich oft etwas plump, häufig bieder, manchmal arrogant. Denn im Gegensatz zur Warenwerbung richtet sich die politische Öffentlichkeitsarbeit meist nicht an die Eigeninteressen des Individuums, sondern appelliert an dessen Verantwortungsgefühl zum Wohle der Allgemeinheit. Die immer wiederkehrenden Behauptungen einzelner Politiker, zu wissen, wo es lang geht und was gut ist für das Land, wirken in einer eingeschränkt obrigkeitshörigen Gesellschaft wie autoritäres Gehabe.

Wenn Politiker Interviews gewähren, sei es Fernsehen, Rundfunk oder den Printmedien, dann geschieht dies mit Vorliebe, wenn es darum geht, neue Themen auf die Tagesordnung der

¹⁰ So warnten Vertreter der Union unablässig vor der angeblich verheerenden Aufkündigung des transatlantischen Bündnisses, wo es doch eigentlich nur um die Frage der Unterstützung zweifelhafter Kriegsabsichten ging. Aber auch die Selbstinszenierung der SPD als neuer Friedenskraft wirkte zum einen aufgrund der geringen Einflußkraft auf die Kriegsentscheidung, zum anderen aber auch in Anbetracht der einstigen Befürwortung und Beteiligung am völkerrechtlich fragwürdigen Kosovo-Krieg wenig angemessen.

¹¹ Ein aktuelles Beispiel ist die Werbekampagne zur Agenda 2010 mit der zentralen Aussage „Darum!“.

medial stattfindenden Politik zu setzten, wobei ein gewisses Maß an Provokationsfreudigkeit nicht undienlich zu sein scheint.¹² Es zeigt sich in Folge der Veröffentlichung, welche Vorlagen von den Massenmedien aufgegriffen werden, im besten Fall in den Fernsehnachrichten, und wie intensiv und dauerhaft die öffentliche Erregung anhält, was gegebenenfalls zum Anlaß für Bundestagsdebatten genutzt wird und somit dann auf der Ebene politischer Entscheidungen angelangt ist.

Politiker nutzen also den Umweg über die Massenmedien bewußt zur politischen Einflußnahme, was dazu führt, daß sich die politische Elite in Bundestagsdebatten und auf Kongressen nicht zwangsläufig mit wirklich allgemein als dringend bewerteten Problemen, sondern sich auch des öfteren mit den medial verbreiteten Ideen einzelner Politiker beschäftigt, was womöglich auf Kosten der Beschäftigung mit wichtigeren Themen und ausgewogeneren Ansätzen geschieht. Daß Politiker Interviews auch mehr oder weniger geschickt als Ablenkungsmanöver von tatsächlich praktizierter Politik nutzen können, zeigte Bundeskanzler Schröders in Zeiten gravierender Mängel und erschwerter Zugangsbedingungen im Bildungssystem initiierte Eliten-Diskussion. Das Interview ist also nicht bloß Informationsquelle und gegebenenfalls Unterhaltungsformat, sondern auch politisches Instrument.

II. Die Interviews:

Darstellung und Interpretation der gelieferten Konzepte, Begründungen und Prognosen

Die zusammenfassende Darstellung und Interpretation der vorliegenden Interviews orientiert sich an übergreifenden Themenfeldern, die in den meisten Interviews angesprochen werden. Um die verschiedenen Interviews in einem Kontext zu betrachten, werden zunächst die jeweils thematisierten Problemlagen gegenübergestellt. Es handelt sich dabei um die gesellschaftlichen Szenarien, die von den Politikern in ihren Äußerungen gezeichnet werden.

Ein weiterer Rahmen umfaßt die jeweils angeführten Notwendigkeiten und Sachzwänge, wobei die Grenze zum Bereich der Problemdefinitionen nicht klar abzugrenzen ist. Allerdings geht es hier eher um die Legitimation konkreter Reformvorhaben, wie beispielsweise geforderter Arbeitszeiterhöhung oder der Einführung des Reformpakets Hartz IV.

Ein anderes Themenfeld besteht in den Definitionen von Gesellschaft und Staat im Verhältnis zueinander, mit denen die Politiker in den Interviews argumentieren. Anhand diesbezüglicher Äußerungen lassen sich mitunter schon Rückschlüsse darüber ziehen, als wessen Vertreter die jeweiligen Politiker in diesem Zusammenhang auftreten, die Frage der Interessenvertretung soll aber auch noch einmal anhand mehr oder weniger expliziter Äußerungen separat beleuchtet werden.

Neben den jeweiligen Definitionen zentraler Elemente innerhalb der stattfindenden Reformdebatte, spielen auch persönlichen Überzeugungen der agierenden Politiker eine Rolle.

Wie ein religiöses Glaubensbekenntnis ist in gewisser Weise auch die mehr oder weniger inbrünstig vorgetragene Überzeugung der argumentativen Diskussion nicht zugänglich. Es handelt sich um Aussagen, die nicht an realen Gegebenheiten zu messen sind. Deutlich wird dies beispielsweise, wenn Bundeskanzler Schröder wiederholt betont, er sei davon überzeugt,

¹² Ein prägnantes Beispiel ist die Debatte um das Ausmaß medizinischer Versorgung für ältere Menschen, die im Jahr 2003 von CDU-Nachwuchspolitikern Philipp Mißfelder ins Rollen gebracht wurde.

das einzig Richtige zu tun. Eine solche Äußerung kann faktisch weder bestätigt noch entkräftet werden, weil allein schon die Definition des Richtigen unendlich viele Ausprägungen zuläßt und der Kritiker bei Versuchen, aufzuzeigen, daß ausgerechnet diese eine Sichtweise des Richtigen falsch sei, beispielsweise in einem gängigen Talkshow-Ritual gern mit der Aufforderung abgekanzelt wird, doch erst einmal eine bessere Alternative anzubieten.

Es wird in der Politik nicht selten mit Überzeugungsbekundungen gearbeitet. Anhand der vorliegenden Interviews soll untersucht werden, welche Positionen dadurch gestützt werden sollen.

Zur Vorgehensweise

Das zu interpretierende Material besteht in den verbalen Äußerungen der interviewten Politiker zu den festgelegten Themenfeldern. Es findet also keine Interpretation der Kommunikation und Interaktion zwischen Politiker und beteiligten Journalisten statt, zum einen weil das jeweilige Setting meist weitgehend unbenannt bleibt, zum anderen weil die gesellschaftliche Sphäre der Massenmedien und die Rolle der Journalisten nicht Mittelpunkt des Interesses dieser Reflexion sind.

Die für die Analyse der Thematik wichtigen Interaktionspartner der Politiker finden sich zum einen in der Sphäre der Wirtschaft, zum anderen sind es die Betroffenen der aktuellen Reformpolitik, also Mitglieder der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung.

Es findet im Folgenden also eine Standpunktanalyse statt, die zu beleuchtenden Interaktionen ergeben sich indes aus den Aussagen der Politiker in den Interviews.

Die Interpretation wird sich an den Angeboten der jeweiligen Aussagen orientieren. So soll versucht werden, die jeweils Angesprochenen zu benennen und auch diejenigen zu benennen, über deren Situation verhandelt wird und die dabei nicht als Kommunikationspartner angesprochen werden. Wenn aus vorausgesetzten Sachlagen bestimmte Schlußfolgerungen gezogen werden und spezifische Handlungslegitimationen abgeleitet werden, soll diesen scheinbar eindeutigen Schlußfolgerungen eine entgegengesetzte Möglichkeit gegenübergestellt werden, um die spezifische Tendenz der Schlußfolgerung des jeweiligen Politikers und deren Implikationen bezüglich herrschender und anvisierter Verhältnisse zu betonen. Es soll einer erhobenen Position eine mögliche Gegenposition entgegengestellt werden, um aufzuzeigen welche Deutung, Perspektive oder Möglichkeit eben nicht benannt wird, was darauf hindeutet, in welchen Interessen- und Machtkonstellationen die jeweiligen Politiker sich positionieren. Natürlich sind die entworfenen Gegenpositionen genauso sehr eigenen Standpunkten verhaftet wie die Positionen der Politiker selbst, dies ist aber zum Zweck der Abgrenzung nicht hinderlich. Diese Abgrenzung wird als sinnvoll erachtet, um die Äußerungen aus ihrem Fluß zu reißen und in einen anderen Kontext zu stellen, einen Kontext, der sich allein auf den jeweils thematisierten Gegenstand bezieht und die Einbettung der Statements aus dem ursprünglichen Interview-Kontext löst. Durch eine solche Enthebung aus einem präsentierten Rahmen ergibt sich im Ideal ein klareres Bild des tatsächlich Gesagten, auch wenn das kontextverwischende Herausheben einzelner Aussagen gerade in öffentlichen Debatten umstritten ist und der Hinweis auf den fehlenden Kontext häufig dem so Angegriffenen als Verteidigungsstrategie dient, so bleibt das Gesagte dennoch gesagt und hat auch ohne den entsprechenden kontextuellen Rahmen Aussagekraft für sich allein.

Am Anfang steht jedoch ein kurzer Überblick der interviewten Politiker und der zentralen Punkte, an denen sich für die zusammenfassende Darstellung und Interpretation des Materials orientiert wurde.

Zur Auswahl der Interviews

Bei einer überschaubaren Anzahl von Interviews, stellt sich die Frage, inwieweit sich ein umfassendes Gesamtbild ergeben kann, welches nicht bloß ein diffuses Rauschen in einem unübersichtlichen Kosmos der differenziertesten Einzelpositionen einfängt. Auch wenn eine solche Auswahl meist irgendeiner Art von Willkür unterliegt, was sich hier in der Festlegung des Zeitraums der zu berücksichtigenden Interviews und der Beschränkung auf die Wochenmagazine ausdrückt, so zeigen die Äußerungen der verschiedenen Politiker zu bestimmten Themenfeldern doch eine deutliche Kontinuität, die dem durchschnittlichen Medienkonsumenten in ihrer spezifischen inhaltlichen Ausprägung aus dem alltäglichen Medienangebot bereits bestens vertraut sein dürfte.

Die jeweiligen Statements erklingen in den gleichen wie auch in leicht abgewandelten Formulierungen, von den selben wie auch von anderen Protagonisten, alltäglich in den News-Angeboten der Fernsehanstalten. Einer der ersten Eindrücke bei der Lektüre der gesammelten Interviews ist, daß die politische Klasse innerhalb ihrer Kreise eine harmonische Konsensgesellschaft verwirklicht hat, der im größeren Rahmen mancher Politiker jedoch nicht allzuviel zuzutrauen scheint, wie sich anhand bestimmter Äußerungen von Friedrich Merz und Bundeskanzler Schröder, die in ihrem Wortlaut an anderer Stelle Erwähnung finden werden, vermuten läßt.

Überblick

Das Spektrum der Politiker, die im Zeitraum von Anfang 2003 bis Mitte 2004 in den Wochenmagazinen - im Wesentlichen in Stern und Spiegel, nur ein Interview mit dem Bundeskanzler stammt aus dem Focus - in irgendeiner Weise zur Arbeitsmarktpolitik interviewt wurden, reicht von den Parteivorsitzenden bis zu den sogenannten Wirtschaftsexperten der großen Parteien. Auffällig ist indes das weitgehende Ausbleiben von Äußerungen von Vertretern der FDP. Von Guido Westerwelle liegt lediglich ein Statement zur Frage „Was ist sozial gerecht?“ vor, die auch von Angela Merkel, Franz Müntefering und Reinhard Bütikofer beantwortet wurde.

Es liegen Interviews mit folgenden Politikern vor:

Von der SPD: Bundeskanzler Gerhard Schröder, Wirtschaftsminister Manfred Clement, Fraktionsvorsitzender Franz Müntefering, der ehemalige Generalsekretär Olaf Scholz, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück, die zur jüngeren Generation zählenden Landesvorsitzenden Heiko Maas und Sigmar Gabriel und als Vertreter der älteren Politikergeneration der ehemalige Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, Ex-Verkehrsminister Reinhard Klimmt und der ehemalige Fraktionsvizechef Wolfgang Roth.

Von der CDU/CSU: Parteivorsitzende Angela Merkel, CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber, Finanzexperte Friedrich Merz, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff.

Von den Grünen ist Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt mit einem Interview vertreten. Von der FDP ließ sich nur das bereits erwähnte Statement zur Frage „Was ist sozial gerecht?“ mit dem Parteivorsitzenden Guido Westerwelle finden.

Als Anhaltspunkte für die Interpretation und zum Zweck der Gliederung der zusammenfassenden Darstellung wurden folgende Fragen gewählt, weil sie zum einen die wichtigsten Erkenntnisquellen im Hinblick auf das Interessengebiet dieses Textes abdecken, zum anderen weil sich ausgehend von diesen Fragestellungen auch eine größtmögliche Vergleichbarkeit der Äußerungen in den verschiedenen Interviews ergab:

1. Wie wird die thematisierte Problemlage definiert?
2. Welche Notwendigkeiten und Sachzwänge werden zur Legitimation von Reformvorhaben angeführt?
3. Welche Überzeugungen werden als Motive und Begründungen politischen Handelns angeführt?
4. Mit welchen Definitionen von Gesellschaft, Staat und Arbeit wird argumentiert?
5. Welche gesellschaftlichen Gruppen werden in Konkurrenz oder Opposition zueinander positioniert und als wessen Vertreter treten Politiker in diesem Zusammenhang auf?
6. Welche Bündnisse mit welchen gesellschaftlichen Akteuren werden angesprochen?

II.1: Die Probleme des Landes (in den Augen der politischen Elite)

Wenn man die vorliegenden Interviews der verschiedenen Politiker miteinander vergleicht, läßt sich ein Problemkanon erkennen, der über sämtliche Parteigrenzen hinweg vertreten wird.

Es gibt zwar einige Vorlieben einzelner Politiker - so betont beispielsweise Angela Merkel die Konkurrenz auf dem globalisierten Arbeitsmarkt, während Friedrich Merz und auch der gegenwärtige Wirtschaftsminister Clement ein Hauptproblem darin sehen, daß in Deutschland Arbeitslosigkeit statt Arbeit finanziert werde, aber im Wesentlichen sind sich alle interviewten Politiker einig. Deutschland befinde sich in einer schwerwiegenden Strukturkrise, Wirtschaftswachstum sei dringend erforderlich - wofür unterschiedliche Rezepte angeboten werden, die Krise sein umfassend und betreffe fast alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere den Arbeitsmarkt, das Gesundheitssystem und die Alterssicherung. Katrin Göring-Eckardt von den Grünen bringt es auf den Punkt: „ *Es gibt immer weniger zu verteilen.*“ (Spiegel, 23.06.03).

Einige Politiker lassen es sich aber auch nicht nehmen, die Probleme des Landes auf die Gesellschaft selbst zurückzuführen. Franz Müntefering beklagt eine allgemein mangelnde Risikofreude: „ *Das ganze Land spielt defensiv, keiner wagt etwas, die Banken, die Unternehmen, die Menschen. Wir dribbeln in der eigenen Hälfte, so kann man kein Spiel gewinnen. Man muß auch mal wieder nach vorne spielen, sich anstrengen, Mut haben.*“ (Stern, 13.11.03), während Kanzler Schröder sich etwas enttäuscht darüber zeigt, daß in Deutschland zwar eine abstrakte Reformbereitschaft in immensem Ausmaß vorhanden sei, aber immer dann Widerstand aufkäme, wenn Gruppen und Individuen direkt betroffen seien. Auch Angela Merkel findet die deutsche Gesellschaft zu starr in ihrer Reaktionsfähigkeit, während von Friedrich Merz allmählich jeglicher Optimismus gewichen ist: „ *Die Lage in Deutschland ist noch schlechter als die Stimmung.*“ (Stern, 30.01.03).

Bereits bei der Definition der Probleme des Landes fällt eine weitgehende Übereinstimmung in den Haltungen von Merz und Wirtschaftsminister Clement auf: Beide beklagen zu viel Bürokratie.

Die Beobachtung der Unterschiede und Übereinstimmungen innerhalb der Positionen von Clement und Merz ist besonders interessant, weil Merz als ausgesprochener Hardliner der

CDU in Bezug auf Fragen des Arbeitsmarktes gilt, während Clement ja Wirtschaftsminister einer sozialdemokratischen Regierung ist – also eines politischen Lagers, das nach vielleicht mittlerweile überholten Vorstellungen, einmal genau die Gegenseite der kapitalfreundlichen Positionen innerhalb der konservativen und liberalen Parteien vertreten sollte. Aus unbedarftem Blickwinkel dürfte man also zunächst einmal keine Übereinstimmungen erwarten.

An anderer Stelle wird noch einmal auf das Verhältnis dieser beiden Politiker zueinander eingegangen werden, wenn es um die gesellschaftliche Positionierung der politischen Elite geht, weil diesbezüglich das bewußt zur Schau gestellte gute Verhältnis der beiden auch im privateren Rahmen recht interessant ist.

Was im Hinblick auf die jeweils erkannten Problemlagen auffällt, ist ein gewisser Hang zur Historisierung. Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird gleich in einer historischen Dimension betrachtet und somit schon sehr weit der Alltäglichkeit enthoben. Bundeskanzler Schröder spricht von einer der größten Umwälzungen in der Sozialgeschichte der BRD, die gleichermaßen den Arbeitsmarkt, das Gesundheitssystem und die Alterssicherung betreffe. Friedrich Merz von der CDU teilt diese Position nahezu deckungsgleich, wenn er einen Reformstau und eine Strukturkrise in Umfang und Tiefe wie seit 50 Jahren nicht mehr gegeben sieht.

Wirtschaftsminister Clement mißt der Situation besonderes historisches Gewicht bei: *„Wir befinden uns in einer Zeitenwende, niemand konnte erwarten, daß es leicht wird. Gegensätze müssen ausgetragen werden, in aller Klarheit. Da gibt es am Wegesrand viel Unerfreuliches, aber das beachte ich gar nicht.“* (Stern, 15.07.04)

Die Äußerung zu den Unerfreulichkeiten am Wegesrand wird an anderer Stelle noch einmal im Mittelpunkt stehen.

Angela Merkel sieht die deutsche Gesellschaft ebenfalls mit eine Zeitenwende konfrontiert: *„Der Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist ein Quantensprung. Darauf müssen wir reagieren.“* (Stern, 13.05.04)

Das Bild vom gesellschaftlichen Quantensprung wirkt etwas schief, wenn man einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel als Prozeß und nicht als plötzliches Phänomen begreifen möchte. Mit dem Begriff der Wissensgesellschaft bringt Frau Merkel einen akademischen Topos ein, mit dem sie vielleicht Bildung demonstrieren und erkennen lassen will, daß sie die Herausforderungen der nahen Zukunft erkannt habe. Allerdings ist dieser beschworene Weg zur Wissensgesellschaft gar nicht vorrangiges Ziel der von den großen Parteien gemeinsam beschlossenen Arbeitsmarktreformen. Vielmehr scheint es dort um eine Sanierung der Industriegesellschaft zu gehen, - inklusive dem Versuch, Arbeit zu schaffen, die offenbar zumindest von der Industrie gar nicht benötigt wird, was ja im Kern die primäre Ursache von Arbeitslosigkeit ist, was in der gegenwärtigen Debatte allerdings nicht thematisiert wird.

Die vielen anvisierten sogenannten Low-Tech-Beschäftigungen, wie die „Ein-Euro-Jobs“ als Zuverdienstmöglichkeit für Empfänger des ALG II, kann man sicher nicht als Reminiszenz an die angeblich anbrechende Zeit der Wissensgesellschaft werten.

Eine etwas weniger bedeutungsschwangere historische Dimension wird von Katrin Göring-Eckardt eingeführt: *„Auch wer alles richtig gemacht hat – gute Ausbildung, Auslandserfahrung, guter Job -, fühlt sich in einer sehr unsicheren Situation. Wir führen andere Kämpfe als die 68er.“* (Spiegel, 23.06.03)

Die vermeintlichen Ideale der 68er werden hiermit als nicht mehr zeitgemäß bewertet, wobei die eigentliche Rolle dieser vielbeschworenen 68er ja einer ausführlichen Betrachtung bedarf und nicht ohne weiteres als Schablone eines weltfremden Idealismus herhalten kann,

insbesondere wenn man bedenkt, daß einige der selbsternannten oder auch in der öffentlichen Wahrnehmung abgestempelten 68er heute die Machtelite in Politik und Wirtschaft stellen. Was aber besonders interessant an diesem Statement von Frau Göring-Eckardt ist, ist die Erläuterung dessen, was es heute bedeuten kann, in der individuellen Lebensplanung alles richtig gemacht zu haben. Frau Göring-Eckardt offenbart in diesem einen Satz so viel Karrierebewußtsein und Idealisierung einer Anpassungsfähigkeit des Menschen an die Ökonomie, daß man ihr eine kritische Haltung zu den Forderungen und angeblichen Notwendigkeiten der Wirtschaft nicht so recht zutrauen mag.

Die Suche nach Distanz zur Sphäre der Wirtschaft ist bei Äußerungen von Politikern angebracht. Hier offenbart sich vieles über die Herrschaftsverhältnisse in diesem Land, insbesondere wenn eine Thematik wie der Umbau des Sozialstaates und die Anpassung der Arbeitsbedingungen an irgendwelche wirtschaftlichen Erfordernisse auf der Tagesordnung steht.

II.2: Notwendigkeiten und Sachzwänge

Die Kategorie der Notwendigkeiten und Sachzwänge dient hier dem Zweck der Konkretisierung. Während die Definition der jeweils erkannten Problemlage noch meist lediglich beschreibenden Charakter hat, geht es im Hinblick auf Notwendigkeiten und Sachzwänge beispielsweise darum, „was wir brauchen“.

Von den genannten oder vorausgesetzten Problemen werden also Schlußfolgerungen und konkrete Vorhaben abgeleitet und vertreten.

Auch hier gibt es wieder einen Kanon über sämtliche Parteigrenzen hinweg. Kanzler Schröder benennt die Ursachen für einen Handlungszwang der Regierung mit der Globalisierung und dem veränderten Altersaufbau, was als Ausgangssituation zunächst einmal in den Raum gestellt wird, während die Maßnahmen, zu denen Globalisierung und Demographie zwingen, noch ungenannt bleiben. Es werden also Gründe genannt, die einerseits von außen auf die Situation in Deutschland einwirken, zum anderen werden auch aus den Verhältnissen im Inneren des Landes Handlungslegitimationen abgeleitet.

Probleme von Außen

Globalisierung und internationale Konkurrenz

Der Faktor Globalisierung verlangt besondere Beachtung, weil kaum ein anderer Begründungsfaktor von Vertretern aller großen Parteien so allgegenwärtig und nachdrücklich als Grundlage gesellschaftlichen Wandels und politischer Maßnahmenprogramme identifiziert wird.

Die Globalisierung veranlaßt auch Angela Merkel zu diversen Schlußfolgerungen: Sie sieht, daß die neuen Arbeitsplätze nicht in Deutschland entstehen, was sie zu der Forderung veranlaßt, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, „damit diese Jobs in einer globalisierten Welt zu uns kommen“.

„Wenn die ganze Welt länger arbeitet, dann werden wir es uns nicht leisten können, daß wir mehr Feiertage, weniger Arbeitsstunden und möglichst ein höheres Gehalt haben. Wir sind nicht so viel schlauer.“ (Spiegel, 21.06.04)

Somit ist das Volk also schon einmal ein wenig zurechtgestutzt und zur Bescheidenheit angehalten.

Merkels Erkenntnisse über die Notwendigkeiten im Angesicht der Globalisierung weisen in eine geradlinige Richtung: „*Auf die Globalisierung und den damit wachsenden Wettbewerb müssen wir mit mehr Flexibilität für Unternehmer antworten.*“ (Stern, 13.05.04).

Die Idee der Vermittlung zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen scheint demnach angesichts der Globalisierung also passé. In Anbetracht der in ihrem Fall besonders häufigen Erwähnung des Begriffs der Globalisierung, zeigt Frau Merkel ein ausgeprägtes Problembewußtsein in diesem Zusammenhang, während beispielsweise ihr Parteikollege Friedrich Merz mit der Globalisierung zumindest soweit in Reinen zu sein scheint, daß diese für ihn kein nennenswertes Problem darstellt. Merkel demonstriert im Gegensatz dazu, daß sie die Globalisierungsängste innerhalb der Bevölkerung zur Kenntnis nimmt und um den Eindruck bemüht ist, diese Sorgen nicht einfach arrogant beiseite zu wischen.

Friedrich Merz vermeidet demgegenüber jeglichen Anschein von Behutsamkeit. Er richtet klare Erwartungen an das zaudernde Volk: „*Wir müssen klar sagen: Bitte, Ihr steht vor folgender Alternative – entweder wir strengen uns alle zusammen an, erhalten den Wohlstand dieses Landes, gewinnen ihn dort zurück, wo wir ihn verloren haben. Oder ihr, die auf der Straße demonstriert, werdet die Verlierer sein.*“ (Spiegel, 10.04.04).

Einen Appell zum Aufraffen hat auch Wirtschaftsminister Clement zu verkünden: „*Entweder wir rafften uns auf und nehmen den Wettbewerb mit den anderen Weltregionen an, oder wir werden ein Fall für eine mehr oder weniger freundliche Übernahme.*“ (Stern, 15.07.04).

Derartige Aufrufe tragen sicherlich wenig zur Gelassenheit im Umgang mit dieser vielbeschworenen Globalisierung bei. In solchen Appellen erscheint das globalisierte Wirtschaftssystem als vollkommen unentrinnbar. Kein Zweifel daran, daß der Weg, den die Weltwirtschaft eingeschlagen hat, von nun an alles bestimmt.

Vor allem bleibt die Globalisierung gesichtslos, mit der Beschränkung auf den entpersonalisierten Begriff rückt der Zusammenhang, die weitgehende Deckungsgleichheit des Begriffes mit dessen Akteuren, den global agierenden Großkonzernen, in den Hintergrund. Einem Begriff wie Globalisierung läßt sich leichter ein Gegebenheitscharakter zuschreiben, als dies bei der Benennung von Akteuren möglich wäre.

Was projiziert wird ist: Die Globalisierung ist Fakt, wir können daran nichts ändern.

Manfred Clement gibt dazu ein bezeichnendes Statement ab: „*Wir müssen heute die soziale Marktwirtschaft auf die Bedingungen der Globalisierung einstellen.*“ (Stern, 30.01.03).

Diese Globalisierung gibt demnach also Bedingungen vor, denen sich die politische Entscheidungsfindung auf staatlicher Ebene fügen muß. Die soziale Marktwirtschaft erscheint in diesem Statement als zu gestaltender Faktor, die Globalisierung ist Bedingung und somit der Gestaltbarkeit nicht zugänglich.

Dabei macht es wenig Sinn, das eine gegen das andere aufzurechnen, weil das Einstellen der sozialen Marktwirtschaft auf die Globalisierung ja nur deren weitgehende Abschaffung bedeuten kann, wenn man der Auffassung folgt, bei der Globalisierung handele es sich um die aktuelle evolutionäre Stufe der Wirtschaftsentwicklung, was die soziale Marktwirtschaft als Vorstufe und somit gleichzeitig als Auslaufmodell dieser Entwicklung erscheinen ließe.

Ein Streit um die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen findet hier nicht mehr statt.

Die Kapitulation der Politik gegenüber der globalisierten Wirtschaft schwingt in Statements wie den genannten von Clement und Merz immer mit, wobei darauf zu achten ist, ob irgendwelche Anzeichen von Bedauern dieser zur Schau gestellten eigenen Machtlosigkeit auszumachen sind.

Was in den Statements von Merz und Clement ebenfalls auffällt, ist die unbefangene Offenheit, wenn es darum geht, die Bevölkerung oder Teile dieser zu kritisieren. Hier ist ein Tonfall eingekehrt, den man sich in Wahlkampfzeiten schwer vorstellen könnte. Wenn in den Wochen und Monaten vor einer Bundestagswahl noch um die Gunst des Publikums geworben wird und die politische Elite Behutsamkeit im Umgang mit „unangenehmen Wahrheiten“ vorgibt, scheint jetzt für derartige Sozialromantik kein Platz mehr zu sein.

Auch Angela Merkels Äußerung „Wir sind nicht so viel schlauer“ wirkt wenig schmeichelhaft, hat aber durch das „wir“ und die damit verbundene Einreihung ihrer eigenen Person in die Volksgemeinschaft, einen weniger abwertenden Zug als die erhabene Kritik an den Untergebenen, wie Merz sie praktiziert oder auch das trotzige „Entweder oder“ von Manfred Clement, der sich zwar auch als Teil der angesprochenen Gemeinschaft definiert - von Behutsamkeit kann in Anbetracht der angedrohten freundlichen bis feindlichen Übernahme jedoch nicht die Rede sein. Hier sei nur am Rande erwähnt, daß Clement nicht erklärt, worin eine derartige Übernahme eigentlich bestehen soll. Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei lediglich um ein formloses Schreckgespenst, eine reißerische Drohkulisse handelt. Die interviewenden Journalisten des Stern fanden die Äußerung offenbar nicht eigenartig genug, um eine Konkretisierung zu erbitten.

Die Zwänge von außen werden von den Politikern nicht nur mit der Globalisierung in ihrer Gestalt als unabänderlichem Merkmal der Gegenwart und Zukunft angeführt. Daß Deutschland diesem System globaler Märkte womöglich nicht bloß machtlos ausgeliefert ist, wird mit der Betonung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt impliziert.

„Die entscheidende Erkenntnis liegt allerdings darin, daß sich unsere Gesellschaft unter dem Einfluß der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ökonomisch immer rascher verändert und mit diesem Tempo mithalten muß.“ (Spiegel, 05.01.04) empfiehlt Bundeskanzler Schröder. Immerhin blitzt hier zumindest die Möglichkeit des Aufholens zu den vorderen Plätzen auf, wenn denn die deutsche Gesellschaft dieses Tempo aufbringen kann.

Die Globalisierung ist also nicht nur eine schicksalhafte Grundlage globaler Einschränkungen, sondern auch ein Wirtschaftswettkampf, bei dem auch Deutschland eine aktive Rolle spielen kann, wobei schon bemerkenswert ist, warum ausgerechnet Deutschland, als eine Triebkraft dieser Weltwirtschaft und ursprüngliche Heimat einiger der Global Players, so große Probleme mit dieser Globalisierung haben soll. Hier drängt sich die Frage auf, ob vielleicht denn viel eher etwas mit dieser Globalisierung nicht stimmt, als mit dieser als langsam, bequem und verwöhnt dargestellten Gesellschaft. Diese Frage wird aber von keinem der interviewten Politiker aufgeworfen, - und auch keiner der beteiligten Journalisten fand die Abwertung der deutschen Gesellschaft im Angesicht der Globalisierung hinterfragenswert.

Um im Wettbewerb auf dem globalisierten Weltmarkt bestehen zu können, wird die Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum gestellt, wofür dann auch gleich diverse Rezepte geliefert werden.

Roland Koch beispielsweise macht darauf aufmerksam, daß man in Deutschland aufgrund der gemeinsamen europäischen Währung nicht so einfach die Steuern senken könne, weshalb man eben den Arbeitsmarkt gründlich flexibilisieren müsse.

Die Konkurrenz von außen steht in engem Zusammenhang mit den Bedingungen im Inneren, die erst aufgrund der weltweiten Konkurrenz als Probleme erscheinen. In Relation zu den Bedingungen der globalen Märkte mögen die Arbeitsbedingungen in Deutschland luxuriös

erscheinen, wobei sich die Frage stellt, ob, für wen und auf welcher Ebene es legitim ist, diesen Vergleich zu Lasten der Arbeitnehmer in Deutschland anzustellen.

Probleme im Inneren *Arbeitsbedingungen und Arbeitgeberrechte*

Franz Müntefering erläutert, daß leere Kassen und fehlendes Wachstum die Politik zu schmerzhaften Reaktionen zwingen. „*Wir dürfen nicht tatenlos darauf warten, daß irgendwann die Konjunktur wieder anspringt. ... Wir müssen die Strukturen verändern.*“ (Stern, 13.11.03) Es besteht also in jedem Fall Veränderungsbedarf.

Edmund Stoiber sagt, es gehe um mehr Wachstum durch Beschäftigung, weshalb schnell die sozialen Sicherungssysteme reformiert und der Arbeitsmarkt flexibler gemacht werden müssen, was eine Änderung des Betriebsverfassungs- und des Tarifvertragsgesetzes bedeute. „*Es muß möglich werden, daß Unternehmen und Belegschaft Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen, die normalerweise Tarifverträgen vorbehalten sind, für ihren Betrieb abweichend regeln können. Wir schlagen außerdem vor, daß Arbeitnehmer, die sich bei Neueinstellungen um einen Arbeitsplatz bewerben, auf ihr Kündigungsschutzrecht zugunsten einer Abfindungsregelung im Kündigungsfall verzichten können... Das muß bei 4,6 Millionen Arbeitslosen generell möglich werden.*“ –[auch in Kleinbetrieben] (Stern, 20.02.03)

Angela Merkel formuliert es allgemeiner: Wir brauchen weniger Staat, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

Will man das Sammelsurium an unterschiedlichen Forderungen und Ideen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf einen gemeinsamen Nenner bringen, ergibt sich folgendes Bild: Es geht um die Ausweitung der unternehmerischen Freiheit bei gleichzeitiger Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.

Einige in Anbetracht von Massenarbeitslosigkeit etwas eigenwillig anmutende Rezepte zur Verbesserung der allgemeinen Lage hat Christian Wulff parat: Die Lebensarbeitszeit und Erwerbsquote der über 55-Jährigen müsse verlängert werden, um das Rentenniveau zu sichern. Des weiteren müßten die Ausbildungszeiten verkürzt werden, damit junge Menschen früher Beiträge zahlen. Und es gelte, „*den Skandal [zu] bekämpfen, daß in diesem Lande nur noch 37 Prozent der über 55-Jährigen erwerbstätig sind.*“ (Spiegel, 27.10.03)

Der Kündigungsschutz und dessen anvisierte Einschränkung bis komplette Abschaffung ist insbesondere in der CDU ein Thema, während man sich bei der SPD, vermutlich aus Zurückhaltung in Anbetracht der bereits eingeleiteten Reformen an allen Ecken und Enden diesbezüglich bedeckt hält.

Dieter Althaus möchte den Kündigungsschutz flexibilisieren und gleichzeitig betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen. Friedrich Merz mißt dem Thema Kündigungsschutz auch Symbolkraft bei: „*Wenn in diesem Land eine Ehe leichter geschieden werden kann als ein Arbeitsverhältnis beendet, dann stimmt etwas nicht.*“ (Spiegel, 01.03.03)

Die Symbolkraft eines Abbaus des Kündigungsschutzes könnte also vor allem darin bestehen, daß Arbeitsverhältnisse auf lange Sicht ihren Charakter als Grundlage individueller Sicherheit gänzlich verlieren. In einer solchen Äußerung, die den Arbeitsplatz mit der Ehe in Verbindung bringt, wird projiziert, daß sich die Arbeitnehmer in Deutschland zu sehr an ihren Arbeitsplatz binden, während man doch selbst bei der Institution der Ehe nicht so sehr auf Dauerhaftigkeit fixiert sei.

Eine vielversprechende Variante für nicht langfristig angelegte Arbeitsverhältnisse sieht Roland Koch in der Leiharbeit gegeben. Wenn diese Leiharbeit „massiv und zu vertretbaren, also günstigen“ Tarifen angeboten würde, würde nach seiner Auffassung die Zahl der Beschäftigten in kürzester Zeit explodieren. Der Vorteil einer Ausdehnung von Leiharbeit besteht außerdem in der Unterlaufung von Tarifverträgen, deren Abschaffung ebenfalls ein Lieblingsthema des arbeitgeberfreundlichen Flügels der CDU ist.

Friedrich Merz sieht ein Problem darin, daß die Zahl der schlecht qualifizierten Menschen in Deutschland steige. Diese Menschen müßten in sogenannten Low-Tech-Verhältnissen wieder einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden. Derartige Low-Tech-Jobs und Leiharbeit öffnen den ersten Arbeitsmarkt für die derart Beschäftigten jedoch nicht zwangsläufig. Es ist auch ein gezielter Einsatz von Unternehmerseite denkbar, der gerade die Vermeidung von regulären, kostenintensiveren Arbeitsverhältnissen beabsichtigt.

Die im Austausch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden verhandelten Einkommensrichtlinien werden als Nachteil gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt identifiziert. „*Wir müssen aus diesem engen Korsett der Bürokratie und der Tarifverträge heraus.*“ (Friedrich Merz in: *Spiegel*, 10.04.04)

Auch Roland Koch möchte Abweichungen vom Tariffächtenvertrag als Möglichkeit gegeben sehen, während Dieter Althaus noch deutlicher wird: „*Wir müssen den Kündigungsschutz flexibilisieren, betriebliche Bündnisse für Arbeit rechtlich möglich machen und die Tarife nach unten öffnen, um Arbeit auch im Niedriglohnbereich zu schaffen. Dann muß man solche Löhne wohl auch subventionieren. Das ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.*“ (Stern, 01.04.04)

Kanzler Schröder kommt dem mit der Überlegung entgegen, Langzeitarbeitslosen, die er als Problemgruppe bezeichnet, im Falle einer Neueinstellung niedrigere Löhne zu zahlen, um ihre Chancen zu erhöhen, überhaupt eine Aussicht auf eine Einstellung zu haben.

Angela Merkel prognostiziert, daß es in Zukunft verstärkt eine Kombination von Lohnsubventionen und Erwerbstätigkeit geben werde.

Die Entstehung neuer Probleme aufgrund derartiger Subventionsmaßnahmen erscheint nicht abwegig. Durch die staatliche Bezuschussung von Minimallohnen werden die Unternehmer allmählich von der Pflicht zur Unterhaltssicherung für ihre Arbeitnehmer entbunden, was Lohndumping zur Folge haben kann, was nicht nur eine gesellschaftliche Fehlentwicklung sondern auch ein finanzielles Risiko für den lohnsubventionierenden Staat wäre.

Wenn schon im Inneren die Konkurrenz um die billigste Arbeit gefördert wird, wird auf lange Sicht die finanzielle Belastung des Staates durch Niedriglohnzuschüsse sich nicht von der Belastung durch die Unterstützung Arbeitsloser unterscheiden, weil der Empfängerkreis sich erheblich ausweiten kann.

Eine Öffnung der Tarifverträge könnte möglicherweise Neueinstellungen zur Folge haben, würde dann aber auch drastische Lohnkürzungen für bereits Beschäftigte ermöglichen, wenn ein dementsprechendes Verbot nicht gesetzlich festgeschrieben wäre, die dann wiederum subventionsberechtigt wären.

In den Statements für die Abschaffung des Flächentarifvertrages wird allerdings ausschließlich auf die möglichen positiven Impulse eingegangen.

Nur Norbert Blüm äußert sich positiv zu den Tarifverträgen, was so deutlich selbst in der SPD nicht mehr die Regel ist. Blüm macht in diesem Zusammenhang auf die Situation der Working Poor in den USA aufmerksam, wo 50 Prozent der Fürsorgeempfänger einen Job haben, dessen Entlohnung nicht zur Überlebenssicherung reiche, was Blüm als pervers

bezeichnet, woraufhin Friedrich Merz entgegnet, daß es noch perverser sei, wenn in Deutschland 100 Prozent der Fürsorgeempfänger keinen Job hätten.

Merz beklagt an anderer Stelle den staatlichen Umgang mit Arbeitslosigkeit: *„Rund um die Arbeitslosigkeit hat sich eine Sozialindustrie entwickelt, die davon lebt, daß das Problem nicht gelöst wird.“ [gegen Fortbildung und Umschulung, ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen] (Spiegel, 01.03.03).*

Merz empfindet also nicht nur den Arbeitsmarkt als überreguliert, sondern auch die Arbeitslosigkeit, die durch die angegriffenen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung angeblich eher gefördert als bekämpft werde. Es entsteht der Eindruck, daß Friedrich Merz ein Problem damit hat, daß arbeitslosen Menschen überhaupt eine Förderung in Form von Betreuung zukommt. Die Alternative läßt er offen.

Arbeitslosigkeit zu finanzieren entspricht offenbar nicht dem Zeitgeist, wenn man den vorgetragenen Überzeugungen der politischen Elite Beachtung schenkt. Äußerungen von Verständnis für die Betroffenen der Reformkanonade, oder gar so etwas wie Demut im Angesicht der eigenen privilegierten Position, ließen sich in den vorliegenden Interviews nicht finden. Olaf Scholz versucht es mit einer Rechtfertigung, die aber letztendlich auch nur barsch herüberkommt: *„Viele unserer Reformen werden zu mehr Gerechtigkeit beitragen. ... Dann gibt es einige Sozialreformen, die muß man eben machen. Das bereitet niemandem Freude.“ (Stern, 07.08.03)*

Man erfährt also, daß die politische Elite nicht etwa aus sadistischen Motiven Politik betreibt. Neben zahlreichen Segnungen wird es eben auch ein paar unvermeidliche Opfer geben. *„Das muß man eben machen“*, - eine Grundlage, die nichts erklärt und von mangelnder Kreativität und eingestandener Machtlosigkeit zeugt.

II.3: Überzeugungen

Die programmatischen Statements von Politikern basieren nicht zwangsläufig auf den harten Fakten, die auch gerne immer wieder angeführt werden. Etliche Aussagen vermitteln persönliche Überzeugungen des jeweiligen Politikers, die nicht immer etwas mit der gegebenen Problemlage zu tun haben müssen. Dahinter stehen bloße Annahmen, ideologische Interpretationen bestimmter Phänomene, aber auch Werte, die von den jeweiligen Politikern vertreten werden.

Ein großer Wert, der hier in einigen Interviews angeführt wird, ist die Teilhabe.

Die entsprechenden Politiker sind einfach überzeugt davon, daß Teilhabe in jedem Fall etwas für alle Mitglieder der Gesellschaft Wünschenswertes und Positives ist.

„Wir müssen dafür sorgen, daß alle Menschen die Chance auf Teilhabe an Bildung und Arbeit haben. ... Unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe ist selbst schlecht bezahlte und unbequeme Arbeit besser als staatlich finanzierte Nichtarbeit.“ (Olaf Scholz: Stern, 07.08.03)

Heiko Maas bringt in diesem Zusammenhang auch schon das durch Hartz IV arg strapazierte „Fordern und Fördern“ ins Spiel, weil seiner Auffassung nach ein selbstbestimmtes Leben nur möglich sei, wenn man einen Arbeitsplatz hat. Auch Sigmar Gabriel ist ein Befürworter der Formel „Fördern und Fordern“, beispielsweise wenn es um junge Arbeitslose gehe, die Sozialhilfe beantragen.

So sehr kann man von den Segnungen der Teilhabe ja eigentlich nicht überzeugt sein, wenn man sie, im knackigen Slogan verpackt, von den zu Beglückenden einfordern muß.

Wäre die spezifische Teilhabe ein grundlegendes Bedürfnis innerhalb der Gesellschaft, und somit auch bei den nicht erwerbstätigen Mitgliedern der Gesellschaft, könnte der Staat ja auf das Fordern verzichten und sich auf das Fördern konzentrieren. Worauf sich die Teilhabe bezieht ist eben nicht unerheblich und Teilhabe an einem beliebigen System stellt keinen Wert an sich dar.

Manfred Clement ist als ein Hauptverantwortlicher für den gegenwärtigen Umgang mit Arbeitslosigkeit naturgemäß ein großer Freund des Forderns und Förderns. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sieht er „auf einen Schlag 800 000 zusätzliche Arbeitslose... vor den Türen der neuen Job-Center“ stehen, für die dann natürlich erst auch einmal die entsprechende Anzahl an staatlich subventionierten Low-Tech-Verhältnissen bereitgestellt werden müßte. Die Freude in Anbetracht der 800 000 zusätzlichen Arbeitslosen ist etwas paradox, weil doch eigentlich die Arbeitslosenzahl mit allen Mitteln gesenkt werden soll. Aber da Clement lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren möchte, wird die Schaffung von 800 000 zusätzlichen Beschäftigungsgelegenheiten eben Kreativität erfordern.

„ Die Zeit der ungeklärten Arbeitslosigkeit ist vorbei, wir holen alle Erwerbsfähigen auf den Markt und ins Blickfeld der Öffentlichkeit. ... Wir werden da schon noch einige bunte Tage erleben. Aber es gibt keine Alternative.“ (Manfred Clement: Stern, 15.07.04)

Die Botschaft ist klar: Arbeit ist da, wer keine hat muß sich künftig einige unbequeme Fragen gefallen lassen. Das von Clement verwendete Bild erinnert geradezu an das Szenario eines Vampirfilms, in dem die Blutsauger im Showdown ans Tageslicht gezerrt werden. Was der Wirtschaftsminister von arbeitslosen Menschen hält, wird deutlich.

Olaf Scholz plädiert ebenfalls für eine Wende im Umgang mit den weniger erfolgreichen Mitgliedern der Gesellschaft: *„Die soziale Gerechtigkeit ist in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten weit vorangekommen. Im 21. Jahrhundert müssen wir die Blickrichtung wechseln.“ (Stern, 07.08.03)*

Ein Wechsel der Blickrichtung kann ja in diesem Zusammenhang nur bedeuten, daß die Erweiterung der sozialen Gerechtigkeit nun erst einmal ein Ende haben muß. Franz Müntefering vertritt die Überzeugung, die Politik, die von der Bundesregierung jetzt betrieben wird, sei sinnvoll und sozialdemokratisch und sichere den Wohlstand in Zukunft. *„Das müssen wir den Menschen nahebringen.“ (Stern, 13.11.03)*

Es geht also wieder einmal um die Kommunikation, um das Verkaufen der frohen Botschaft. Zur Beruhigung versichert Müntefering noch, daß es keine tiefgreifende Armut in diesem Land geben werde, sondern daß wir alle „noch ganz gut leben“ können.

Real existierende Armut hat in solchen Ermunterungen keinen Platz.

In der aktuellen politischen Debatte hat die Thematisierung der richtigen Vermittlung der notwendigen Politik einen Stellenwert eingenommen, der in Anbetracht der realen Einschnitte in individuelle Lebensmöglichkeiten absurd wirkt.

Der betroffene Bürger muß sich fragen, ob die Vertreter der politischen Elite tatsächlich glauben, man könne die Menschen schon in Begeisterung oder zumindest in Duldungsstarre versetzen, wenn man nur die richtigen Slogans finde, um die schmerzhaften Einschnitte in ein positives Licht zu rücken.

In diesem Zusammenhang stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die kommunikationsorientierten Politiker der sogenannten einfachen Bevölkerung überhaupt so etwas wie Intelligenz und Urteilsfähigkeit zutrauen, - eine Frage, die sich übrigens auch in Anbetracht der Ablehnung einer Volksbefragung über die EU-Verfassung stellt.

Sich als besonders kritisch gerierende Vertreter der Massenmedien werfen der Regierung in den einschlägigen Kommentaren ebenfalls ein Kommunikationsdesaster in der Vermarktung ihrer Politik vor.

Es mag durchaus richtig sein, daß eine gewisse Häufung angsteinflössender Medienberichte zu den diversen Reformen die Verunsicherung und den Widerstand in der Bevölkerung schürt, aber es spricht auch für einen gewissen Mangel an Respekt gegenüber der Bevölkerung, wenn man ihr in Medien- und Politikerkreisen praktisch eine hohe Manipulierbarkeit unterstellt und ihr gleichzeitig abspricht, die eigenen Erfahrungen mit der Politik selbstständig einschätzen zu können.

Besonders optimistisch präsentiert sich der Bundeskanzler. Seine Kommunikationsstrategie basiert im Wesentlichen auf der Überzeugung, das Richtige zu tun. Die Agenda 2010 sei der optimale Weg, ein Weg, der sein muß. Es mache keinen Sinn, die Realität auszublenden: Die Agenda 2010 sei die Bedingung für mehr Wachstum, mit dem die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden könne.

„Es geht hier ausschließlich darum, daß man das Richtige tut. Man muß die notwendigen Schlüsse aus der veränderten Realität in der Welt ziehen.“ (Spiegel, 19.04.03)

Um dem Ganzen noch die Aura historischer Tragweite zu verleihen: *„... ich will, daß diese Operation gelingt. Ich glaube, daß sie für Deutschland historisch wichtig ist.“ (Spiegel, 07.07.03)*

Die Unausweichlichkeit der Reformagenda wird mit Behauptungen unterstrichen, es gebe keine vernünftige Alternative, was ja auch von Manfred Clement in Interviews so gesehen wird.

Es gebe demnach also einen einzigen Weg, der absolut richtig ist, der sich offenbar ausgerechnet dem Bundeskanzler Schröder und den Unterstützern seines Kurses offenbart hat. Das ist von der hierzulande scharf verurteilten Erlöserhaltung des amerikanischen Präsidenten George W. Bush nicht gerade Lichtjahre entfernt. Eine Regierung, die sich auf das angeblich einzig Richtige beruft, verbreitet immer auch den Eindruck, in einer trotzigen Haltung der eigenen Bevölkerung entgegenzutreten.

Nahezu biblische Aufopferungsbereitschaft demonstriert Schröder dann noch mit der Aussage *„Das Richtige ist wichtiger als Macht. Die Reformen sind wichtiger als ich.“ (Focus, 26.04.04)*

Wenn jemand sich über das Richtige so im Klaren zu sein scheint wie der Kanzler, sind die naheliegenden Schlußfolgerungen, daß dieser Mensch entweder zu prophetischer Begabung neigt oder aber zumindest etwas verblendet ist. Zum einen deutet die wiederholte Betonung, man tue das Richtige, auf Starrsinn hin, zum anderen wirkt die häufige Wiederholung dieser Bekundung wie ein selbstbeschwörerisches Mantra, das zur eigenen Beruhigung und Ego-Pflege immer wieder aufgesagt wird. Aber es zeigt sich hier auch ein Ausdruck von Überheblichkeit: Ich weiß, was zu tun ist – auch wenn das Volk noch nicht in der Lage ist, es zu begreifen. Einem solchen Eindruck wird allerdings mit Äußerungen wie *„Es ist viel Kraft in diesem Land“* und *„Viele haben erkannt: Es lohnt sich etwas zu tun“ (Beides in: Spiegel, 07.07.03)* entgegengewirkt. Das Richtige sei also auch schon auf dem Weg, ins Bewußtsein der Bevölkerung vorzudringen. Diejenigen, die weiterhin Kritik an der Agenda 2010 betreiben, wollten hingegen an etwas festhalten, dem die reale Grundlage entzogen sei.

Solch vehement vertretene Positionen bergen natürlich auch eine gewisse Gefahr, wie sich an folgendem Beispiel zeigt: *„Am Jahresende [2003] will niemand mehr bei den Reformverweigerern sein.“ (Spiegel, 07.07.03)*

Das hat sich bereits im Sommer 2004 als historisch unrichtig erwiesen, gerade wenn man an eine im Entstehen befindliche neue Linkspartei enttäuschter SPDler und die gerade

reanimierten Montagsdemonstrationen denkt. Hier zeigt sich, daß Schröder die Neigung zum Prophetischen vielleicht etwas reduzieren sollte.

Die Überzeugung, daß es keine Alternative gebe, wird in Regierungskreisen recht umfassend vertreten. Wenn man sich einige Äußerungen von Wirtschaftsminister Clement vornimmt, wirkt der Kanzler in punkto Selbstzufriedenheit fast bescheiden.

„Wir machen das ja nicht aus Daffke. Jede Regierung müßte im Kern so handeln wie wir es tun: Es geht nicht anders.“ (Stern, 15.07.04)

Die Lage verträge keinen Zeitverzug und mit Hartz VI schaffe man jetzt den Ausbruch aus der Stagnation, wie Clement an anderer Stelle prophezeit.

Und um die Selbstzufriedenheit gleich noch einmal zu unterstreichen: *„Meine Kollegen in der EU haben mich im Übrigen zu Hartz IV nur beglückwünscht und gesagt: Respekt!“ (Stern, 15.07.04)*. Hier wird darauf hingewiesen, daß es durchaus auch Menschen auf der Welt gebe, die erkannt haben, wie gut und richtig die sozialen Einschnitte in Deutschland sind. Ob das die Leserschaft allerdings überzeugen kann, sei dahingestellt. Schließlich handelt es sich bei den Kollegen des Herrn Clement ja auch bloß um Mitglieder einer gesellschaftlichen Schicht, die sicher nicht von Armut und staatlichen Schikanen bedroht ist. Aber nach der Auffassung Clements werde auch in der Bevölkerung immer mehr verstanden, daß sich „bei uns in Deutschland“ viel ändern müsse.

Die Unausweichlichkeit wird aber auch von etwas weniger mit sich selbst zufriedenen Vertretern der SPD hervorgehoben: So sagt Egon Bahr, die Agenda 2010 sei eine bittere Notwendigkeit und es könne sogar sein, daß das bisher Beschlossene nicht reiche. Aber Egon Bahr macht auch auf einen Aspekt aufmerksam, den er bei den Reformen gerne berücksichtigt sehe: *„Wenn es knapper wird, muß die Gerechtigkeit größer geschrieben werden. Dann müssen auch die Wohlhabenden und die Wirtschaft anfangen zu schreien. ... Auch diejenigen, denen es nicht wehtut, müssen etwas beitragen.“ (Stern, 03.03.04)*

In dieser Richtung argumentieren auch die jüngeren Spitzenkräfte der SPD, Sigmar Gabriel und insbesondere Heiko Maas, der zwar auch der Überzeugung ist, das Ziel sei die Reform Deutschlands insgesamt, aber er erhebt auch Kritik: *„Und da sind mir ständige Kürzungen zulasten der Kleinen zu einfalllos.“ (Stern, 06.11.03)*

Sigmar Gabriel mahnt seine Partei ebenfalls zu mehr Ausgewogenheit in der Kürzungspolitik: *„Die Leute verzeihen uns manchen technischen Fehler. Sie verzeihen der SPD aber nicht Herzlosigkeit gegenüber denen, die es schwer haben in der Gesellschaft.“ (Stern, 06.11.03)*, während Heiko Maas die Politik der SPD auf das gesellschaftlichen Klima bezieht: *„Im Moment haben wir in Deutschland ein Klima der öffentlichen Meinung, vor allem der veröffentlichten Meinung: Wer Sozialleistungen kürzt, kriegt die Tapferkeitsmedaille. Und wer dafür eintritt, daß die Wohlhabenden auch einen Beitrag leisten, wird als Neidhammel bezeichnet. Das geht nicht. Dem darf sich die SPD nicht ergeben. Ansonsten wird es zappenduster für uns.“ (Stern, 06.11.03)*

Es gibt also auch innerhalb der SPD Stimmen, die noch nicht ganz so sehr von der absoluten Richtigkeit der angeblichen Notwendigkeiten überzeugt sind. *„Ich bin nicht gegen alles, was die Bundesregierung macht. Ich kann es aber nicht mehr hören, daß es dazu keine Alternative gibt...Ich hätte diese Politik gern ergänzt um einige andere Dinge, die für mehr soziale Ausgewogenheit stehen.“ (Heiko Maas: Stern, 06.11.03)*

Heiko Maas bringt damit in die gegenwärtige Reformdebatte ein nahezu revolutionäres Element ein. Der Glaube an des Fehlen jeglicher Alternative zu dem Weg, daß der Wohlstand Deutschlands nur durch möglichst bereitwillige Erfüllung der Wünsche der Wirtschaft bei damit verbundener Einschränkung der Arbeitnehmerrechte zu sichern sei, ist in der öffentlichen Debatte ansonsten kaum noch hinterfragbar. Dieser Glaube ist Gesprächsbasis

statt Verhandlungsgegenstand, sowohl in den meisten der hier vorliegenden Interviews, als auch in der televisionären Meinungsbildungsschmiede von Sabine Christiansen.

Andere hingegen sehen die SPD auch in der gegenwärtigen Ausprägung von Reformpolitik als sozial durchaus ausgewogene Partei: „*Um es in der Werbersprache zu sagen:*

Gerechtigkeit ist und bleibt der Markenkern der SPD.“ (Olaf Scholz: Stern, 07.08.03)

Was bedeutet dieser Hinweis auf die sogenannte Werbersprache? Ist es die Anbiederung an ein schickes Klientel, die Demonstration von Kenntnis der Denkweisen in einem kulturindustriellen Bereich, der als besonders relevant erachtet wird? Hierauf wird an anderer Stelle noch einzugehen sein.

Ein Bezug zur werbungsorientierten Vermittlung von Politik findet sich auch in der folgenden Äußerung von Manfred Clement: „*Man muß nicht jede notwendige Veränderung mit griesgrämigem Gesicht verkünden. Das hat der Bundespräsident [Köhler] verstanden. Das fand ich begeisternd.*“ (Stern, 15.07.04)

Diesen Rat haben die Führungskräfte der SPD schon längst beherzigt. Weder der Kanzler noch der Parteivorsitzende Müntefering wirken in ihren Äußerungen oder auch ihren Fernsehauftritten besonders betroffen im Angesicht der verkündeten Einschnitte, auch der Wirtschaftsminister nicht. Es geht wieder einmal um die Kommunikation, aber erscheint es diesen Politikern nicht wichtiger, was im Kern kommuniziert wird?

Hier wird wieder darauf spekuliert, daß man im Idealfall durch sein persönliches Auftreten das Volk schon hinter sich scharen könne.

Clement scheint nicht zu verstehen, daß es unpassend wäre und auch in der Bevölkerung so aufgefaßt werden würde, wenn die Herrschenden die bittere Medizin mit strahlender Miene verabreichten.

„*Reformpolitik? Das ist eine Politik, um den Leuten etwas wegzunehmen. Das ist notwendig. Das muß man aber verständlich machen und kommunizieren.*“ (Wolfgang Roth: Stern, 03.03.04)

Der gegenwärtige Unmut und zaghafte Widerstand in Teilen der Bevölkerung hat mit hoher Wahrscheinlichkeit auch eine Ursache im Gestus der Politiker, die eine „Da kann man eben nichts anderes machen“-Maxime vor sich hertragen, was zumindest den Eindruck vermittelt, nach einer möglichen Alternative werde trotz mangelnder Unterstützung innerhalb der Bevölkerung überhaupt nicht gesucht. Anteilnahme hingegen läßt sich weder mit demonstrativem Optimismus noch mit angeblich notwendiger Härte vermitteln.

Während man in der Regierungspartei mit seinen Überzeugungen um das Vermitteln von Optimismus bemüht ist, üben sich einige Vertreter der Opposition im Beschwören von Katastrophenszenarien, wobei der Arbeitsmarkt meist der Stein des Anstoßes ist.

Während Edmund Stoibers Analyse „*Deutschland ist ein Sanierungsfall*“ (Stern, 20.02.03)

von wenig Vertrauen in die Fähigkeiten seiner Landsleute zeugt, bemüht sich Angela Merkel wiederum um Behutsamkeit: „*Man muß den Menschen sagen, daß die Wirkung manchmal 2, 3, 4 Jahre braucht. Das gehört zur Ehrlichkeit.*“ (Stern, 13.05.04)

Hier wird also erst einmal Verständnis geübt und das Volk auf die Ernte in spätestens vier Jahren vertröstet, um dann auch wieder auf dem harten Boden der Realität anzukommen:

„*Mir ist sehr klar, daß es keinen Rechtsanspruch auf Wohlstand gibt, sondern daß ihn sich jede Generation erarbeiten muß.*“ (Angela Merkel: Stern, 13.05.04)

Die Menschen müssen sich demnach also auch am Riemen reißen. Ganz von alleine fliegt ihnen der Wohlstand nicht zu, aber soll hier angedeutet werden, eine Ursache der Wohlstandskrise sei eine mangelnde Bereitschaft in der Bevölkerung, auch hart genug für neuen Wohlstand zu arbeiten?

Friedrich Merz wird konkreter und geißelt einige Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft als Ursachen der großen Misere: Der starre Kündigungsschutz behindere Neueinstellungen, das sei der Sachverhalt. Des weiteren sei die Politik der Arbeitszeitverkürzung wesentlich für die strukturelle Krise unserer Volkswirtschaft verantwortlich.

Allerdings ist nicht vollständig zu verifizieren, ob diese Behauptungen im Bereich der Fakten liegen. Vielmehr steht zu vermuten, daß einige grundsätzliche Feindbilder nun zur Erklärung der Wirtschaftslage herangezogen werden, die ja auch nicht von allen Experten als so katastrophal schlecht bewertet wird. In den Fernsehnachrichten und auch in Artikeln der Presse wurde vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß Deutschland ja immerhin Exportweltmeister sei, was einige Vertreter der politischen Sphäre jedoch nicht davon abhält, ein katastrophales Bild der Leistungsbereitschaft deutscher Arbeitskräfte zu zeichnen.

Merz sieht allerdings keinen Handlungsbedarf bezüglich einer Verteilungsproblematik. Das Sozialprodukt müsse einfach kräftig wachsen: *„Der Kuchen muß nicht gerechter verteilt werden, wir müssen gemeinsam einen größeren Kuchen backen.“* (Spiegel, 01.03.03) Zur Lösung der Probleme plädiert Merz für eine „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“: Es müsse wieder Sinn machen in diesem Land zu investieren, weshalb man sich als erstes den „verkrusteten“ Arbeitsmarkt vornehmen müsse.

Obwohl Friedrich Merz viele wortreiche Interviews gibt, ist der Kanon seiner Lösungsvorschläge überschaubar und vor allen Dingen einseitig. Allerdings wäre es unfair, dies nur Herrn Merz vorzuwerfen. Es läßt sich ein allgemeiner Trend zur häufigen Wiederholung von Slogans beobachten, - und jeder Politiker vertritt einen eigenen Schwerpunkt: So ist es derzeit die Linie des Kanzlers, „das Richtige“ zu wollen und zu tun und dies bei jeder Gelegenheit zu betonen, während es die Linie von Friedrich Merz ist, die Arbeitnehmerrechte zu verdammen und für ein freieres Unternehmertum einzutreten. *„Wenn wir nicht zu Lösungen kommen, die auch mit unangenehmen Wahrheiten verbunden sind, dann wird die Wohlstandsillusion dieses Landes genauso platzen, wie die Blase am Neuen Markt.“* (Stern, 30.01.03)

Der Weg zum Guten ist demnach erst einmal mit Entbehren verbunden. Wenn man die Aussagen von Friedrich Merz im Gesamtkontext betrachtet, wird klar, daß die „unangenehmen Wahrheiten“ in jedem Fall nur eine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten bedeuten können, weil es Merz seiner öffentlichen Positionierung gemäß vollkommen fernliegt, Forderungen an die Wirtschaftsvorstände zu richten. Wenn man also seine Rezepte vergleicht, vom Abschied von den Tarifverträgen bis zur weitgehenden Abschaffung von Unterstützung für Arbeitslose, kann der wiederzuerlangende Wohlstand eigentlich nur ein Wohlstand für bestimmte Schichten sein. Der Wohlstand für diese Schichten müßte dann von Arbeitnehmern getragen werden, die keinen Kündigungsschutz genießen, die womöglich für Niedriglöhne arbeiten und im Falle von Arbeitslosigkeit nur ein Minimum an Unterstützung erhalten.

Die Drohkulisse wird noch verschärft: *„Wenn es uns nicht gelingt, dieses Land wieder nach vorn zu bringen, wird nicht nur das gesamte soziale und ökonomische System instabil, sondern auch das politische System. Einen zweiten Schuß hat Deutschland nicht mehr frei.“* (Spiegel, 10.04.04)

Vermutlich möchte Herr Merz hier an das Dritte Reich erinnern, was ziemlich überzogen ist. Dieser Logik folgend wäre jedes Land, welches nicht auf einer weltwirtschaftlichen Spitzenposition rangiert, eine Bedrohung für den imaginären Weltfrieden, - und die allermeisten Länder gehören ja nicht zu den Wirtschaftsgroßmächten. Die enge Verknüpfung zwischen Ökonomie und Politik, die Merz in diesem Statement anführt ist allerdings

bezeichnend für weite Teile der politischen Elite. Man könnte bei der Lektüre der einschlägigen Interviews zuweilen vergessen, daß Politiker ursprünglich den Auftrag der Volksvertretung erteilt bekamen und ein Parlament keine Außendienststelle global agierender Wirtschaftsunternehmen ist.

Die wirtschaftliche Lage entscheidet in den Augen einiger Politiker aber ganz offensichtlich darüber, was für einen Menschen als zumutbar zu gelten hat und was nicht. Die Grenzen sind diesbezüglich bei schlechteren Wirtschaftsbedingungen nach unten offen, was darauf hindeutet, daß kein gefestigtes und moralischen Maßstäben verpflichtetes Menschenbild im Zentrum steht, sondern eines, das an der jeweiligen Kassenlage orientiert ist.

„Wir fördern und wir fordern, aber wir muten meines Erachtens niemandem zu viel zu. Allerdings: Keiner Volkswirtschaft ist es so lange so gut gegangen wie unserer, da fällt der Abschied doppelt schwer.“ (Manfred Clement: Stern, 15.07.04)

Wenn es der Volkswirtschaft gut geht, darf es demnach auch der Bevölkerung gut gehen. „Wir“ meint hier immer die Gemeinschaft derer, die über die Lebensmöglichkeiten der anderen verfügen, also die politische Elite, in diesem Fall die gegenwärtige Regierung.

Im Falle von Franz Müntefering ist die Botschaft eher: Seid mal bloß nicht zu verwöhnt.

„Du mußt nicht unbedingt den Job machen, den Du dir mal vorgestellt hast. Jeder von uns hat das Talent für mehrere Berufe. Aber wer bis 25 nie seinen Tag strukturieren mußte – hingehen, pünktlich sein, arbeiten -, der ist irgendwann verloren für den Arbeitsmarkt.“ (Stern, 13.11.03)

Diese heitere Zurechtweisung impliziert allerdings, daß Teile der Bevölkerung durchaus zu verwöhnt seien, - daß es hier Menschen gebe, die für ihre Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich seien, weil die ihnen möglicherweise angebotenen Jobs nicht ihren womöglich überzogenen Vorstellungen entsprächen.

Eine andere Implikation ist, daß sich diese Gesellschaft in der jetzigen Lage den Luxus der individuellen Lebensgestaltung eben nur noch eingeschränkt leisten könne. Wenn sich keine anderen Möglichkeiten bieten, muß eben der Arbeitssuchende seine Ansprüche so weit herunterschrauben, daß ihm auch das jeweils zur Verfügung stehende Leben gut genug zu sein hat. Münteferings Bemerkung über die für den Arbeitsmarkt Verlorenen wirft die Frage auf, welche Personengruppe damit eigentlich gemeint sein soll. Faule junge Menschen, womöglich Sozialhilfeempfänger, Studenten? Ob man denn wirklich zu ewiger Nutzlosigkeit - nach den Maßstäben des Arbeitsmarktes, verurteilt ist, wenn man eine berufliche Laufbahn erst in späteren Jahren anzutreten gedenkt, ist eine reine Glaubensfrage.

Mangelnde Zufriedenheit mit der Jugend findet sich auch bei Bundeskanzler Schröder: *„Der Mangel an Ausbildungsfähigkeit ist schlimm, und den können wir nur in den Schulen abstellen.“ (Focus, 26.04.04)*

Hier hat der Kanzler ein weiteres Argument von Wirtschaftsvertretern übernommen, daß in der Regel angeführt wird, wenn es zu rechtfertigen gilt, daß die deutschen Unternehmen die Ausbildung nicht mehr besonders pflegen. Viele junge Arbeitssuchende sind scheinbar also nicht bloß verwöhnt und faul, sondern auch noch zu dumm, um überhaupt ausgebildet werden zu können.

Die mangelnde Ausbildungsfähigkeit wird oft in Fernsehberichten thematisiert, wobei nie wirklich ersichtlich wird, warum junge Menschen die häufig immerhin einen Schulabschluß haben, praktisch für keinerlei berufliche Tätigkeit geeignet seien. Entgegen einer landläufigen Meinung bekommt man ja auch einen Hauptschulabschluß nicht geschenkt. Wenn man nun an die üblichen Bilder solcher Berichte denkt, wenn etwa ein Personalchef die Kandidaten in einer Verhörsituation mit mehr oder weniger komplizierten Rechenaufgaben und Fragen nach historischem Hintergrundwissen konfrontiert, sollte man sich die Frage stellen, ob mangelnde

Berufseignung damit belegt werden kann, daß jemand vielleicht keine Begabung für Mathematik hat oder eben den Geschichtsunterricht nicht allzu aufmerksam verfolgt hat. Für die meisten Berufe scheinen solche Dinge vollkommen unerheblich. Es gibt einigen Anlaß zu vermuten, daß bei einem akuten Arbeitskräftemangel die Maßstäbe für die sogenannte Ausbildungsfähigkeit anders aussähen, wenn man beispielsweise an Wirtschaftwunderzeiten und die damals praktizierte Anwerbung von Gastarbeitern denkt, die aufgrund sprachlicher Barrieren keine besonderen Kompetenzen im Hinblick auf das Beantworten zukunftsentscheidender Quizfragen vorweisen mußten.

II.4: Definitionen von Gesellschaft, Staat und Arbeit

Zum Verhältnis zwischen Staat und Bürgern äußert sich insbesondere der Bundeskanzler in seinen Interviews häufiger. Zur Rechtfertigung der Agenda 2010 werden die jeweiligen Definitionen dieses Verhältnisses und wie sich dieses in Anbetracht der Gegebenheiten zu ändern habe angeführt.

Schröder vertritt in diesem Zusammenhang klassische neoliberale Forderungen nach einer eingeschränkten Rolle des Staates: *„Man darf in dieser Gesellschaft nicht alles beim Staat abladen.“* (Spiegel, 05.05.04), aber auch *„Der Staat soll den Rahmen setzen und darüber hinaus Chancengerechtigkeit schaffen, damit sich Individualität besser entfalten kann.“* (Spiegel, 07.07.03)

Die angestrebte Individualität scheint jedoch nur in sehr begrenztem Rahmen akzeptabel zu sein. Wer beispielsweise nicht selbst etwas zur Gemeinschaft beitrage, habe auch kein Recht auf Unterstützung.

Zum Vorschlag einer Arbeitspflicht für unter 25-Jährige, die von Wirtschaftsminister Clement gefordert wurde, vertritt Schröder die Ansicht: *„Das ist sehr überlegenswert. Solidarität heißt, daß die Gesellschaft einspringt, wenn einer nicht kann – aber nicht, wenn er nicht will. Deshalb halte ich es für sinnvoll, daß zumutbare Arbeit angenommen werden muß. Wenn nicht, werden die staatlichen Leistungen fühlbar gekürzt.“* (Stern, 13.02.03) Soviel also zur sich entfaltenden Individualität.

Ungeachtet dessen, daß in diesem Land historisch bedingt jegliche Debatte über irgendwelche Formen von Zwangsarbeit, was Arbeitspflicht ja im Endeffekt bedeutet, befremdlich wirken muß, wird hier doch viel eher die starke Hand des Staates demonstriert, anstatt die Öffnung für mehr Individualität. Der durch die Arbeitslosigkeit ohnehin schon ausgegrenzte Bürger wird zum Objekt erklärt, an dem der Staat Härte zum angeblichen Wohle der Allgemeinheit demonstrieren kann. In diesem Licht erscheint auch die Äußerung von Heiko Maas, ein selbstbestimmtes Leben sei nur möglich, wenn man einen Arbeitsplatz habe, mehrdeutig. Es scheint eher so, als dürfe von staatlicher Gnade ein selbstbestimmtes Leben nur dann möglich sein, wenn man die Grundvoraussetzung der Erwerbstätigkeit erfülle.

Die Rolle des Staates bezeichnet Schröder wie folgt: *„Natürlich muß sich der Staat auch künftig für die großen Lebensrisiken, Arbeitslosigkeit und Krankheit, zuständig fühlen. Gleichzeitig brauchen wir mehr individuelle Verantwortung, weil das, was wir uns an Leistungen gern vorstellen, nicht aufzubringen ist.“* (Spiegel, 07.07.03)

Im Kontext zu anderen erwähnten Äußerungen, in denen Individualität eine Rolle spielt, ergibt sich, daß die von den Regierungsvertretern propagierte Individualität weniger individuelle Freiheit als Verpflichtung des Individuums bedeutet.

Betonte Schröder schon in seinem Werben für die Agenda 2010 die Richtigkeit seiner Einsichten, so traut er den Berufspolitikern offenbar im Allgemeinen eine höhere Urteilsfähigkeit zu als dem gewöhnlichen Volk, wenn er betont, daß die Definition dessen, was Gemeinwohl ist, bei der Politik bleiben müsse. Diese Bemerkung, die im genauen

Wortlaut an anderer Stelle wiedergegeben wird, ist in diesem Fall gegen die Gewerkschaften gerichtet, transportiert jedoch auch eine grundsätzliche Definition des Verhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung. Demnach scheint die Bevölkerung nicht zu wissen, was gut für sie sei – oder auch was angeblich gut für das Land sei, was nicht deckungsgleich sein muß.

Zum mittlerweile längst wieder versandeten Thema „Innovationsoffensive“ macht Schröder eine Bemerkung, die in eine ähnliche Richtung weist, wie die Einschätzung über die Beurteilungsfähigkeit des Gemeinwohls: „*Wir sind zu restriktiv. Im Deutschen Bundestag hat es eine Mehrheit gegeben, die unter dem Druck der Gesellschaft nach meiner Auffassung partiell zu zurückhaltend war.*“ (Spiegel, 05.01.04)

Um welche Entscheidung es hier konkret geht, wird nicht benannt, der Kontext ist das Thema „Deutschland als Forschungs- und Entwicklungsstandort“. Was hier allerdings auch von größerem Interesse ist als der eigentliche Gegenstand der angeführten Bundestagsentscheidung, ist die Bewertung des genannten Druckes der Gesellschaft, dem ja offenbar besser nicht hätte nachgegeben werden sollen. Hier wird genau das Gleiche impliziert, wie in der Äußerung über die Definitionsherrschaft bezüglich des Gemeinwohls:

Diejenigen, die nicht zur politischen Elite gehören, sollten in bezug auf wichtige Entscheidungen keinen allzu großen Einfluß haben.

Zum Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung hat auch Franz Müntefering erstaunliche Ansichten: „*Wir können aber nicht die Menschen fragen, wie sie es gerne hätten, damit sie uns wählen. Wir dürfen keine Politik nach Gefälligkeit machen, sonst müßten wir längst aufgehört haben mit der Agenda 2010. Wir wollen dieses Land erneuern.*“ (Stern, 13.11.03) [zum Thema Unzufriedenheit bei SPD-Basis und Bevölkerung]

Interessant ist dies insofern, als die übliche Wahlwerbung ja genau darauf spekuliert, wie die Menschen „es gerne hätten“ oder es auch nicht gerne hätten, was immer mit der Abwertung des jeweiligen Gegenkandidaten als einem wichtigen Element der Wahlwerbung angesprochen wird. Es geht also auch hier darum, als politische Elite zum Wohle des Landes oder der Bevölkerung entgegen den Wünschen und realen Interessen dieser Bevölkerung Politik zu betreiben, was ja auch impliziert, die Politik sei im Besitz der letzten Wahrheiten. Als bekennender Katholik nimmt Müntefering auf diese Weise eine Haltung ein, die eine gewisse Analogie zur Hierarchie innerhalb der katholischen Kirche durchblicken läßt. Hier wie dort sind die Oberhäupter die Vertreter der Weisheit, die Untergebenen werden in die richtigen Bahnen gelenkt. Die Bekundung „Wir wollen dieses Land erneuern“ zeugt von einem gewissen Missionierungsdrang.

Politik gegen den Willen der Bevölkerung zu betreiben, ist in Anbetracht der obigen Beispiele scheinbar gar nicht mehr so sehr als Tadel denn als Lob zu verstehen. Gerade der Eindruck, Politik richte sich nicht nach den alltäglichen Bedürfnissen oder Wünschen der Masse, verleiht ihr den Glanz, einer höheren Berufung zu dienen – wie die hier wiedergegebenen Äußerungen des Kanzlers und auch des Parteivorsitzenden Müntefering nahelegen.

In diese Linie der scheinbaren Abkehr vom allseits verdammten Populismus paßt auch die von Friedrich Merz propagierte Absage an die Konsensgesellschaft: „*Schon die Suche nach einem allumfassenden gesellschaftlichen Konsens war falsch.*“ [zu Bündnis für Arbeit mit DGB-Funktionären unter Kohl](Spiegel, 01.03.03)

Ähnlich wie Schröder, der die Definition des Gemeinwohls allein der politischen Sphäre überlassen möchte, spricht sich auch Friedrich Merz für eine weitgehende Ausgrenzung von Störfaktoren der Entscheidungsfreiheit des Parlaments aus: „*Wir haben es seit längerem schon mit einer Entparlamentarisierung von politischen Prozessen zu tun. Das schafft erst die*

Freiräume für Gruppeninteressen aller Art. Wir müssen diesen Einfluß wieder zurückdrängen.“ [zum politischen Gewicht der Gewerkschaften](Spiegel, 01.03.03)

In Anbetracht derartiger Äußerungen, werden Feindbilder und auch die eigene Positionierung des Politikers als Interessenvertreter einer bestimmten Klientel deutlich. Wenn sich Friedrich Merz hier für die Freiheit des Parlaments ausspricht, so sollte man auch die Funktion dieser Bemerkung als Kampfansage an die Gewerkschaften beachten. Im Folgenden wird das Verhältnis von Friedrich Merz zu seinem primären Feindbild, den Gewerkschaften, noch einmal eingehender beleuchtet.

II.5: Welche gesellschaftlichen Gruppen werden in Konkurrenz oder Opposition zueinander positioniert und als wessen Vertreter treten Politiker in diesem Zusammenhang auf?

Was Schuldzuweisungen betrifft, arbeitet nach Durchsicht aller vorliegenden Interviews Friedrich Merz am häufigsten damit, aber auch andere Politiker üben sich in dieser Disziplin – wenn auch etwas zurückhaltender.

Friedrich Merz nimmt sich also ausgiebig die Gewerkschaften vor. So verbindet er den Hinweis, die Gewerkschaften verträten nur noch etwa 25 % der Arbeitnehmer mit der Bemerkung „*Wenn man einen Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen.*“ (Spiegel, 01.03.03).

Die Gewerkschaften müßten seiner Ansicht nach Macht und Einfluß abgeben, wenn die Reform des Arbeitsmarktes gelingen solle. Im Gegenzug bräuchten die Betriebe ein viel höheres Maß an Flexibilität und Autonomie, als der Flächenvertrag es ihnen heute zubillige. „*Ein Unternehmer sollte in der Lage sein, seine Probleme mit den eigenen Leuten zu lösen. Er will nicht ständig externe Gewerkschaftsfunktionäre um Zustimmung bitten müssen.*“ (Spiegel, 01.03.03)

Als wessen Vertreter sich Friedrich Merz positioniert ist also eindeutig. Die Konkurrenz ist Unternehmerinteressen gegen Gewerkschaften, wobei die Unternehmerinteressen bei Friedrich Merz gut aufgehoben sind, während sich Gewerkschaftsvertreter gar nicht erst um einen Dialog bemühen müssen.

Norbert Blüm äußert Bedenken in Anbetracht der von Friedrich Merz offensiv vertretenen Gewerkschaftsfeindlichkeit: „*Eine der großen Gefahren für den Sozialstaat ist die Schwächung der Position der Sozialpartner, wie Sie es gefordert haben.*“ (Stern, 27.11.03)

Was im Vergleich aller vorliegenden Interviews zueinander auffällt ist, daß kein anderer Politiker neben Norbert Blüm ein Wort wie „Sozialpartner“ überhaupt noch verwendet. Die jüngere Politikergeneration scheint in diesem Zusammenhang nicht die Überzeugung zu vertreten, die Gewerkschaften seien eine von drei Instanzen in der politischen Entscheidungsfindung in Belangen des Arbeitsmarktes. Es lassen sich zumindest einige Äußerungen finden, die diesen Eindruck bestärken.

Auch auf der Regierungsseite gibt es unterschiedliche Positionen zu den Gewerkschaften: „*Es wäre ein grundlegender Fehler, die Gewerkschaften – wie in anderen Ländern - aus den wichtigen Entscheidungsprozessen herauszudrücken.*“ (Stern, 30.01.03) bekundet Manfred Clement. Der Bundeskanzler hingegen argumentiert in eine ähnliche Richtung wie Herr Merz, wenn er den Gewerkschaften so etwas wie mangelnden Realitätssinn attestiert: „*Ich verstehe deren Willen, an allem festzuhalten, was erkämpft wurde, durchaus. Ich sage ihnen nur: Ihr werdet es nicht schaffen, wenn ihr glaubt, daß alles so bleiben könnte, wie es ist. ... Man muß sehen daß die Gewerkschaften in erster Linie ihre Mitglieder vertreten. Das ist verständlich, macht aber zugleich klar, daß die Definition dessen, was Gemeinwohl ist, bei der Politik bleiben muß.*“ (Spiegel, 19.04.03)

Friedrich Merz drückt sich diesbezüglich nur wenig anders aus: „Die Politik muß entscheiden, zur Not auch gegen die großen Verbände und eben auch gegen die Gewerkschaftsfunktionäre.“ (Stern, 30.01.03)

Schröders Hinweis darauf, die Gewerkschaften vertreten in erster Linie ihre Mitglieder, ist längst ein Standardargument, das von wirtschaftsfreundlichen Kreisen häufig angeführt wird, um die Legitimation der von den Gewerkschaften vertretenen Positionen in zweifelhaftem Licht erscheinen zu lassen. Wenn Schröder in diesem Zusammenhang betont, die Definition des Gemeinwohls müsse bei der Politik bleiben, wird die angeblich mangelnde Legitimation der Gewerkschaftspositionen noch unterstrichen, die politische Sphäre wird gleichzeitig als objektive, von sich selbst losgelöste Instanz vorausgesetzt, der man den Vorwurf, man vertrete lediglich die eigenen Interessen, entweder gar nicht machen kann oder nicht machen darf.

Genau diese Frage sollte allerdings gestellt werden, wenn die Gewerkschaften als einflußreiche Instanz in politischen Entscheidungsprozessen von einer anderen dieser Instanzen derart in Zweifel gezogen werden. In diesem Zusammenhang erscheint es auch nicht unwichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die große Skepsis gegenüber der etablierten Arbeitnehmervertretung gegenüber den Interessenvertretern der Wirtschaft scheinbar weniger ausgeprägt ist. Mit der freien Wirtschaft ist die gegenwärtige Bundesregierung immerhin so kooperationsbereit, daß der arbeitsmarktrelevante Teil der rot-grüne Reformagenda einen Ideen- und Namensgeber aus der Wirtschaftselite hat. Ist der Verdacht, die Industrieverbände oder der Vorstand eines global agierenden Unternehmens handelten zumindest nicht in geringerem Maße an den Interessen ihrer eigenen Mitglieder orientiert als die Gewerkschaften, abwegiger, als die im Falle der Gewerkschaften freimütig vorgetragene Skepsis? Zumindest scheint, nach Ansicht des Bundeskanzlers, die näherer Positionierung an der Unternehmerseite die derzeit angesagtere Variante zu sein.

„Eine zeitgemäß handelnde Regierung kann auf den Erfahrungsaustausch mit solchen Leuten [außerparlamentarische Berater aus der Wirtschaft] nicht verzichten. Jemand wie der Siemens-Chef Heinrich von Pierer, dessen Firma in China eines der führenden deutschen Unternehmen ist, weiß natürlich besser, wie dort der Markt funktioniert, als zum Beispiel ein Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.“ (Spiegel, 05.01.04)

Muß eine Regierung in Deutschland wissen, wie in China der Markt funktioniert? Müßte sie nicht erst einmal wissen, wie in Deutschland der Markt funktioniert – wenn sie das denn tatsächlich wissen muß oder will – und sich, zum Zwecke des diesbezüglichen Erkenntnisgewinns, eine gewisse Distanz zu den Unternehmern bewahren – eine ähnlich ausgeprägte Distanz, wie sie die Gewerkschaften von politischer Seite derzeit erfahren? Inwieweit muß die Sphäre der Wirtschaft überhaupt in die Staatspolitik eingebettet sein? Die engen Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik sind derzeit in jedem Fall ausgesprochen sichtbar, was man zum Teil sogar der darüber hinaus wenig erkenntnisreichen Talkshow von Sabine Christiansen zugute schreiben kann, wo doch dort die jeweiligen Spitzenkräfte stets einträchtig beieinander sitzen und den Konsens der Alternativlosigkeit zu den aktuellen Reformen pflegen.

Natürlich gab es auch die an die Unternehmerseite gerichteten Aufrufe zum Patriotismus, die allerdings aufgrund mangelnder Resonanz der Angesprochenen schnell wieder verhallten und auch nicht weiter fortgesetzt oder präzisiert und vom in der Thematik eigentlich unnötigen Patriotismusbegriff abgekoppelt wurden. Die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung hätte genügt, ohne durch das große Wort Patriotismus von der Problematik abzulenken. Der kurze Patriotismuseinwurf hat jedenfalls die Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung des Kapitals nicht in den gegenwärtigen öffentlichen Diskurs eingebracht.

Neben den in erster Linie als Feindbild präsentierten Gewerkschaften und der damit auch immer mitthematisierten Unternehmerschicht als deren weniger kritisch bewerteter Gegenpol, wird auch die große unorganisierte Bevölkerung in Gegenpole aufgeteilt. Meist geht es dann darum, welche Eignungen welche Mitglieder der Bevölkerung zu Reformgewinnern machen können, wohingegen ein von solchen Eignungen freier Teil der Bevölkerung als die mehr oder weniger zurecht von den Entwicklungen der Arbeitswelt Benachteiligten dargestellt wird.

„Die Verlierer sind nämlich nicht die, die gut ausgebildet sind, die Sprachen können und Auslandserfahrung haben. Verlieren werden jene, die, salopp gesagt, lebenslänglich Deutschland gebucht haben, weil sie hier ihr kleines Häuschen haben und ihre Familie, weil sie nicht einfach heute in Deutschland, morgen in Polen und übermorgen in Amerika arbeiten können.“ (Friedrich Merz: Spiegel, 10.04.04)

Hier wird also gesagt, wer sich vor Hartz IV keine allzu großen Sorgen machen muß, und für wenn es künftig eng wird. Katrin Göring-Eckard hat mit ihrer bereits an anderer Stelle erwähnten Definition dessen, was es heißt, alles richtig gemacht zu haben (Auslandserfahrung, gute Ausbildung, guter Job) ein ähnliches Bild des potentiellen Siegertyps in der neuen Arbeitswelt gezeichnet. Während bei Göring-Eckard das propagierte Profil allerdings nur recht exklusiv und elitär wirkt, weil die genannten Dinge wie Auslandserfahrung und gute Ausbildung, die zu einem „guten Job“ führt, häufig die Mitgliedschaft zu einer privilegierten Schicht voraussetzen, wirkt der von Friedrich Merz angeführte Gewinnertyp mindestens ebenso bemitleidens- wie beneidenswert, in Anbetracht dessen, daß er wohl besser auf Familie, privaten Lebensraum und auch etwas so Altmodisches wie Heimatverbundenheit verzichten sollte. Gleichzeitig findet in diesem Statement auch eine Verschiebung eines traditionelleren Bildes von gesellschaftlichem Erfolg statt, welches Familien- und Hausbesitz als Lebensziel und Symbol dessen, daß man seinen Platz in der Gesellschaft gefunden hat, definiert. Im Gegensatz zum ungebundenen, topqualifizierten Jobnomaden der neuen Epoche, wirkt dieses alte Bild nun unzeitgemäß und vom Makel der Unflexibilität und Trägheit behaftet.

Wie der Mensch zu sein hat, wird derzeit also wiederum neu entworfen, was die Chance zur Erkenntnis darüber bietet, daß solche Idealtypen sehr viel mit den jeweiligen Anforderungen und Wünschen der Herrschenden zu tun haben.

Neben den Arbeitswilligen, seien sie nun für die neue Arbeitswelt gewappnet oder nicht, werden demgegenüber auch die sogenannten Arbeitsunwilligen thematisiert, wobei eine weitgehende Deckungsgleichheit mit den Arbeitslosen und den Sozialhilfeempfängern allein dadurch projiziert wird, daß in den vorliegenden Interviews nie darauf hingewiesen wird, daß es durchaus auch arbeitswillige Mitglieder dieser gesellschaftlichen Gruppen gebe. So wird ein altbekanntes Vorurteil von elitären Kreisen am Leben erhalten, demnach die Verlierer einer Gesellschaft zumindest teilweise an ihrer Lage selbst schuld seien.

„Es geht zum Beispiel nicht, daß jemand der arbeitslos ist, sagt: Die, die Arbeit haben, müssen mich mitbezahlen, aber die Arbeit, die es gibt, mache ich nicht. Wir werden zumindest Singles viel mehr zumuten müssen. Es gibt 900 000 Stellen, die nicht besetzt sind. So viele Arbeitslose weniger wäre schon eine gigantische Veränderung.“ (Franz Müntefering: Stern, 13.11.03)

Die Formulierung „jemand, der arbeitslos ist“ ist so unspezifisch, daß eigentlich jeder Arbeitslose gemeint sein kann, was wiederum den Interpretationsfreiraum bietet, daß im Prinzip auch jeder Arbeitslose als ein potentieller Leistungsverweigerer betrachtet werden kann. Natürlich sind vordergründig nur die gemeint, die tatsächlich die beschriebene Haltung vertreten, aber wer das ist, kann ja nicht wirklich ermittelt werden. Es ist schon eine ideologische Unterstellung, davon auszugehen, daß überhaupt irgend jemand, der arbeitslos

ist, so eine Haltung vertritt. Es bleibt der Generalverdacht. Es wird hier nicht über Menschen in einer Notlage gesprochen, sondern über angebliche bequeme Profiteure der vielbeschworenen „sozialen Hängematte“.

Es wird hier eine ohnehin schon stigmatisierte Gruppe noch weiter aufgefächert: Die arbeitslosen Singles, denen nun viel mehr zugemutet werden darf und muß – sie werden somit an den äußersten Bereich des gesellschaftlichen Randes gedrängt.

Auch die in diesem Statement anklingende Verschiebung der angeblich freiheitlichen Wohlstandsquelle Arbeit zum staatlichen Zwang ist interessant. Wenn jemand eine Arbeit ablehnt, wird er sogleich mit dem Stigma belegt, lieber bequem die anderen seine Existenz finanzieren zu lassen, wobei es doch sicherlich auch gute Gründe, vor allem persönliche Gründe geben kann, eine bestimmte Tätigkeit auch bei physischer Eignung nicht ausüben zu können oder zu wollen.

Daß dies im Weltbild einiger Politiker, die hinter den aktuellen Arbeitsmarktreformen stehen, nicht zur Debatte steht, zeigt auch die folgende Äußerung von Olaf Scholz: „*Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist und danach aus Steuermitteln Unterstützung bekommt, der muß bereit sein, jede Arbeit anzunehmen, die ihm für andere Bürger zumutbar erscheint.*“ (Stern, 07.08.03)

Schlimm ist demnach nicht so sehr die Situation des Arbeitslosen, sondern in erster Linie die durch ihn entstehende finanzielle Belastung für die Steuerzahler. Wer also nicht das Glück hat, innerhalb eines Jahres eine Arbeitsstelle zu finden, muß sich dem von den glücklicheren Mitgliedern dieser Gesellschaft verhängten Strafmaß stellen und dieses Urteil möglichst ohne Klage hinnehmen. Diejenigen, die nun darüber zu entscheiden haben, was für einen anderen zumutbar zu sein hat, werden auch nicht zur Milde angehalten. Der zur zumutbaren Arbeit Verurteilte kann aufgrund der Unterstellung, er lebe skrupellos auf Kosten anderer, auf keine Nachsicht hoffen. Vielmehr wird noch an eine gewisse Gehässigkeit appelliert, indem durch die Darstellung des vermeintlichen Schmarotzerdaseins des Langzeitarbeitslosen, die Empörung und der Vergeltungsdrang der anvisierten Volksseele angestachelt wird.

Hier ist ein Strafcharakter der Hartz IV-Reform sehr deutlich erkennbar. In diesem Statement von Olaf Scholz offenbart sich eine weitgehend unsolidarische Gesellschaftsauffassung: Die Schwachen werden der Gnade der Stärkeren unterworfen, der Anschein von Wohltätigkeit oder Hilfsbereitschaft hat hier keinen Platz.

Es stellen sich einige Fragen zur praktischen Umsetzung der ausgegebenen Maxime: Wer sind die anderen Bürger, die über die Zumutbarkeit entscheiden, der jeweilige Betreuer des Jobcenters oder etwa die in Meinungsumfragen erhobene und in Boulevardblättern und Talkshows angeheizte jeweilige gesellschaftliche Stimmung?

Der vielzitierte vermeintlich anständige Steuerzahler wird gegenwärtig nicht nur von Politikern des konservativen Spektrums gerne dazu ermutigt, für sein Mittragen der Schwächeren durch seine Steuerbeiträge, auch einen gesellschaftlichen Beitrag von diesen Menschen verlangen zu können. Von soviel Großmut, daß es vielleicht auch einige Steuerzahler geben könnte, die lieber die Existenzsicherung anderer mittragen, als diese beispielweise bedingt freiwillig Parks fegen zu lassen, was ja aufgrund des faktischen Zwangs zur Annahme jedes angebotenen Jobs einer Form von Zwangsarbeit gleichkommt, wird nicht ausgegangen – vor allen Dingen wird von politischer Seite an ein derartiges Mitgefühl überhaupt nicht appelliert¹³, wobei auch nicht allzu viel darauf hindeutet, daß ein derartig solidarisches gesellschaftliches Klima auf breiter Basis herrscht.

¹³ Lediglich Heiner Geißler und Norbert Blüm, die die CDU auch gern wieder als christlichen Werten verpflichtete Partei sähen, legen in Talkshows, Interviews – und im Falle Heiner Geißlers auch in einem selbst verfaßten Buch, noch gelegentlich Widerspruch gegen den herrschenden Konsens in Politikerkreisen ein.

Manfred Clement bringt bezüglich der Arbeitslosigkeit noch eine weitere Konkurrenzdimension ein: „*Wir verabschieden uns von der überwiegenden Verwaltung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Das Geld, das wir viel zu lange dafür ausgegeben haben, brauchen wir für Kindergärten, Schulen, Hochschulen. Wir dürfen nicht länger auf Kosten der Zukunft leben.*“ (Stern, 15.07.04)

Demnach werden die Arbeitslosen als direkt verantwortlich für die deutsche Bildungsmisere betrachtet, was eine recht abenteuerliche Betrachtungsweise ist, schließlich gäbe es bei den diversen Etats, die der Bundesregierung für die unterschiedlichsten Bereiche zur Verfügung stehen¹⁴, sicherlich auch die Möglichkeit, zugunsten des Bildungssystems ein wenig umzuschichten, wenn dies denn wirklich als eine absolute Priorität betrachtet werden würde. Das Geld wurde laut Clement also viel zu lange für die Verwaltung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben, was die Frage aufwirft, was denn nun aus den bisher verwalteten und finanzierten Arbeitslosen werden sollte, von den einschlägigen Rezepten der Hartz-Reformen einmal abgesehen. Clements Äußerung läßt die Schlußfolgerung zu, daß der Regierung zur verbesserten Ausstattung des Bildungssystems nichts naheliegenderes einfällt, als das erforderliche Geld bei den Arbeitslosen einzusparen, die ja neben den Opfern des deutschen Bildungssystems, also Kindern und Jugendlichen, ebenfalls eine unterstützungsbedürftige gesellschaftliche Gruppe sind.

Gesellschaftliche Gruppen unterschiedlicher Bedürftigkeit werden also in Konkurrenz zueinander positioniert.

Diese Konkurrenz wird mit folgender Äußerung noch verstärkt: „*Meine Generation wird noch wunderbar so leben können wie bisher, für die nächste wird es nicht mehr reichen. Deshalb kann ich die Jugend nur ermutigen: Laßt euch das nicht gefallen!*“ (Manfred Clement: Stern, 15.07.04)

Es wird somit an den Eigennutz der jungen Generationen appelliert, gegen die angeblich zu großzügigen Gaben des Staates an die Arbeitslosen aufzubegehren. Entsolidarisierung also nicht nur von oben, sondern bitte auch untereinander – so lautet die unausgesprochene Aufforderung.

II.6: Welche Bündnisse mit welchen gesellschaftlichen Akteuren werden angesprochen?

Zu den Bündnissen, die in der gegenwärtigen Situation angeblich angebracht oder notwendig seien, äußert sich hauptsächlich Kanzler Schröder.

Die Absage an die Gewerkschaften wurde ja bereits an anderer Stelle erteilt, nun geht es also darum, welche Partner der Regierung statt dessen von Nutzen sein könnten.

Und in diesem Zusammenhang erscheint die Oppositionspartei, augenblicklich die CDU, in einem noch etwas ungewohnten Licht. Die ritualisierten gegenseitigen öffentlichen Beschimpfungen haben in letzter Zeit tatsächlich abgenommen, was von Politikern wie Angela Merkel mit der Verunsicherung der Bevölkerung im Angesicht der Arbeitsmarktreformen begründet wird, weshalb man in der politischen Auseinandersetzung nicht noch zusätzlich Aggressionen schüren wolle. Durch diese ungewohnte Zurückhaltung gesteht die gegenwärtige Opposition also zunächst einmal ein, daß sie wohl weitgehend mit der Linie der gegenwärtigen Regierung, gegen die sich vorübergehend verhaltener Widerstand in Teilen der Bevölkerung richtete (Montagsdemos), übereinstimmt.

Bundeskanzler Schröder definiert den herrschenden Konsens mit der Union allerdings anders als Angela Merkel, die darin eher ein Entgegenkommen der Opposition zum Wohle des sozialen Friedens sieht. Schröder indes folgt ganz seiner Linie, daß irgendwann niemand mehr

¹⁴ Vor einer Weile wurde im Zuge der wieder einmal reanimierten allgemeinen medialen Bürokratieschelte darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesregierung beispielsweise eine Kommission für Sonderbriefmarken unterhält.

bei den Reformgegnern sein wolle. *„Ich glaube, daß sowohl Frau Merkel als auch Herr Stoiber ein Interesse daran haben, daß diese Zusammenarbeit funktioniert. Sie scheinen zu spüren, daß wir jetzt in einer Situation sind, wo wir es entweder anpacken oder wirklich größere Schwierigkeiten bekommen – national wie international. Wer sich gegen die notwendigen Veränderungen stemmt, hat vom Wähler mit Sicherheit keine Zustimmung zu erwarten.“* (Spiegel, 07.07.03)

Manfred Clement sieht die Sache ähnlich und freut sich auf die Zusammenarbeit mit seinem geschätzten Kollegen von der Opposition, Friedrich Merz, dem er im Gespräch versichert: *„Wir werden dabei Gelegenheit haben, auch einiges gemeinsam zu tun.“* (Stern, 30.01.03)

Ein kollegiales Verhältnis wird allerdings nicht nur mit der Opposition gepflegt. Wie schon an anderer Stelle deutlich wurde, setzt Kanzler Schröder auf gute Kontakte zur Wirtschaft. Auf die Frage *„War Herr Hartz für Sie letztlich wichtiger als jeder Arbeitsminister?“* entgegnet Schröder *„Das will ich so nicht sagen. Er hatte eine andere Aufgabe. Doch die Tatsache, daß ein ausgewiesener Praktiker auf den Feldern Tarifpolitik und Arbeitszeitmodelle sein Know-how zur Verfügung stellte, hat uns weiter gebracht.“* (Spiegel, 05.01.04)

Der Schulterschuß mit der Wirtschaft geht allerdings über den Einzelfall hinaus. Schröder erklärt die Zusammenarbeit der Politik mit den übrigen gesellschaftlichen Eliten zur neuen Maxime: *„Und wir brauchen keine neuen Gremien, sondern wir brauchen, was man Private-Public-Partnership nennt, also eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft.“* (Spiegel, 05.01.04)

Schröder, bekanntlich des Englischen weitgehend weniger mächtig, demonstriert sein vermutlich stolzes Wissen um eine Vokabel des internationalen Business-Slangs und bringt gleichzeitig so etwas wie die Idee einer vereinigten Elitenherrschaft in die Debatte ein. Der eigenen gesellschaftliche Gruppe der Berufspolitiker wird die zur „richtigen“ Entscheidungsfindung nötige Kompetenz offenbar nicht zugetraut. Die felsenfeste Überzeugung des Kanzlers, mit seiner Agenda 2010 auf dem richtigen Weg zu sein, leitet sich also zum Teil sicher von der Bestätigung durch externe Berater aus der Wirtschaft ab, wird nun allerdings auch in Umfragen unter nicht direkt bei der Bundesregierung beschäftigten Managern eher noch beflügelt.¹⁵

Schröder führt Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft an: *„Zunächst einmal wird der frühere BMW-Vorstandsvorsitzende Joachim Milberg gegenüber dem Präsidium der SPD noch in dieser Woche seine Vorstellungen entwickeln und danach Jürgen Kluge von McKinsey vor dem SPD-Vorstand reden. Ich selber habe für den 15. Januar eine Reihe von Experten zu mir gebeten.“* (Spiegel, 05.01.04)

Die bildliche Vorstellung dieser Berichterstattung erinnert zunächst an das klassische Bild des Königs und seines Hofstaates: Der Kanzler läßt die Bediensteten mit ihren jeweiligen Darbietungen im Palast des Kanzleramtes auftreten.

Allerdings ist hier im Gegensatz zu höfischen Verhältnissen nicht mehr so eindeutig zu sagen, wer in dieser Konstellation letztendlich der bestimmende Faktor, wer der Lenker und wer der Gelenkte ist, weil mehrere Machtfaktoren im Spiel sind: Regierungsmacht gegenüber der Macht durch Expertentum, exklusives Wissen und die damit verbundene vorausgesetzte Kompetenz zur Darstellung und Deutung von Sachverhalten und vermeintlichen Problemlösungen.

Eine Implikation des Begriffs „Private-Public-Partnership“ scheint dem Kanzler nicht erwähnenswert: Es geht bei dem Begriff neben der Zusammenarbeit auch um die

¹⁵ Im „Elite-Panel“ des Wirtschaftsmagazins Capital: 83 Prozent der befragten Führungskräfte geben Schröder ausgezeichnete Noten für seine Reformpolitik (Erhebungszeitraum: 29.06. - 12.07.04, 503 befragte Führungskräfte), erschien am 21.07.04 in Spiegel Online.

Entscheidungsfrage bezüglich privater Interessen in Auseinandersetzung und angeblicher Partnerschaft mit dem sogenannten öffentlichen Interesse, also um die Balancefindung zwischen Einzelinteressen beteiligter Akteure und dem Gemeinwohl.

Der „Public“-Aspekt des Gemeinwohls könnte im Rahmen erwähnter Bündnisse wohl nur bei den Vertretern der politischen Sphäre liegen, wobei eine Partnerschaft mit nicht der Öffentlichkeit verpflichteten Akteuren, eben durch den Aspekt der kollegialen Verbundenheit mit Privatinteressen der jeweiligen Partner, die Verpflichtung der Politik im Hinblick auf das Gemeinwohl behindert und nicht zwangsläufig die beteiligten Privatinteressen dem öffentlichen Interesse annähern muß.

Ausgehend von den gesammelten Äußerungen zu den gegenwärtigen Schwerpunkten in der öffentlichen Debatte um die Arbeitsmarktreformen lassen sich neben der vielleicht überraschenden weitgehenden Einhelligkeit in der Beurteilung der gesellschaftlichen Situation über die Parteigrenzen hinweg auch bestimmte Mechanismen beobachten, die nicht zwangsläufig bewußt eingesetzt werden müssen, aber die in jedem Fall in ihren inhaltlichen Ausprägungen etwas über die Lebenswelt der gesellschaftlichen Gruppe der Berufspolitiker erzählen, indem sie beispielsweise darüber Aufschluß geben, welche Verbindlichkeiten und Tabus in dieser Gruppe herrschen und anhand welcher Faktoren innerhalb dieses politischen Kosmos über Wertigkeiten und Maßstäbe geurteilt wird.

Dabei ist neben den jeweiligen inhaltlichen Ausprägungen die strukturelle Dimension und Funktion dieser Mechanismen von Bedeutung.

Zwei anhand der vorliegenden Interviews gut zu beobachtende Mechanismen sind die Verwendung naturalisierender Darstellungen, also von Weltdeutungsmustern, die in weiten Teilen auf dem scheinbaren Glauben an endgültige Fakten und Wahrheiten beruhen und zum anderen das Arbeiten mit Feindbildern zur Herstellungen und Mobilisierung innergesellschaftlichen Konkurrenzpotentials.

Zunächst wird hier die Thematik der naturalisierenden Darstellungen im Mittelpunkt stehen.

III. Naturalisierende Darstellungen als Begründungsmuster für politische Reformvorhaben

Die Analyse der öffentlichen Kommunikation der politischen Elite zur Vermittlung der gegenwärtigen Reformpolitik findet nicht zum Zweck der Entscheidung darüber statt, ob diese Politik der richtige Weg sei oder ob es faktisch denn wirklich keine Alternative zu dieser Politik gebe. Der kontinuierliche Streit in der öffentlichen Debatte, sei es in den Printmedien oder auch in den Talkshows, ob dieser eingeschlagene Reformweg der richtige sei oder nicht, übersieht, daß das Richtige als absolute Kategorie in der politischen Entscheidungsfindung nicht taugt. In der Konkurrenz mitunter vielfältiger Interessen kann das Richtige nur eine relationale Argumentationsfigur sein.

Naturalisierende Darstellungen dienen dem Zweck, eine Kommunikationsbasis herzustellen, die der argumentativen Auseinandersetzung nur beschränkt zugänglich ist. Als typische Botschaft einer naturalisierenden Darstellung könnte man in etwa formulieren: Es gibt diesen oder jenen Sachverhalt, an dem es nun wirklich nichts zu rütteln gibt. Gewicht gewinnt eine konkrete naturalisierende Darstellung dadurch, daß sie von einer möglichst großen Anzahl von Akteuren des öffentlichen Diskurses vertreten wird.

Das gegenwärtig augenfälligste Beispiel ist die Verwendung des Globalisierungsbegriffs in der Debatte um die Arbeitsmarktreformen in Deutschland. Die Globalisierung wird hier als ein relativ inhaltsloses Faktum vorausgesetzt, das eigentlich Gemeinte wird also häufig nicht einmal konkretisiert, der Begriff allein reicht schon als Argument. In Folge der allgegenwärtigen reflexartigen Beschwörung des so selbstverständlichen und gleichzeitig so

bedeutungsleeren Kampfbegriffs, kann über diese Globalisierung nur noch sehr eingeschränkt verhandelt werden, weil sie sich der Wahrnehmung derjenigen, die sich der öffentlichen Meinungsbildung mehr oder weniger intensiv aussetzen, als Basis der Kommunikation und nicht als Verhandlungsgegenstand aufzwingt.

In den zitierten Äußerungen der interviewten Politiker findet ein häufiger Bezug auf Fakten, sogenannte Notwendigkeitszwänge und auf bestimmte Prämissen statt, wie „ein selbstbestimmtes Leben ist nur mit Arbeit möglich“ und „Die Globalisierung zwingt uns zu diesem und jenem“.

Es besteht also eine spezifische Grundlage, auf deren Basis Politiker im Prozeß der Kommunikation Politik und Gesellschaft entwerfen und fortschreiben.

Diese Grundlage könnte man als Fundament der Gegebenheiten bezeichnen, was zumindest die Projektion in der Berufung auf derlei Gegebenheiten behauptet.

Genau dieses Grundgerüst gilt es jedoch zu durchleuchten.

Um den Charakter und die Funktion eines Tatsachenkanons in herrschaftlichen Zusammenhängen und die Bedeutung der jeweiligen inhaltlichen Ausprägung der postulierten Tatsachen genauer zu betrachten, wird im Folgenden ein theoretisches Modell im Mittelpunkt stehen, welches die Auseinandersetzung mit durch Kommunikation vermittelter Herrschaft zum zentralen Inhalt hat.

III.1: Der Bezug zur Theorie Donna Haraways

Ein zentrales Anliegen der dekonstruktivistischen Gesellschaftsanalyse Donna Haraways besteht im Aufzeigen von sich manifestierenden Machtverhältnissen in der Vermittlung von Tatsachen. Die Tatsachen, denen Haraways vorrangiges Interesse gilt, beziehen sich auf Entwicklungen in den neueren Naturwissenschaften, in deren Folge gesellschaftlich etablierte Definitionen von Natur und Natürlichkeit fragwürdig erscheinen.

Haraways Blickwinkel ist insofern feministisch, als sie den wissenschaftlichen Definitionen von Geschlecht und deren Folgen, wie beispielsweise Konzepten charakteristisch weiblicher Persönlichkeitsmerkmale und den Auswirkungen zugeschriebener weiblicher Fähigkeiten auf berufliche Tätigkeiten von Frauen, besondere Aufmerksamkeit schenkt. Die Theorie Haraways ist jedoch über eine feministische Perspektive hinaus aufschlußreich, weil es im Kern darum geht, aufzuzeigen, wie Dominanz oder Herrschaft sich mittels spezifischer kommunikativer Techniken selbst legitimiert und reproduziert. Dominanz und Herrschaft sind in Haraways Theorie nicht grundsätzlich Dominanz und Herrschaft von Männern über Frauen.

Das zentrale Beobachtungsfeld in Haraways Analyse trägt die Bezeichnung „Technoscience“, womit nicht nur die aktuellen naturwissenschaftlichen Bereiche wie die Gentechnologie definiert werden, sondern auch die Zusammenhänge der wissenschaftlichen Forschung mit den Sphären der Wirtschaft und der Politik. Der Bereich der Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle in Haraways Theorie, weil darin zahlreiche Merkmale heutiger Lebensverhältnisse auf die Rolle der globalisierten Wirtschaft in den Entscheidungsprozessen über individuelle Lebensmöglichkeiten zurückgeführt werden.

Die Technoscience ist laut Haraway die Geschichte der Globalisierung, samt den Merkmalen und Auswüchsen dieser Geschichte bezüglich realer Lebensbedingungen heute. Die Sphäre der Politik wird in Haraways Theorie angesprochen, steht aber nicht im Mittelpunkt der Analyse, weil es weniger um die politischen Ausführungen im Kontext spezifischer wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen, als um deren Konstruktion und

Konstitution innerhalb dieser Bereiche selbst, mit besonderem Fokus auf dem Bereich der Naturwissenschaften, geht.

Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verdeutlicht Haraway anhand zahlreicher Beispiele, wie der Bereitstellung immer neuer Technologien durch die Wissenschaft, um menschliche Arbeit weitgehend überflüssig zu machen, der anschließenden Verwendung dieser Technologien in der wirtschaftlichen Produktion und den damit verbundenen Verschiebungen in Ausprägungen und Definitionen von Erwerbsarbeit und in bezug auf Lebensmöglichkeiten von Menschen, die auf Erwerbstätigkeit als Quelle ihres Lebensunterhalts angewiesen sind.

Ein Beispiel, das einen deutlichen Bezug zur Sphäre der Politik aufzeigt, ist das Gebiet der militärischen Aufrüstung. Am Anfang steht hier die wissenschaftliche Produktion neuer Technologien, gefolgt von der waffenindustriellen Anwendung dieser Technologien und letztlich der politischen Entscheidung über deren Einsatz.

Der Zugang zu derartigen Prozessen, die neben der rein materiellen Komponente auch realitätskonstituierenden Charakter haben, besteht zunächst einmal im grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber den Heilsversprechen der Technoscience. Ein Beispiel eines solchen Versprechens findet sich beispielsweise in der damaligen Werbung für die Robotisierung von Arbeitsplätzen. Das Versprechen war eine paradiesische Perspektive für die Arbeiterschaft, die in Folge der Einführung der neuen Maschinen den Verzicht auf Anstrengung und den Genuß ausgedehnter Freizeit in Aussicht gestellt bekam. Aus heutiger Perspektive ist klar, daß derartige Segnungen nicht zu einem kollektiven Arbeiterparadies geführt haben. Die alte Utopie eines Lebens ohne Arbeit ist mittlerweile zum kollektiven Schreckensszenario geworden.

Es ist demnach angebracht, sich als von Zukunftsszenarien betroffener Bürger immer einmal wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß das tatsächliche Wissen der Entscheidungseliten um die Zukunft und den Weg in die Zukunft keineswegs so groß ist, wie gerne des öfteren behauptet wird.

Aktuellere Beispiele für Versprechungen der Technoscience finden sich auf dem Feld der gentechnologischen Reproduktionsforschung, die zwar kein Leben ohne Arbeit, aber dafür ein Leben ohne Krankheit in Aussicht stellt.

In den Versprechen der Technoscience sieht Haraway deren soziale Bedeutung begründet, wobei die Kehrseite dieser Versprechen häufig in Katastrophenszenarien besteht, zu deren Bekämpfung der Glaube an die jeweiligen Antworten der Technoscience angeraten werde. Gegenwärtig ist das hierzulande geläufigste Katastrophenszenario der vielbeschworene demographische Wandel, der für allerlei Sozialabbau als Rechtfertigung herhalten muß.

„In der Kultur der Nicht-Kultur waren schwindelerregende Versprechungen immer die Kehrseite der trügerisch nüchternen Pose von wissenschaftlicher Rationalität und modernem Fortschritt. Ob unbegrenzte, saubere Energie durch das friedliche Atom, künstliche, die bloß menschliche übertreffende Intelligenz, ein undurchdringlicher Schutzschild gegen Feinde drinnen und draußen oder die Überwindung des Alterungsprozesses jemals verwirklicht werden, ist weit weniger wichtig, als daß diese Ideen in der Zeitzone der unglaublichen Versprechungen stets lebendig bleiben.“¹⁶

Die Kultur der Nicht-Kultur ist in diesem Fall die Naturwissenschaft, wobei sich diese Definition darauf bezieht, daß in den naturwissenschaftlichen Disziplinen Glaubwürdigkeit

¹⁶ Donna Haraway: Anspruchsloser Zeuge @ Zweites Jahrtausend. FrauMann© trifft OncoMouse™; 366

und Autorität daraus abgeleitet wird, daß man es angeblich mit eindeutigen Tatsachen und Gegebenheiten zu tun habe, die Objekte und Phänomene der Natur eben nicht kulturbedingt und damit von Menschen geschaffen seien.

Als Beispiel für die Hinfälligkeit der einfachen Gegensätze wie Natur und Kultur führt Haraway die OncoMouse als zentrale Figur ein, eine gentechnologisch manipulierte Maus, die für die Krebsforschung entwickelt wurde und als kommerzielles Produkt innerhalb der Pharmaindustrie vertrieben wird. Indem die gegenwärtig noch verbreitete Definition von Natur durch Geschöpfe wie die patentierte Maus hinfällig wird, wird auch die Konstruiertheit der Kategorie Natur sichtbar.

Es geht hier nicht in erster Linie um das Wesen der Natur, als vielmehr um die Funktion der spezifischen Ausprägung der Definition dessen, was als natürlich gelte. Es stellt sich die Frage der Dienlichkeit, also in wessen Sinne eine solche Definition entsteht und wer tatsächlich davon profitiert.

Indem die zentrale Referenzkategorie Natur als kulturelle Konstruktion in Erscheinung tritt, stellt sich auch die Frage nach der Definitionsgewalt in der Konstruktion von Kategorien wie Natur und Kultur.

Die Sphäre der Politik ist insofern auf das Feld der Technoscience zu beziehen, als sich die Politik in den Deutungsmustern und Herrschaftsdimensionen des Möglichkeitsraumes bewegt, der von der Technoscience, der gegenwärtigen Entwicklungsstufe in Wissenschaft und Wirtschaft, bereitgestellt wird. Daß die Politik aber keineswegs nur passiv diesen beiden Bereichen gegenübersteht, sondern im Prozeß der Realitätskonstitution auch gestalterisch fungiert, zeigt sich in den Bereichen der Wirtschafts- und der Rüstungspolitik, wobei in Anbetracht der staatenlosen multinationalen Konzerne der gestalterische Einfluß der Politik zunehmend in Zweifel zu ziehen ist, dem Hinweist auf die eigene umfassende Machtlosigkeit der politischen Sphäre im Angesicht der allmächtigen Globalisierung allerdings auch grundsätzlich zu mißtrauen ist.

„Eine Tatsache kann als Begründung von Erkenntnis dienen und kann Zustimmung sicherstellen, dann, wenn sie nicht als Menschenwerk betrachtet wird.“¹⁷

Aus wissenschaftshistorischer Perspektive sieht Haraway die Definitionsmacht über reale Lebensbedingungen im Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in drei konstitutiven Praktiken der Technoscience begründet, die in der Entwicklung der westlichen Philosophie im Zuge der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts ihren Ursprung haben, wobei eine Schlüsselrolle in der Begründung des heutigen Wissenschaftsverständnisses Robert Boyle zukomme, der die folgenden Praktiken herausgebildet und perfektioniert habe:

1. einer materiellen Technologie, die im konstruierten Objekt und dessen Funktionsweise bestand (,wofür das Beispiel der Luftpumpe angeführt wird).

2. einer literarischen Technologie zur Dokumentation der präsentierten Ergebnisse, die sich durch einen schnörkellosen Schreibstil auszeichnete und der unkommentierten Darstellung von Fakten verschrieben sein sollte.

3. einer sozialen Technologie, die den Umgang der Wissenschaftler miteinander und deren Abgrenzung von der Öffentlichkeit regelte.

¹⁷ Donna Haraway: *Anspruchsloser Zeuge @ Zweites Jahrtausend*. FrauMann© trifft OncoMouse™; 354, Zitat aus: Shapin/Schaffer: *Leviathan and the Air-Pump*; 79

Es handelte sich bei diesen drei Technologien um Mittel der Objektivierung, um den präsentierten Ergebnissen den Eindruck von etwas Gegebenem verleihen zu können. Haraway begegnet den Ergebnissen dieser geschilderten Praktiken weniger im Sinne der Logik einer Verschwörungstheorie, als sie lediglich die Aufmerksamkeit dafür in den Mittelpunkt stellt, daß eine vermeintliche Gegebenheit oder Tatsache nie vollkommen sein kann ohne die Sichtbarkeit der im Rahmen der Entdeckung einer solchen Tatsache Beteiligten und deren jeweiligen Beiträgen in der Entstehung des Produkts Erkenntnis. Als eine Folge der drei konstitutiven Praktiken der Technoscience betrachtet Haraway ein verbreitetes Unschuldverständnis innerhalb der wissenschaftlichen Forschung, die ihre Ergebnisse häufig nicht im Kontext der Machtkonstellationen wahrnehme, in denen sie genutzt werden. Das Labor werde als Raum spielerischer Experimentierfreude betrachtet, aber es sei weder ein moralischer noch ein herrschaftsfreier Raum.

Das auf diese Weise erzeugte Bild des Wissenschaftlers bezeichnet Haraway mit dem Begriff des Anspruchslosen Zeugen. Dieser bezieht seine Autorität daraus, das er keinen Anspruch im Sinne eines beabsichtigten Ergebnisses verfolgt und, ohne von persönlichen Interessen geleitet zu sein, über Tatsachen berichtet. Der Wissenschaftler muß also als Person unsichtbar sein, was die Kultivierung einer Aura von Bescheidenheit erfordert.

„Es ist diese Form der Bescheidenheit, die ihre Praktiker mit der Münze epistemologischer und sozialer Macht auszahlt. Diese Art der Bescheidenheit ist eine der grundlegenden Tugenden dessen, was wir Moderne nennen. Diese Tugend garantiert, daß der Anspruchslose Zeuge zum legitimen und autorisierten Bauchredner der Objektwelt wird, der von seiner bloßen Meinung oder aufgrund seiner körperlichen Befangenheit nichts hinzufügt.“¹⁸

Es zeigt sich eine Parallele zum exklusiven Wissen, das mitunter zu den bestbezahlten Waren in der heutigen postulierten Wissensgesellschaft gehört. Der moderne Experte verfügt über ein Wissen um behauptete Tatsachen, jeder Eindruck der Eigennützigkeit des Experten im Verhältnis zur inhaltlichen Ausprägung dieses Wissens würde ihm jedoch den Verdacht der Scharlatanerie einbringen.

In Anbetracht der drei konstitutiven Praktiken der Technoscience lassen sich aber auch Parallelen zur politischen Sphäre ziehen. Die materielle Technologie kann im Bereich der Politik keine Anwendung finden, weil es sich bei ihr weniger um ein produzierendes Gewerbe im klassischen Sinn als um eine Art des Verwaltungswesens handelt. Bei der literarischen Technologie zeigt sich aber auch schon eine gewisse Verwandtschaft: Auch die Politik gibt sich im Umgang mit dem, was sie als Tatsachen verstanden wissen will, gern nüchtern und emotional unbeteiligt. Auch von den eigenen Interessen, also des Interessen der eigenen gesellschaftlichen Zugehörigkeitsraums, wird nicht gesprochen, - umsomehr allerdings von den Interessen der Allgemeinheit, die, wie in den Naturwissenschaften auch, meist als fortschrittsorientiert vorausgesetzt und nur so akzeptiert werden. Auch von einer sozialen Technologie, die sich in der abgegrenzten Positionierung von einer nicht als gleichrangig anerkannten Allgemeinheit äußert, kann man im Hinblick auf die politische Sphäre sprechen. Die eigene behauptete Autoritätsposition einer gesellschaftlichen Gruppe wird einer von dieser Gruppe zu informierenden, zu belehrenden und durch sie zu vertretenden Allgemeinheit gegenübergestellt, womit die Politik durch den Anspruch der Vertretung, gegenüber den Wissenschaften ein weiteres Potential im Hinblick auf Deutungsmacht und damit einhergehender Realitätsproduktion für sich in Anspruch nehmen kann.

¹⁸ Donna Haraway: Anspruchsloser Zeuge @ Zweites Jahrtausend. FrauMann© trifft OncoMouse™; 352

Informatics of Domination

Donna Haraways kommunikationsanalytischer Ansatz zur Veranschaulichung real existierender Herrschaftsverhältnisse öffnet den Blick für bestimmte sprachliche Auffälligkeiten in diversen Aussagen der interviewten Politiker. Dieser Ansatz sei hier zunächst skizziert.

Die Bezeichnung „Informatics of Domination“ läßt verschiedene Übersetzungen zu, – so könnte man von den Inhaltsgebungen aber auch von der Informatik der Dominanz sprechen, weil Haraway sowohl die eigentliche Sinnggebung, die Verbreitung von Information, aber auch die tatsächlich technologische, elektronische Basis der Verbreitung von Information, also das, was wir auch im alltäglichen Sprachgebrauch unter Informatik verstehen, im Blickfeld ihrer Analyse hat. Haraway selbst definiert mit dem Begriff ein System globaler Verwertung, das in der Ausprägung multinationaler Konzerne Gestalt annimmt, darüber hinaus über den Geltungsbereich schlichter Ökonomie weit hinausgeht.

„The actual situation of women is their integration/exploitation into a world system of production/reproduction and communication called the informatics of domination. The home, workplace, market, public arena, the body itself – all can be dispersed and interfaced in nearly infinite, polymorphous ways, with large consequences for women and others – consequences that themselves are very different for different people and which make potent oppositional international movements difficult to imagine and essential for survival.“¹⁹

In Anbetracht der Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse aufgrund von Entwicklungen der Wirtschaftssysteme, die wiederum eng an Wissenschaft und Technologie gekoppelt sind, lenkt Haraway die Aufmerksamkeit auf Verschiebungen in der Sprache der jeweiligen Eliten. Es geht dabei nicht bloß um eine rhetorische Kunst, sondern es sind damit auch Änderungen in den Herrschaftsverhältnissen, den Ausprägungen von Dominanz, verbunden. Haraway stellt einigen alten Begriffen, die uns allen wohlvertraut und in den meisten Fällen als weitgehend natürlich erscheinen, die entsprechenden neuen Bezeichnungen gegenüber, die den gegenwärtigen Stand in der jeweiligen Entwicklungskette repräsentieren, wofür hier nur einige Beispiele aus Haraways Liste²⁰ wiedergegeben werden:

Organism – Biotic Component
Heat – Noise
Biology as Clinical Practice – Biology as Inscription
Organic Division of Labour – Ergonomics / Cybernetics of Labour
Racial Chain of Being – Neo-Imperialism, United Nations Humanism
Cooperation – Communications enhancement
White Capitalist Patriarchy – Informatics of Domination

...

Da die Begriffe auf der rechten Seite bereits auf den ersten Blick als eher konstruiert denn als natürlich wahrgenommen werden dürften, erscheinen auch die althergebrachten Bezeichnungen auf der linken in ihrer Natürlichkeit fraglich. Die neuen Begriffe zeichnen sich durch eine gewisse Kälte und Sauberkeit aus, die den jeweiligen Inhalt von den mitunter angsteinflößenden Assoziationen des entsprechenden alten Ausdrucks befreit.

So wie die alten Begriffe sich erst in den Erfahrungen von Menschen mit den Inhalten der Worte in ihrem Wesen offenbaren und erst im Laufe der Entwicklung der Industriegesellschaften und der Wissenschaftskultur ihre jeweilige moralische Besetzung erlangten, müssen auch die neuen Begriffe zunächst durch Erfahrung erschlossen werden.

¹⁹ Donna Haraway: A Manifesto for Cyborgs...; 82

²⁰ Donna Haraway: A Manifesto for Cyborgs...; 80

Aller Wahrscheinlichkeit nach wirkten diese alten Begriffe auf die Menschen ihrer Zeit einmal genauso modern, nüchtern und moralisch neutral, wie es die neuen Begriffe vorgeben zu sein.

Haraway plädiert dafür, Wissen in jedem Fall als situiertes Wissen zu betrachten, verortet in einem historischen und örtlichen Kontext, nicht loszulösen von den an der Wissensproduktion beteiligten Akteuren und den gesellschaftlichen Vorbedingungen eines spezifischen Prozesses der Wissensproduktion.

In den sprachlichen Gebilden finden die sozialen Zusammenhänge von Wissenschaft und Technologie ihren Ausdruck, die wiederum Grundlagen für politische Entscheidungsprozesse liefern. Haraway betrachtet den jeweils geltenden Kanon der Begriffe im Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft als System von Mythen und Bedeutungen, das prägenden Einfluß auf unsere Vorstellungswelt hat („systems of myth and meanings structuring our imaginations“²¹).

Ein Beispiel für gesellschaftlichen Wandel im Zusammenhang mit den sprachlichen und inhaltlichen Verschiebungen der geltenden Begriffssysteme sieht Haraway in der Gegenüberstellung der traditionellen einst wissenschaftlich begründeten Konzepte Rassismus und Kolonialismus mit dem, was Haraway als moderne Entwicklungsstufen einer dem eng verwandten Dominanzbeziehung betrachtet: Sprachregelungen, die von Unterentwicklung, Entwicklungsländern, zweiten und dritten Welten und unterschiedlichen Modernisierungsstufen erzählen. Was bleibt, ist der Blick aus der Perspektive des „weißen, männlichen Kapitalisten“ auf ein abgewertetes Gegenüber, welches nun sehr viel subtileren Formen von Gewalt in Gestalt von Almosen und der Gewißheit, daß sich im Machtverhältnis der drei Welten so schnell gewiß nichts ändern wird, ausgesetzt ist. Der goldene Westen ist scheinbar nicht mehr der Kolonialist, aber er gibt die Maßstäbe vor, die andere Teile der Welt zur Peripherie erklären.

Die Informatics of Domination sind ein schwer zu entschlüsselndes Machtsystem, worin auch dessen Macht zu nicht unerheblichem Teil besteht. Die konkrete Herrschaft ist häufig unsichtbar, scheinbar nicht in Menschenhand, was die Glaubwürdigkeit der Geschichten von den Unabänderlichkeiten erheblich begünstigt; man denke an die „Multinationals“ und deren nicht nur für den Laien schwer zu durchschauende Macht- und Verantwortungshierarchien. Dennoch handelt es sich nicht um eine Verschwörungstheorie; es sind keine Verschleierungstaktiken das Hauptproblem im Zusammenspiel der Instanzen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, sondern, wie die gegenwärtig recht homogene Selbstpositionierung in weiten Teilen der politischen Elite Deutschlands gegenüber den Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft zeigt, eine geringe Anerkennung des realitätskonstituierenden Charakters auch der jeweils eigenen Beiträge in diesem Zusammenspiel. Keine dieser drei Sphären entfaltet ihre Wirksamkeit und Macht allein aus sich selbst heraus, ohne die anderen Kräfte in diesem Zusammenspiel, also kann auch keine dieser Kräfte ihr Handeln als lediglich ein notwendiges Reagieren im Angesicht der Entwicklungen in den jeweils anderen Bereichen für sich definieren, ohne die eigene Macht somit entweder aus einer wenig reflektierten Selbsteinschätzung oder zwecks der Projektion dieser angeblichen Machtlosigkeit zu negieren.

²¹ Donna Haraway: A Manifesto for Cyborgs...; 82

Was Haraways Theorie als sinnvoll und notwendig in der Auseinandersetzung mit kommunikativ vermittelter Herrschaft erscheinen läßt, ist die Perspektive, in der die Möglichkeit von Veränderung der sich fortwährend reproduzierenden Herrschaftsverhältnisse zumindest gedacht wird. Als Perspektive wird von grenzüberschreitenden Bündnissen gesprochen. Die Möglichkeit von Bewußtsein individueller und kollektiver Lebensbeschränkungen im Rahmen bestehender Herrschaftsverhältnisse könnte demnach zu neuen außerparlamentarischen Oppositionen führen. Die Kraft, die eigenen Lebensverhältnisse zu beeinflussen, wird also nicht grundsätzlich negiert.

Der Zugang zu einem Blick von außen auf die eigene Eingebundenheit, die eigene Position als mehr oder weniger funktionierendes Element eines größeren Zusammenhangs erscheint schwierig, zur Gewinnung von Erkenntnis jedoch notwendig. Haraway gelingt die Einbeziehung eines Blicks von außen als Quelle des Erkenntnisgewinns durch die Berufung auf Grenzgänger und Ausgeschlossene aller Art, die in Haraways Theorie nicht bloß als letzte sichtbare Makel des ansonsten alles im Griff habenden Machtsystems, bei Haraway wären dies die Informatics of Domination, in Erscheinung treten, sondern als machtvolle Träger von Veränderungspotential aufgrund der eigenen Erfahrung als nicht normgerechtes Element und des damit einhergehenden Bewußtseins von Bedingungen der Zugehörigkeit und der Beschaffenheit von Herrschaft, die sich den normgerechten Elementen nicht in ähnlich intensivem Umfang erschließen kann. Bei Haraway sind die Outsider eines Systems, die gleichzeitig dessen Produkte sind, die Hoffnungsträger.

Haraways Theorie wird hier in erster Linie als sinnvoller Bezug betrachtet, weil die darin enthaltene besondere Aufmerksamkeit für Sprache, insbesondere für die Bezeichnungen des angeblich Natürlichen und Gegebenen und den Umgang mit diesen Bezeichnungen im Hinblick auf kommunizierte Herrschaft einen fruchtbaren Ausgangspunkt darstellt.

Auch wenn Politik durchaus im Kontext der vorgeblich leichten Unterhaltung und insbesondere als Element medienbetrieblicher Phänomene wie einer bedingt unabhängigen, weil Marktgesetzen unterworfenen Presse und der Polit-Talkshows funktioniert, so ist den Worten der Darsteller auf der politischen Bühne auch auf einer hintergrundanalytischen Ebene Aufmerksamkeit zu schenken, weil in diesen Worte immer etwas über bestehende und möglicherweise anvisierte Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommt. In dieser Hinsicht wird in den Äußerungen von Politikern mehr gesagt als ausgesprochen. Haraways Ansatz beleuchtet die vernetzten Instanzen dieses Ganzen und macht sie somit durchsichtig. Die undurchdringliche Einheit der bestehenden Machtverhältnisse wird als interaktiver Prozeß sichtbar, die Realität offenbart ihre Veränderbarkeit.

II.2: Naturalisierende Darstellungen im politischen Kontext

Die Behauptung, naturalisierende Darstellungen werden von Politikern bewußt eingesetzt, um die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu untermauern, könnte in keinem Fall mehr als bloße Unterstellung sein. Das Problem liegt vielmehr in der Selbstverständlichkeit, mit der vermeintlich absolute Tatsachen in der politischen Kommunikation bemüht werden.

Der Ernst ist ja gerade in diesen Tagen ein wenig abhanden gekommen, wie die erwähnte Begeisterung über die optimistische Art zeigt, mit welcher der Bundespräsident die

beschworene Misere angeblich verdaulich zu machen versteht. Der positive Köhler ist in dieser spezifischen Facette seiner Amtsausübung der zum Staatsformat veredelte Motivationstrainer. Die in diesem Geschäft häufig mitschwingende Verachtung des Publikums zeigt sich hier jedoch eher bei den beigeisterten Kollegen, wohingegen dem Präsidenten seine gegenwärtig noch recht bescheiden wirkende Ausstrahlung zugute kommt, indem sie ihn vor dem Vorwurf der Selbstherrlichkeit schützt.

Verhandelt indes wird in der politischen Kommunikation gegenwärtig rein gar nichts. Es wird knapp bekanntgegeben, allein das schon eine Zumutung für den Politiker im Angesicht der wenig euphorischen Masse. Abbilder des Bestehenden werden endlos dupliziert. Die Politik hat selbst jegliche Vorspiegelung einer gestalterischen Rolle eingestellt und beschränkt sich aufs parteiübergreifende „Das muß eben sein“.

Die Suche nach naturalisierenden Darstellungen bezieht sich in der politischen Kommunikation auf den Umgang mit dem Gegebenen. Obwohl das thematische Feld öffentlicher politischer Debatten eher selten tatsächlich mit dem klassischen naturwissenschaftlichen Naturbegriff in Berührung kommt, so ist doch die Betrachtung analoger Argumentationsstrukturen zur instrumentellen Naturkonstruktion möglich. In Haraways Theorie markiert der Begriff des Natürlichen das, was als Gegebenes, als weitgehend ahistorisches Faktum von den jeweiligen Verkündern des Natürlichen zu betrachten vorgegeben wird. Wenn die Politik sich auf das Gegebene beruft, ohne zwangsläufig den Umweg über konstruierte Naturgebilde zu gehen, kann sich dieses Gegebene nicht einmal mit dem Orden der Natürlichkeit schmücken, benötigt diesen aber auch nicht mehr. Der politische Umgang mit Gegebenheiten bedarf also scheinbar keiner Legitimation über deren Gehalt, gleichgültig ob dieser als natürlich, kulturell oder gar lediglich imaginär gelten könne.

Zum Begriff des Gegebenen

Etwas als Gegebenes vorauszusetzen oder zu präsentieren, bedeutet nicht zwangsläufig eine Naturalisierung. Gegebenheiten können ja durchaus ganz offen als Menschenwerk in Erscheinung treten, zahllose Gegebenheiten stehen selbstbewußt zu ihren Erzeugern, bevorzugt jene ohne größere Brisanz. Zunächst einmal ist ja alles auf dieser Welt, sobald es die alleinige Existenz in Gedanken hinter sich läßt, ein Gegebenes. Das Urheberrecht ist in etlichen Fällen strittig, was etwa in den nach wie vor stattfindenden Glaubenskämpfen, ob der Mensch von Gott oder der Natur gegeben sei, ein sehr grundlegendes Beispiel findet.

Wenn allerdings eine Machtelite, worum es sich bei den Akteuren der Berufspolitik handelt, das Gegebene in nicht geringem Maß zur Rechtfertigung für Machtausübungen in Form politischen Handelns heranzieht, ist Aufmerksamkeit für die Gestalt und die Benennung dieser Gegebenheiten angebracht.

In den an anderer Stelle wiedergegebenen Aussagen von Politikern aus den ausgewählten Interviews tritt das Gegebene nicht ganz so selbstbewußt als Menschenkind in Erscheinung. Der Modename des unantastbar Seienden lautet gegenwärtig bevorzugt Globalisierung, vereinzelt wird auch von der Wissensgesellschaft gesprochen. Ganz allgemein finden sich immer Notwendigkeiten und Zwänge, von denen ein beliebiger Politiker eine beliebige Handlungslegitimation abzuleiten sich gezwungen sieht. Es sind nie Personen, die zu irgend etwas zwingen.

Das Gegebene, das nicht als klar zuzuordnendes Produkt eines Einzelnen oder einer Gruppe in Erscheinung tritt, läßt sich in grober Einteilung stets zu einer der beiden zentralen

Kategorien Natur oder Kultur zuordnen. Wenn es mehr oder weniger eindeutig nicht zu den Dingen gehört, die losgelöst vom Menschen gänzlich unbeeindruckt weiterexistieren könnten, wird man es in einem kulturellen Kontext verorten. Wenn die Natur sich noch zuweilen sträubt, so ist die Kultur gänzlich die Domäne des Menschen und somit ein Feld von Machtverhältnissen.

Erlangte Macht, die nur auf der Basis eines spezifischen Gestaltungsraumes möglich ist, gerinnt selbst zur Kultur, vereinigt sich mit der bereits bestehenden zum Gegebenen. Politik, die sich aufs Gegebene beruft, naturalisiert das jeweils Bezeichnete, was sich selbst wiederum als kulturelles Derivat, Merkmal des herrschenden kulturellen Verständnisses einer Gesellschaft definieren kann, wie es aus der Industrie und insbesondere aus der Finanzwelt zuweilen zu vernehmen ist.

Die Macht, die aufgrund der vollkommen unzufälligen Ausprägung der gesellschaftlichen Kultur nur eine ökonomische sein kann, verfügt nicht über die Mittel, sich selbst zur Natur zu erklären, auch wenn sie dem Menschen seine ökonomische und damit einzig wertrelevante Natur vorgibt. Als naturzuweisende Instanz kann nur die Wissenschaft oder eben auf einer anderen Ebene die Politik fungieren, was die Verbindung dieser drei Sphären noch einmal verdeutlicht.

Der Begriff der Naturalisierung im Sinne Donna Haraways trifft auf den sprachlichen Umgang von Politikern mit spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen deshalb zu, weil in der Berufung auf die Gegebenheiten real existierende Machtverhältnisse scheinbar ebenso bedeutungslos sind wie in den realitätskonstituierenden Praxen der Naturwissenschaft, deren anspruchslose Zeugen vorgeblich nichts anderem verpflichtet sind als der Wahrheit, der Realität, dem Fortschritt, der ja selbst keine interessenfreie Maxime ist.

Die Politik indes ist nicht aufklärerisch, sie produziert niemals neue Erkenntnisse, aber sie reproduziert fortwährend das, was sie für Erkenntnis hält. Die Auswahl der jeweiligen externen Lieferanten solcher Erkenntnisse ist aufschlußreicher als das politische Recycling der fremden Ideen selbst. Wenn der Kanzler die Unternehmensberatung McKinsey zu Hoffe bittet, mag zwar auch interessant sein, zu welchen Einsichten mit welchen politischen Konsequenzen aus dieser Begegnung der Kanzler gelangen mag, die Botschaft der Zusammenkunft allein hat jedoch bereits einige Aussagekraft.

Es mag einem der Hinweis in den Sinn kommen, ein Politiker könne nicht in jedem Interview, in jedem Statement die komplette Geschichte der westlichen Welt nacherzählen, um dem Vorwurf zu entgehen, er verschleierte die historischen Hintergründe bestehender Machtverhältnisse. Aber indem die Produkte dieser Geschichte zum Absoluten erklärt werden, kann man sich die Hintergründe auch gleich sparen. Selbstoffenbarung entsteht als Albfallprodukt der Geschichten von den Gegebenheiten.

Vertreter der politischen Klasse, die zur Technik der Naturalisierung greifen, nehmen für sich die Projektion einer Autorität in Anspruch, die innerhalb der Bevölkerung noch einigermaßen fraglich erscheint, weshalb die Akzeptanz der angebotenen endgültigen Wahrheiten schwieriger zu erlangen ist als in den Naturwissenschaften, wobei dort die Wahrheiten ja auch nur solange endgültig sind, bis sie von den jeweils neueren endgültigen Wahrheiten in endloser Aneinanderreihung abgelöst werden. Die Naturwissenschaft ist allerdings auch stets um eine zumindest einigermaßen homogene Außenwirkung des jeweils neuesten Standes bemüht, während es in der Politik im Zweifel immer gleich so viele Wahrheiten gibt, wie Parteien und innerparteiliche Flügel miteinander konkurrieren, was keiner Wahrheit allzu große Endgültigkeit beschert. Und wenn sich alle Wahrheiten in der Politik tatsächlich einmal in einem Konsens treffen, ist das dem Vertrauen auch nicht zwangsläufig zuträglich.

Die Chance für Widerstand, so klein sie auch tatsächlich sein mag, gründet allein in diesem letzten Zweifel an der Deutungsautorität der Politik – der letzte Makel, den weder die Unterhaltungsindustrie, noch Wissenschaft, noch die politische Sphäre selbst völlig beseitigen konnten.

Die geglückte Naturalisierung zieht den potentiellen Stachel des Widerstands. Eine intendierte Entwicklung wird von vornherein zur einzigen Möglichkeit erklärt und wird für die erste Wahrnehmung somit von der treibenden Intention bereinigt. So drängt sich die Frage, warum eine wie auch immer geartete Entwicklung so und nicht anders intendiert ist, womöglich gar nicht oder erst nach Stellung der Weichen auf.

Man kann sicher nicht die politische Klasse in geschichtsumspannende Sippenhaft nehmen. So kann man die gegenwärtige Politikergeneration wohl nicht für das Aufwachsen der globalen Wirtschaftskräfte verantwortlich machen, die nun, ungezogenen Kindern gleich, ihren Elternstaaten ein wenig Kopfzerbrechen bereiten. Aber stellt man sich zumindest ideell und gestisch, weil zu mehr die zur Verfügung stehenden Instrumentarien eh nicht mehr taugen, vor und hinter die den realen Wirtschaftsmächten unterworfenen Menschen oder übt man sich im Werben um die Gunst der multinationalen Wirtschaftsakteure, indem man das zur Verfügung stehende Material, die Arbeitswilligen und die bald zur Arbeit zu zwingenden, durch Zugeständnisse an die Bedürfnisse des globalökonomischen Denkens und Handelns ansprechender gestaltet, was aufgrund verschärfter Arbeitslosigkeitsbedingungen auch noch in deren eigenem Interesse geschieht? Da besteht eine Entscheidungsfreiheit durchaus, und auch die bemühte Unhinterfragbarkeit der Verhältnisse kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Es ist für einen Politiker nicht notwendig, alles woran er glaubt öffentlich zu durchleuchten oder gar zu hinterfragen. Die Akzeptanz, die er den Gegebenheiten entgegenbringt, spricht für sich. Sie zeigt den Betroffenen von Politik, was sie vom Leben zu erwarten haben.

So findet auch auf einer höheren Ebene Naturalisierung statt, wie es gegenwärtig nur die Politik zu leisten vermag: sie weist den staatlich unterworfenen Menschen in seine Natur ein. Wenn etwa einer ihrer Vertreter sagt, ein selbstbestimmtes Leben sei nur möglich mit Erwerbsarbeit, wird er nicht versuchen, daran etwas zu ändern.

Die Naturalisierung besteht im Setzen eines Phänomens oder von bestimmten Verhältnissen zum Faktum, welches so sehr im Realen verankert ist und so wenig im Ideologischen oder im Kosmos der simplen Meinungen beheimatet sei, daß es zu nichts anderem als gesamtgesellschaftlicher, sämtliche Grenzen überschreitender Bestätigung der puren Existenz als Seiendes hervorzurufen geeignet sei. Daß Widerstand besteht, steht außer Frage. Er wird jedoch bereits im Prozeß der Naturalisierung prophylaktisch deklariert, zur Ideologie denunziert. „Wir sind auf der Seite der Wirklichkeit“ lautet die Botschaft der Naturalisierung, also kann der Gegner nur Träumer sein, realitätsfremd, so daß die Realität sich um ihn auch nicht zu kümmern braucht, weder durch Aufmerksamkeit noch durch Überlebenshilfe.

Man kennt die Situation aus den politischen Talkshows, wenn aus dem Publikum einmal ein globalisierungs- oder anderweitig kritischer Einruf kommt und die einförmige Podiumsriege eben jenen Einruf mit müdem Lächeln kommentiert und peinlich berührt hüstelnd in die Schranken des Realitätsfremden verweist. Soviel zur Aufmerksamkeit, und wie steht es mit der Überlebenshilfe?

In Haraways Theorie sind die Ausgeschlossenen eines Systems potentiell die zur Demaskierung dieses Systems fähigsten Akteure. Die Ausgeschlossenen und gleichsam

gnadenlos Integrierten der gegenwärtigen deutschen Arbeitsmarktpolitik sind die Arbeitslosen, denen ihre Situation sicher am bewußtesten ist. Manchmal wird sich ein Arbeitslosenschicksal in der medialen Verwertungskette angeeignet, aber zugleich darbietungstechnisch aufgemenschelt und aus dem strukturellen Zusammenhang, der Verbindung mit den Vielen gezerrt, die prophylaktische Deklassierung durch die unerbittliche, vom journalistischen Mainstream mitgetragene Maxime der naturalisierten Wirtschaftlichkeit der menschlichen Regungen stets impliziert²². Übrig bleibt dann das Rührstück: Schon traurig ist das Einzelschicksal, aber da kann man halt nichts machen – und am Ende ist jeder seines Glückes oder Unglücks Schmied, und sei er nur zur falschen Zeit nicht am richtigen Ort gewesen oder habe leider das Falsche gelernt.

Ein Großteil der Politik der Entstaatlichung sozialer Auffangsysteme beruht gerade auf der Naturalisierung von Konkurrenz als Faktum der Gesellschaft des freien Marktes. Wer nicht konkurrieren muß, etwa in der Arbeitslosigkeit, verkommt, so eine der Botschaften von Hartz IV, weshalb man nun den Arbeitslosen die Konkurrenz um die Ein-Euro-Jobs praktisch als gesellschaftliche Reintegrationsmaßnahme schenkt, damit Gesellschaft auch von den Un- und Abgebrauchten wieder neu erlernt werden kann.

Das geäußerte und somit eingestandene Einverständnis mit den naturalisierten Gegebenheiten wird durchgehend peinlichst vermieden. Die Berufung auf die Gegebenheiten, wie sie in der Politik praktiziert wird, schließt das Einverständnis zwar unausgesprochen, doch um so eindeutiger mit ein.

IV. Marginalisierungen und propagierte Konkurrenzen: Das Arbeiten mit Feindbildern zum Zweck der Legitimierung und Durchsetzung politischer Ideen

Wer wird in den Aussagen zur Bekanntmachung und Rechtfertigung politischer Grundsätze angesprochen, - und liest der Feind mit?

²² Ein Beispiel für das medial verwertete Einzelschicksal: Im Stern vom 14.10.2004 widmet sich Hans-Ulrich Jörges in seiner wöchentlichen Kolumne „Zwischenruf aus Berlin“ unter dem Titel „Verhartzte Seelen“ einem Musterbeispiel eines einstmals erfolgreichen, fleißigen Deutschen, der sogar vorbildlich seine militärischen Pflichten erfüllt hat und jetzt dank Hartz VI im Hallenbad putzen soll und das natürlich auch will und bereitwillig tut. Aber zartes Bedenken meldet sich beim Kolumnisten aufgrund des vom Betroffenen geäußerten seelischen Schmerzes doch an, in Anbetracht badender Kinder, die ihn mitleidvoller Blicke würdigen. Das veranlaßt den Kolumnisten zum ersten, sogleich ins Land gehauchten Mitgefühl für den allgemeinen Betroffenen, der hier freilich besonders vorbildlich daherkommt und unterhalb solcher Vorbildlichkeit zur Erregung allgemeiner Anteilnahme womöglich nicht taugt. Es gehe ja diesem einen Betroffenen gar nicht so sehr ums weniger werdende Geld – eine bahnbrechende Erkenntnis in Anbetracht der kurz in Erscheinung getretenen neuen Montagsdemonstranten, die sich, nicht ohne von medialer Häme und Unterstellung der niedersten Motive samt potentieller Weltfremdheit und Einfältigkeit begleitet worden zu sein, dann doch lieber wieder aus dem Licht der Öffentlichkeit entfernten. Ganz sozialkritisch innerlich wird in der Jörges-Kolumne von verhartzten Seelen im erkalteten Land gesprochen, wo an gleicher Stelle in Zeiten, in denen die öffentliche Meinung vielleicht noch etwas zur veränderten Ausgestaltung des Hartz IV-Pakets hätte beitragen können, die unsagbar bequeme und verwöhnte „Versorgungsmentalität“ der Deutschen, die doch gefälligst bereitwillig ihre Gürtel enger schnallen sollten, das wiederkehrende thème du jour war, zum Wohle des Großen und Ganzen und ganz besonders der in Aussicht gestellten Kindeskinde.

Um beispielsweise die wahrscheinlich unbehutsamste Äußerung noch einmal zu betrachten: „*Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist und danach aus Steuermitteln Unterstützung bekommt, der muß bereit sein, jede Arbeit anzunehmen, die ihm für andere Bürger zumutbar erscheint.*“ (Olaf Scholz, SPD), spielt es da eine Rolle, wer mitliest? Der Tonfall ist so bürokratisch unbeteiligt, in der Diktion einer autoritären Anordnung gehalten, daß keinerlei Beziehung, keine Interaktion Platz finden kann. Die Bemühung, mit einer anvisierten Leserschaft eine verschworene Gemeinschaft zu etablieren, wird sich gespart, was nahelegt, daß der Sprecher auf derlei synthetische Bündnisse gut verzichten kann. Wenn man Beschlossenes verkündet, braucht man auch nicht mehr zu werben. Es wird auch kein explizites Interesse vorgegeben zu bedienen, einzig vielleicht die Lust an der behaupteten Macht, als etwas glücklicherer Bürger darüber zu entscheiden, was für die weniger Glücklichen als zumutbar zu gelten habe. Ein realer Nutzen aber ist das noch nicht. Natürlich ist das zentrale Argument hier „Steuermittel“: Es wird dazu ermuntert, für seine für die Allgemeinheit erbrachten Leistungen auch etwas von denen verlangen zu können, die diesbezüglich nichts beitragen. Zum einen wird damit die Illusion transportiert, man könne nun auch einmal etwas entscheiden, zum anderen wird aber auch gesellschaftliche Spaltung gutgeheißen. Hier schleicht sich tatsächlich wieder einmal, scheinbar ganz rational verkleidet und bescheiden formuliert, die alte Über- und Untermenschenideologie ein. Der transportierte angebliche Nutzen ist nur unter bewußt antisolidarischen Vorzeichen erahnbar: Womöglich könnten ja dann auch die eigenen Steuerbelastungen einmal niedriger werden, wenn man nicht mehr so viele andere damit durchzuschleppen haben werde. Es wird zwar nicht die Auslöschung angedroht, aber ein bißchen erniedrigt darf schon werden. *Das hat man sich als anständiger Steuerzahler ja wohl verdient.*

Nur der autoritäre Herrscher kann auf jegliches Werben um Verständnis bei den Untergebenen verzichten. Zwar wird gern die Notwendigkeit der besseren Vermittlung betont, aber was gebe es bei derlei Positionen noch schönzureden?

Wer ist der Feind? In den gegenwärtigen Problemanalysen der Vertreter der politischen Sphäre ist immer ein Wer der Feind und kein Was. Das, was uns allen, auch von dem ein oder anderen Politiker ganz offen gesagt, einiges abverlangt ist nicht unser Feind, nicht die vielbeschworene Wirtschaft und auch nicht die Globalisierung, denn die werden ja zur Natur des zivilisierten und staatlichen Lebens gezählt, auch wenn sie dem staatlichen Leben nur noch bedingt unterliegen und angehören. Und wie könnte denn die Natur des Menschen Feind sein? Politisch ergebe das auch keinen Sinn, weil man die Natur weder bestrafen noch vollkommen über sie verfügen kann, was die Einreihung der globalisierten Wirtschaft der wenigen Großkonzerne in den Naturbereich nur logisch erscheinen läßt, weil dieser staatenlosen Wirtschaft ja tatsächlich nicht mit staatlicher Gewalt beizukommen ist. Von einer Politik der starken Hand zeigte sich die Natur auch am allerwenigsten beeindruckt. Also sind es immer Gegebenheiten, keine Personen, die zu irgend etwas zwingen, und es sind wiederum nur Personen, und keine Gegebenheiten, an denen man als Politiker Handlungsstärke und Formgebung demonstrieren kann.

So tritt in den Beschwörungen von Vertretern der politischen Elite nur der Mensch als des Menschen Feind in Erscheinung, und zwar nicht der höhergestellte Mensch, sondern der tiefer stehende Mensch allein, denn der nehme unseren Kindern und in Aussicht gestellten Kindeskindern die Zukunftschancen weg. „*Wir verabschieden uns von der überwiegenden Verwaltung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Das Geld, das wir viel zu lange dafür ausgegeben haben, brauchen wir für Kindergärten, Schulen, Hochschulen. Wir dürfen nicht länger auf Kosten der Zukunft leben.*“

„Meine Generation wird noch wunderbar so leben können wie bisher, für die nächste wird es nicht mehr reichen. Deshalb kann ich die Jugend nur ermutigen: Lasst euch das nicht gefallen!“ (Manfred Clement, Wirtschaftsminister, SPD)

Der zugrundeliegende Gesellschaftsentwurf ist der einer Konkurrenzgesellschaft, ein Hauen und Stechen zwischen den unterschiedlich Begüterten, zwischen den noch nicht Gestorbenen und den noch nicht Geborenen. Aber zum Kampf um die immer weniger werdenden Sonnenplätze werden sie angehalten, ganz gleich ob sie nun schon einen Platz in der Gesellschaft gefunden haben oder ob schon kein Platz mehr für sie da ist.

Im Falle der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik ist die Vermittlung der realen Ausgestaltung der entsprechenden politischen Konzepte nicht ohne weiteres ohne die Verwendung von Feindbildern zu bewerkstelligen, weil diese Politik nun einmal gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen gerichtet ist, was in der Vermittlung früher oder später auch eingestanden werden muß. Es bedarf dann einiger Anstrengung, um den Eindruck von Unmenschlichkeit zu vermeiden, was nicht immer gelingt, wie das Beispiel Olaf Scholz zeigt. Zum Standardrepertoire aus der Mottenkiste politischer Rhetorik gehören die vielbeschworenen Kinder und Kindeskind, also die Zukunft, zu deren Wohle die Gesellschaft nun auch gewisse Grausamkeiten im Hier und Jetzt hinzunehmen bereit zu sein habe.

Die behauptete Interessenvertretung wird für die unterstellten Hoffnungsvollen geführt, also für die noch Ungeborenen oder auch die schon Geborenen, die noch alle Chancen haben, sich mit dem richtigen biographischen Material, - zum Beispiel *„gute Ausbildung, Auslandserfahrung, guter Job“* (Katrin Göring-Eckardt, Grüne), einzudecken, um potentiell in der Lage zu sein, einmal zu den Hoffnungsvollen gehören zu können. Denn die Zukunft trägt die Farbe Hoffnung und diejenigen, denen die Zukunft gehört, die noch eine Chance oder vielleicht sogar mehr als eine Chance allein haben können, sind jetzt auch gleichsam die Hoffnung und die Zukunft des ganzen Landes. Sonst würden sie ja nicht ermuntert, erbittert (*„Laßt euch das nicht gefallen!“*) ihre Chancen gegen die zu verteidigen, denen keine Zukunft mehr zugetraut und auch nur bedingt zugestanden wird.

Daß Politik, wie jegliche Herrschaftsorganisation, gegenüber der allgemeinen Situation des regierten Landes Position beziehen muß, ist Voraussetzung für deren allgemeine Handlungslegitimation. Daß Positionierung am effektivsten und einfachsten durch Abgrenzung von behaupteten Gegenpositionen funktioniert, demonstriert die politische Elite tagtäglich. Weil im Falle einer Volkspartei die Interessen aufgrund der Zusammenfassung vielfältigster, häufig miteinander unvereinbarer Partikularinteressen nicht materiell zu benennen sind, wird mit sehr grundsätzlichen Konstruktionen von allgemeinen Verbindlichkeiten argumentiert, auch schon das ein oder andere Mal mit Drohungen an ein auf möglichst allgemeine Anerkennung zurechtdefiniertes Auszuschließendes. Aber wenn einer verliert, gewinnt ein anderer nicht zwangsläufig dadurch. Der vermeintliche Gewinn muß erst einmal entworfen und begründet werden.

So kann man etwa gegen die Zukunft wohl kaum etwas haben, und in der Logik der sorgfältig eingeschliffenen Leistungsmentalität dürfte auch kaum einer etwas Komisches daran finden, daß derjenige, der mehr Leistung erbringt, auch automatisch mehr Rechte (das Recht, über das Schicksal der geringeren Leistungserbringer mitzuentcheiden) und Freiheiten hat, sogar ganz grundsätzlich mehr wert ist als der weniger Leistungsfähige und ganz dezidiert mehr als der Leistungsunwillige, der als Schreckgespenst durch die Beschwörungen der guten Leistungsbereitschaft geistert.

Es wird sich also auf ein unterstelltes Welt- und Menschenbild innerhalb der Gesellschaft berufen, welches damit gleichzeitig unterstützt, wieder einmal in seiner ohnehin vorausgesetzten Richtigkeit bestätigt wird. So läßt sich aus den zitierten Aussagen von Olaf Scholz und Manfred Clement herauslesen, daß zumindest diese beiden Vertreter der politischen Elite nicht daran interessiert sind, daß sich ein etwas weniger oppositionelles Verhältnis der unterschiedlich Begüterten zueinander innerhalb der Gesellschaft entwickeln sollte. Hier sind es die Leistungsträger heute, dort die Leistungskinder der Zukunft, denen der Verzicht auf Nachsicht mit den weniger Brauchbaren nahegelegt wird.

Offensichtlich ist in der gegenwärtigen Situation allerdings der Mangel an Notwendigkeit dieser konstruierten Oppositionen, wo doch die einschlägigen Gesetze längst beschlossen sind und daher eigentlich niemand mehr gegen einen anderen zum Zwecke der Mobilisierung aufgestachelt werden muß.

Im Wahlkampf mag das noch funktional betrachtet einen Sinn ergeben, aber mitten in der Regierungsperiode, wo auf Bundesebene ohnehin das beschlossen werden kann und auch wird, was in der Bevölkerung nicht gut ankommen muß, erscheint es als nicht zwingend, sieht man einmal von den häufigen Wahlen auf Landesebene ab, die in ihren Ergebnissen die Mehrheitsverhältnisse bezüglich der Gesetzgebung bestimmen, was aber in Zeiten parteiübergreifenden Konsenses auch nicht mehr wirklich wichtig ist. Es wird ja auch gesagt, man dürfe das Volk nicht fragen, wie es etwas gerne hätte (Franz Müntefering, hier an anderer Stelle wiedergegeben), warum es also dann mit bestimmten Gesellschaftsdefinitionen behelligen?

Es gäbe durchaus eine alternative Positionsbestimmung, selbst wenn die Ausprägung der verwirklichten Politik genauso verbleibe, wie sie gerade nun einmal ist. Statt des gepredigten innergesellschaftlichen Gegeneinanders könnte irgendeiner der wortführenden Politiker, denen diese Gesellschaft die verschärften Lebensbedingungen in der Arbeitslosigkeit zu verdanken hat, einmal etwas sagen wie: *Es schmerzt uns, daß wir diese Einschnitte machen müssen. Wenn es finanzielle Möglichkeiten gäbe, würden wir den Menschen nicht so vieles abverlangen, aber so ist gerade jetzt gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtig. Wo der Staat nicht mehr so einschränkungslos für die Hilfsbedürftigen sorgen kann, sollten diejenigen, denen es gut geht, eigeninitiativ und auch aus Eigeninteresse den Schwächeren unter die Arme greifen und diese keinesfalls als weniger wertvolle Mitglieder dieser Gesellschaft betrachten, weil beispielsweise ein Schicksalsschlag oder eine Krankheit einen Menschen auch völlig unverschuldet und recht schnell an den Rand der Gesellschaft drängen kann.* Als Korrektiv der praktizierten Politik wäre eine derartige öffentlich vertretene Position eines führenden Politikers nicht unangebracht, gerade um den nicht Betroffenen deutlich zu machen, daß es hier nicht um Strafe und Disziplinierung geht. Aber eine derartige Perspektive läßt sich leider nicht finden, was den Schluß zuläßt, daß es einigen oder vielleicht sogar allen der dem Hartz IV-Paket zustimmenden Politiker doch auch um Strafe und Disziplinierung geht, daß die Einschnitte die Beschließenden überhaupt nicht schmerzen und daß man innergesellschaftliche Solidarität nicht als anzustrebenden Wert betrachtet.

Durch das unablässige Arbeiten mit den Feindbildern und Bedrohungen wird das Volk bei der Stange gehalten, damit es ja nicht vergißt, für wen und zu wessen Nutzen man das angeblich alles tut. Auch dem aufkeimenden Zweifel in der Öffentlichkeit kann nur durch unablässige Selbstrechtfertigung oder demonstrative Selbstgewißheit, also Gewißheit über die Richtigkeit der selbstverantworteten Politik, entgegengewirkt werden. Darüber hinaus dienen die Feindbilder der Rückversicherung im Kontakt mit der Bevölkerung und dem Ausloten von Grenzen des im Bereich der Feindesideologie Möglichen.

Daß es nicht immer glückt, zeigt das Beispiel Mißfelder (2003), dessen öffentliches Nachdenken über den Sinn von bestimmten Operationen bei betagteren Menschen für einige öffentliche Verstimmung sorgte, was natürlich für den aufstrebenden Jungpolitiker Mißfelder selbst äußerst förderlich war, indem es Publicity brachte. Der öffentliche Widerspruch machte dennoch deutlich: So weit darf man nicht gehen. Die Verwendung eines Feindbildes ist dann geglückt, wenn der öffentliche Widerspruch ausbleibt oder zumindest keine gewichtigen, also finanzstarken, Lobbys ihre Stimmen zum Widerspruch erheben. Öffentlicher Widerspruch selbst ist allerdings definitionsbedürftig.

Genügt es, wenn einige Tausende ihren Unmut auf Demonstrationen kundtun? Offenbar nicht. Genügt es, wenn die Meinungsmacher der Nation im Print- und TV-Bereich die Feindbilder kritisch kommentieren? Offenbar nicht, denn auch das gibt es gegenwärtig. Allerdings ist der gesellschaftliche Umgang mit den umherschwirrenden Feindbildern dadurch gekennzeichnet, daß sich für jede veröffentlichte kritische Haltung dazu mindestens eine weitere veröffentlichte Haltung erhebt, die sich verteidigend vor die Politik mit dem Feindbild wirft und somit auch das untrennbar mit dieser Politik verbundene Feindbild aufwertet, selbst wenn dies nicht zwangsläufig der Intention des jeweiligen Verteidigers entspricht. Dadurch daß eine bestimmte Politik immer untrennbar an ihr zugehöriges Feindbild gekoppelt ist, ist die Unterstützung dieser Politik auch eine Einverständniserklärung zur Verwendung des Feindbildes, eine Annahme und Unterstützung dieses Feindbildes.

Dieses Spiel von Für und Wider ist zwar ein demokratischer Prozeß und in jedem Fall begrüßenswerter als mediale Gleichschaltung, aber auch in diesem Für und Wider zeigt sich ein Erfolg des Feindbildes: So schafft die Politik mit ihren Feindbildern Konkurrenz innerhalb der Gesellschaft, mitunter auch dort, wo es vorher gar keine oder zumindest keine bewußte Konkurrenz gab. Es findet also eine Polarisierung statt, die sich nicht nur in der Konkurrenz zwischen den zum Feindbild erklärten und den Übrigen äußert, sondern darüber hinaus auch in Konkurrenz zwischen nicht zwangsläufig von der jeweils zur Disposition stehenden Politik betroffenen Unterstützern und Gegnern der Feindbilder, deren Verwendung und der Personen, die mit den Feindbildern gemeint sind. Polarisierung bringt emotionale Aufladung mit sich und lenkt mitunter von den Details der zu verkaufenden Politik ab, was sich am Beispiel des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes gut beobachten läßt.

Der Amtsinhaber gibt die Alternative vor: Seid ihr gegen den Terror, dann seid ihr für mich; seid ihr feige und wollt dem Terror nicht entschlossen entgegentreten, seid ihr für den Herausforderer. Und wer möchte denn schon für den Terror sein? Die Menschen, die es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch geben wird, die sich von dieser Logik dazu verleiten lassen, den Amtsinhaber zu wählen, wählen damit gleichzeitig die Politik der Steuergeschenke für die Superreichen, die Stärkung des Einflusses radikaler Glaubensgemeinschaften auf die amerikanische Politik, verringerte bürgerliche Freiheiten, - alles nur, weil man ein Zeichen gegen den Terror setzen möchte; wobei Umfragen zeigen, daß gerade die religiöse Ausrichtung des Amtsinhabers zu dessen Wiederwahl geführt hat, also ein noch stärkerer Identitätsaspekt als die doch eher diffuse Terrorangst. Mit der Religion wird man in tendenziell gläubigen Gesellschaften ja auf sein Innerstes, je nach individuellem Gläubigkeitsgrad sogar auf sein ganzes Wesen, verpflichtet, also ist die Berufung auf eine bestimmte Religiosität in solchen Gesellschaften ein schwer zu überbietender Mobilisierungsfaktor zur Stimmabgabe über den „richtigen“ religiösen Weg, das entsprechende Feindbild sind in den besonders gottesfürchtigen und damit nun besonders republikanischen Staaten Nordamerikas die „gottlosen Liberalen“.

Das zeigt eine Gefahr von politisch instrumentalisierten Feindbildern: Politik wird in der Regel in größeren Paketen angeboten, die verschiedenste gesellschaftliche Bereiche abdecken. Feindbilder und die emotionale Bindekraft, die ihnen innewohnt, sind in der Lage, die Angesprochenen zu Kompromissen zu veranlassen, die mitunter vieles in Kauf nehmen, solange das eigene Feindbild mit dem des jeweiligen Anbieters harmoniert, bestenfalls identisch ist, was eine Form von Gemeinschaft und Gemeinsamkeit zwischen dem Kandidaten und seiner Wählerschaft herstellt.

Durch die Verwendung von Feindbildern hat eine herrschende Elite also ein machtvolles Instrument, die offensichtlichen Ungleichheiten zwischen den Lebenswelten der vorgeblich Vertretenen und der eigenen Sphäre weniger bedeutsam erscheinen zu lassen, weil man mit der vertretenen Gesellschaft ja doch die „richtigen“ Werte und Moralvorstellungen teile, die sich in den verwendeten Feindbildern ausdrücken. Feindbilder sind ein gesellschaftliches Bindeglied, das in der Lage ist, über Statusgrenzen hinweg Koalitionen herzustellen. Einheit im Angesicht des Feindes kann Legitimation für politisches Handeln darstellen, was insbesondere dann funktioniert, wenn der Feind die Gestalt einer äußeren Bedrohung hat, die sich potentiell gegen alle im Inneren der Gemeinschaft richtet.

Diejenigen, die sich selbst in den bemühten Feindbildern wiedererkennen, werden gleichzeitig fortwährend erniedrigt und eingeschüchert, von der Gemeinschaft des Konsenses über das, was als falsch zu gelten habe ausgeschlossen; an den Rand gestellt, aber mit Scheinwerfern bestrahlt, für alle sichtbar dargeboten, was Widerstandspotential sowohl erzeugen als auch stilllegen kann.

Ein Beispiel hierfür sind die im späten Sommer 2004 stattfindenden Montagsdemonstrationen, die zunächst nicht wenig Zulauf hatten. Wenn man nach Gründen sucht, warum daraus keine neue Bürgerrechtsbewegung entstand und der Protest recht schnell wieder abebbte, braucht man sich nur die mediale Begleitung inklusive der somit verbreiteten Reaktionen der politischen Elite vergegenwärtigen. Das Gefühl von Erniedrigung, das mit hoher Wahrscheinlichkeit viele Menschen zum Protest bewegte, konnte im Zuge des Protestes nicht überwunden werden, weshalb der Protest sich selbst erledigte. Das Einstehen für die eigene Würde wurde mit weiterer Demütigung von Seiten der politischen Elite und zahlreicher nicht minder arrivierter Kommentatoren der Massenmedien beantwortet. Offene Häme aus dem Reich des abgeklärten Lifestyle-Journalismus²³ war da noch eine harmlosere Variante, etwas schwerwiegender war die erneute Rede von den undankbaren Ostdeutschen mit ihrer „Versorgungsmentalität“. Die politische Elite hingegen hatte sich hauptsächlich auf den Begriff „Montagsdemonstration“ eingeschossen, wobei es ja einfach nur dreist sei und von Dummheit und Anmaßung zeuge, wenn ein solch bedeutungsschwangerer Begriff für derart mindere Interessen mißbraucht werde. Es wurde das Deutungskunststück in Angriff genommen, die Demonstrierenden in einem Licht erscheinen zu lassen, das sie auf eine Stufe mit luxusverwöhnten Wohlstandsnutznießern stellte. Als dann nicht mehr viele auf die Straße gingen, lag das dann, wiederum den gängigen Einschätzungen der befragten Politprominenz folgend und nach Meinung der arrivierten Medienfachkräfte, daran, daß die Gesellschaft endlich die Richtigkeit der notwendigen Reformen begriffen habe.

²³ Ein prägnantes Beispiel für diesen Typus ist das ARD-Format „Polylux“: Zu Zeiten der Montagsdemos wurde hier wenig unversucht gelassen, die Proteste zu diskreditieren. So wurde die angebliche Dominanz Rechtsradikaler und ihrer dumpfen Gefolgschaft oder auch Linksradikaler („Die SED erlebt ihre Auferstehung bei den neuen Montagsdemos“) und deren dumpfer Gefolgschaft thematisiert. Straßenumfragen, als Satire ausgegeben, die offenkundig belegen sollten, daß der als grundsätzlich eher schlicht dargestellte Deutsche für oder gegen jede absurde Nichtigkeit zu demonstrieren bereit sei, gehörten ebenfalls zur Meinungsbildungsoffensive.

Die Bedrohung, die alle gefährdet, wird als die von der Bedrohung schon längst eingeholte Personengruppe präsentiert, womit die bewußte Bedrohung für alle anderen in den Hintergrund tritt. Die Arbeitslosen, denen der Makel untrennbar an die eigene Identität geheftet wird, so daß der Makel gleichsam weniger als reale Gefahr für alle anderen in Erscheinung tritt, werden wie ein Schutzschild vor der bedrohenden Einsicht innerhalb der Bevölkerung eingesetzt, daß ein solches Schicksal eigentlich fast jeden treffen könnte, zumindest jeden abhängig Beschäftigten, aber zum Beispiel niemanden, der es schon einmal in ein politisches Amt gebracht hat, wo sämtliche Lebensrisiken von „Berufsnatur“ aus bestens abgesichert sind. Aber auch derlei Kritik ist längst als typisch deutsche Neidkultur überführt (der Begriff wird im nächsten Kapitel noch einmal in der Verwendung durch Guido Westerwelle auftauchen). Die Neigung, eine Haltung abzuwerten, die Aufmerksamkeit auf innergesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse lenken möchte, ist in der deutschen „Leitkultur“ nebenbei bemerkt ausgesprochen verbreitet, was sich regelmäßig im Bereich der journalistischen Berichterstattung, manchen Feuilletons und selbstredend in der Sabine Christiansen-Show beobachten läßt.

So könnte man das häufige Reden von den auf irgendeine Art zu bevormundenden Problembürgern als Ablenkungsmanöver von den nicht unerheblichen Klassenunterschieden zwischen Teilen der abhängig beschäftigten Bevölkerung und der politischen Elite selbst verstehen. Alles was überhaupt an Klassen gemahnt wird peinlichst vermieden.²⁴

Mit den Feindbildern, die gar nicht so offen als Feinde deklariert werden, aber die schon erahnen lassen, welche Lebensweisen als falsch und welche als weniger falsch zu betrachten seien, wird gleichzeitig an das Große und Ganze sowie an behauptete Interessen appelliert. Durch die Naturalisierung, also die Orientierung an dem, was eben einfach nun einmal so und nicht anders sei, bedarf die Politik eigentlich gar keiner Feindbilder mehr. Es sei dann in unser aller Interesse, daß die Politik sich an den Fakten und Gegebenheiten orientiert, womit es der politischen Elite gelingt, ein allgemeines Interesse aus der Ableitung von behaupteten Gegebenheiten zu destillieren und sich selbst als Interessenvertreter zu gebaren, die zwar keinen konkreten Auftrag von den angeblich Vertretenen bekommen haben, sich jedoch mit der Behauptung behelfen, besser zu wissen, was im Interesse der Vertretenen liegt als die Vertretenen selbst. Anders ist der Begriff des Volksvertreters auch nicht zu begründen. Das Festhalten an der Verwendung von Feindbildern trotz des eigentlich schon recht mächtigen Argumentationsschemas der Gegebenheiten und der daraus resultierenden notwendigen Politik legt also nahe, daß diese noch ein andere Funktion als die Einbettung unterschiedlicher Partikularinteressen in ein politisches Konzept in der Ausführung durch eine Volkspartei haben.

Naturalisierende Darstellungen von behaupteten Gegebenheiten und Feindbilder sind durchaus verwandt, weil sie beide als Orientierungssystem an die Bevölkerung gerichtet sind. Sowohl die vermittelten Realitäten und Notwendigkeiten als auch die herausgegriffenen Unliebsamen führen der Gesamtheit der zusehenden oder zuhörenden Bevölkerung vor Augen, welche Perspektiven das Leben ihnen unter der jeweiligen Regierung zu bieten hat. Die Feindbilder dienen in diesem Fall als Abschreckung und unausgesprochene Drohung, die präsentierten Gegebenheiten und Notwendigkeiten laden zum sich arrangieren damit ein, weil es ja dann ohnehin keine alternativen Angebote geben wird, was die Rede von der allgemeinen Alternativlosigkeit einmal in einem etwas anderen Licht erscheinen läßt. Es wird dem Leser oder Zuhörer durchaus nachdrücklich vermittelt: *Sie haben ein Interesse daran, nicht arbeitslos zu sein. Schauen Sie, was Sie anderenfalls erwartet. Und wenn Sie schon*

²⁴ So wird beispielsweise in Anbetracht der Hochschulreformen, die auch erschwerte Zugangsbedingungen samt finanzieller Hürden bedeuten, immer noch das alte Lied von den gleichen Bildungschancen für alle gesungen.

arbeitslos sind, dann haben Sie nun wirklich ein Problem, dann werden Sie an die Öffentlichkeit geholt, dann muten wir Ihnen unseres Erachtens nach nicht zu viel zu, aber das haben Sie auch gar nicht zu entscheiden, sondern diejenigen Bürger, die nicht arbeitslos sind (Die jeweiligen Äußerungen sind hier an anderer Stelle im genauen Wortlaut wiedergegeben).

Die mehr oder weniger frohe Kunde erreicht immer einen Richtigen, denn verpflichtet sind sie alle. Ob der jeweilige Empfänger sich nun mit den angefeindeten Arbeitslosen solidarisiert oder sich das an ihn herangetragene Feindbild zu eigen macht, ist nicht so wichtig, solange er die Botschaft erfaßt, wem es in der so entworfenen Gesellschaft gut gehen darf und wem nicht. Durch die Feindbilder wird etwas transportiert, was mit den scheinbar vollkommen rationalen Sachzwängen schwer herzustellen ist: ein emotionaler Bezug und die damit einhergehende Projektion von Ängsten, etwa vor sozialem Abstieg, auf das Feindbild, also auf Personen. Die Ängste haben wiederum einen Einfluß darauf, wie bereitwillig man sich dazu hinreißen läßt, andere allerlei Schikanen auszusetzen, in der Hoffnung, dadurch vielleicht selbst der Bedrohung zu entgehen; oder im Sinne der Auffassung, der andere müsse tatsächlich in irgendeiner Form für irgend etwas zur Buße gezwungen werden.

So bieten die von einer jeweils herrschenden Elite verbreiteten Feindbilder mitunter auch eine willkommene Legitimation, die eigene latente Aggressivität mit Absegnung von oben und von oben vertreten auszuleben. Es spricht für ein gewisses Maß an innergesellschaftlicher Aggressivität, daß eine breite gesellschaftliche Mehrheit der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik in Ausprägung der Hartz IV- Reform den Rücken stärkt, indem sie auf vehementen öffentlichen Widerspruch verzichtet. Wenn getreten werden darf, die breite Maße also unbeteiligt bis willkommenheißend zusieht, wie die Marginalisierten am unteren Rand, der ja eigentlich schon bis in die Mitte hinein ausgeweitet wurde, durch Gesetze der jeweils Herrschenden zu Selbsterniedrigung gezwungen werden, – nichts anderes ist der Zwang zur Annahme jeder Arbeit – kann man vom Erfolg der Verwendung der entsprechenden Feindbilder durch die politische Elite ausgehen, oder muß die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß diese Gesellschaft die diesbezüglichen Vorgaben der Politik gar nicht benötigt, der Politik in Sachen Härte und Ausgrenzungswillen und -bereitschaft vielleicht sogar schon ein Stückchen voraus ist.

Eine Gesellschaft kann sich nicht allein mit dem Hinweis auf die angebotenen Feindbilder aus ihrer Verantwortung stehlen, sie muß ja auch etwas mit diesen Feindbildern anzufangen wissen, um ihnen überhaupt Macht zukommen zu lassen. Die erfolgreiche Verwendung von Feindbildern, wenn also eine angestrebte Politik durch die im Zuge der Rechtfertigung dieser Politik bemühten Feindbilder tatsächlich ohne größeren gesellschaftlichen Widerspruch realisiert werden kann, ist eher dann wahrscheinlich, wenn diese Feindbilder nicht allzu offensichtlich als allein diesem Ziel verpflichtet und allein im Hinblick auf dieses Ziel konstruiert erscheinen. Plausibel können sie den Angesprochenen nur erscheinen, wenn sie sich mit bereits vorhandenen Ressentiments und Wertvorstellungen harmonisch vereinigen lassen. Jede Gesellschaft bekommt von ihrer jeweiligen politischen Elite die Feindbilder serviert, die sie selbst schon im Kanon ihrer kollektiven Wertvorstellungen als solche identifiziert.

So wird beispielsweise im gegenwärtigen US-amerikanischen Wahlkampf trotz angespannter Haushaltslage nicht so sehr mit antisolidarischen Auffassungen der eigenen Gesellschaft argumentiert, wie sie in der deutschen Politik gegenwärtig gang und gäbe sind. Neben der zugegebenermaßen nicht ohne weiteres auf unsere Gesellschaft übertragbaren Terrorangst, scheint der Amtsinhaber dort mit Feindbildern zu punkten, die dem jeweils identifizierten

Feind, in diesem Fall in erster Linie dem Herausforderer aber auch der nicht allzu gefolgswilligen restlichen Welt, Eigenschaften wie Unentschlossenheit oder auch die „feige“ Bevorzugung des Dialogs gegenüber der Demonstration von militärischer Muskelkraft unterstellt. Solche Feindbilder erschienen hierzulande als weniger tragfähig, der Traum von einem starken Führer noch nicht wieder völlig rehabilitiert.

Die Sachzwänge, also die Zwänge die allein auf nichtmenschliches Versagen zurückzuführen sind, sind eher geeignet, Depression und Lethargie in Anbetracht des eh nicht zu verändernden hervorzurufen. Die Feindbilder wecken vitalere und damit besser zu mobilisierende Reaktionen: Da will uns beispielsweise jemand etwas wegnehmen, worauf wir irgendeinen Anspruch haben; oder da lebt vielleicht sogar ein anderer auf unsere Kosten, was in der sorgfältig herangezüchteten Mentalität dieser Gesellschaft das Schlimmste ist.

Sobald die Personen ins Spiel kommen, wird es ungemütlich, denn dann gilt es, Kämpfe auszutragen, während man vor der schieren Seinsgewalt der Dinge sich ja immer nur machtlos fühlen kann.

V. Die gesellschaftliche Positionierung der politischen Elite Deutschlands

Die Frage „Was ist sozial gerecht?“ wurde den Vorsitzenden der vier relevanten Volksparteien in Deutschland gestellt²⁵. Man kann davon ausgehen, daß hier keine Meinungen von Einzelpersonen gefragt sind, sondern Positionierungen der gesamten vertretenen Partei, also das jeweilige Parteiprogramm angewandt auf eine Frage, die sowohl reale gesellschaftliche Konflikte als auch ethische Grundsatzentscheidungen impliziert. Hier geht es um Werte, den großen Gesellschaftsentwurf.

„Zur soziale Gerechtigkeit gehört Chancengleichheit, vor allem gleiche Bildungschancen für alle. Auch gleiche Berufschancen für Frauen und Männer. Verteilungsgerechtigkeit gehört dazu; sie muß Leistungswilligkeit berücksichtigen, aber auch Leistungsfähigkeit. Die Stärkeren müssen mehr leisten als die Schwächeren. Und gerecht ist Politik nur, wenn sie auch für morgen gut ist, die Verantwortung für die kommende Zeit ernstnimmt. Ohne Freiheit und Solidarität ist Gerechtigkeit unvollkommen. Deshalb bestimmen diese drei Grundwerte unsere Politik.“ (Franz Müntefering, SPD-Vorsitzender)

„Gerechtigkeit meint Parteinahme für die Schwächsten. Sie will mehr als Verteilungsgerechtigkeit. Es geht darum, den Menschen zu ermöglichen, ihr eigenes Leben zu leben. Gerechtigkeit zielt auf Teilhabe für alle an Arbeit und Bildung. Generationengerechtigkeit soll das Verhältnis von Alt und Jung bestimmen. Gerechtigkeit fordert, die ökologischen Probleme zu lösen, um Lebensbedingungen und Lebensqualität zu sichern. Gerechtigkeit verlangt, die Globalisierung fairer zu gestalten und die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann durchzusetzen.“ (Reinhard Bütikofer, zum Zeitpunkt dieser Verlautbarung Grünen- Vorsitzender)

„Sozial gerecht ist, was Menschen befähigt, für sich selbst sorgen zu können, und dort zum Ausgleich verpflichtet, wo diese Fähigkeit unzureichend ist. Viele Menschen haben heute das Gefühl, daß diese Grundsätze aus den Fugen geraten sind. Es fehlt an verlässlicher Politik, die dem Einzelnen deutlich macht, daß seine Leistung und die Gegenleistung des Staates in einem gesunden Verhältnis stehen. Wir brauchen einen klaren Vertrag: Wohlstand und Sicherheit für Leistung und Veränderungsbereitschaft.“ (Angela Merkel, CDU-Vorsitzende)

²⁵ Im Stern vom 01.04.2004, Ausgabe 15/04

„Sozial gerecht ist, wenn sich Politik vor der Verteilen um das Erwirtschaften kümmert. Eine Neidkultur, die Fleiß und Anstrengung bestraft, ist sozial ungerecht, denn sie treibt eine Gesellschaft in die kollektive Pleite. Sozial gerecht ist eine Anerkennungskultur, die Leistung befördert und belohnt, damit den Schwächeren geholfen werden kann. Sozial gerecht ist Hilfe für die Bedürftigen, nicht die Findigen, denn es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit. Wir sitzen alle in einem Boot, aber einige müssen auch rudern, sonst kann man niemals soziale Gerechtigkeit in Deutschland finanzieren.“ (Guido Westerwelle, FDP-Vorsitzender)

Die Frage danach, was man als sozial gerecht empfinde, wäre ja ein guter Diskussionsanstoß, – eine dieser Fragen, denen sich angemessen in einer argumentativen Auseinandersetzung genähert werden könnte und die eine von vornherein festgelegte und damit einigermaßen rechthaberische Beantwortung nicht so gut verträgt. Wenn eine derartige Frage zum Anlaß für ein offizielles Statement eines Parteivorsitzenden, der damit erwartungsgemäß die Linie seiner gesamten Partei wiederzugeben hat, genommen wird, bietet sich der in diesem Fall zu verallgemeinernden politischen Elite eine hervorragende Gelegenheit, sich selbst darzustellen. Es lassen sich einige Standards beobachten, die sich in allen der vier hier wiedergegebenen Statements wiederfinden, insbesondere im Hinblick auf die Sprache der Politik.

Es ist nicht überliefert, auf welche Weise die jeweiligen Statements zustande kamen, ob die Anfrage beispielsweise schon Wochen vorher an das jeweilige Büro ging, oder ob die Frage den Politikern am Rande von öffentlichen Veranstaltungen, mit Bitte um sofortige Antwort, gestellt wurde. Die Resultate lassen eher ersteres vermuten, weil sie allesamt doch etwas zu konstruiert für spontane Meinungsäußerungen klingen. Etwas aus der Reihe fällt hier – nicht unbedingt überraschend – Guido Westerwelle, dessen offenkundige Empörung im Angesicht der kühlen Zurückhaltung der übrigen Statements etwas irritiert. Warum geifert da bloß einer so, wie man es ansonsten von offiziellen Politikerstatements gar nicht mehr gewohnt ist? Ob hier wieder einmal einer seine eigenen erlittenen Wunden zur Malaise der gesamten Gesellschaft erklärt – ein Streber, dem die herzliche Anerkennung verwehrt blieb; fordert er sie nun womöglich von der Allgemeinheit ein?

Die vier Parteien unterbreiten hier ihre Führungsangebote im Hinblick auf eine willkürlich definierte soziale Gerechtigkeit, so wirklich verlockend klingen sie aber alle nicht. Sozial gerecht ist vor allen Dingen natürlich die Politik der jeweils vertretenen Partei. Die Akzente werden dabei durchaus unterschiedlich gesetzt, die Positionierungen der jeweils konkurrierenden und kollaborierenden Parteien zueinander deutlich wahrnehmbar: SPD und Grüne teilen einen emanzipatorischen Auftrag, was den einander ebenso nahestehenden Parteien CDU und FDP keine besondere Betonung wert zu sein scheint. Zentraler jedoch ist in den Statements von SPD und den Grünen die Betonung der Chancengleichheit. Was könnte soziale Gerechtigkeit unter diesem Chancenaspekt bedeuten? Schlecht klingt das ja zunächst einmal nicht, bedeutet jedoch eine Verschiebung von Versorgungspflicht des Staates gegenüber dem Individuum hin zur Leistungspflicht des Individuums gegenüber dem Staat. Wenn einer eine Chance hat, heißt das noch nicht, daß diese Chance ihm auch irgend etwas nützt. Eine Chance ist etwas völlig anderes als ein rechtlicher Anspruch.

Bei CDU und FDP steht ganz klar die Leistung auf Seiten der Bevölkerung im Vordergrund des Denkens von Staat und Gesellschaft, in anspornendem bis persönlich beleidigtem Tonfall vorgetragen.

Im Gegensatz zum säuerlichen Herrn Westerwelle gibt sich Merkel ganz physikalisch, wenn sie von der Balance zwischen Leistung und Gegenleistung spricht, kann sich aber auch einen

etwas zurechtweisenden Habitus nicht verkneifen, wenn sie Wohlstand und Sicherheit nur gegen Leistung und Veränderungsbereitschaft gewähren möchte und somit den nicht allzu Leistungs- und Veränderungsbereiten eine Absage erteilt.

Man muß anerkennen, daß das alles überhaupt nicht ungewöhnlich ist. Es lassen sich keine neuen Erkenntnisse aus den präsentierten Definitionen der sozialen Gerechtigkeit ziehen. Als ganz selbstverständlich ist das Wissen, der Zugangscodes, einem jeden ins Hirn gebrannt, daß man sich seinen Platz in dieser Gesellschaft hart erkämpfen muß – so gründlich, daß die allermeisten gar nichts Schlimmes daran finden wollen und bereitwillig, die Not stets prophylaktisch zur Tugend erklärt, die vorgestanzte Biographie des guten Bürgers mit ihrem Leben füllen. Die politische Predigerkaste liefert ihnen regelmäßig die Rückversicherung, daß sie die richtige Lebensweise verstanden haben und damit ganz gut bedient sind, auf daß sich an der Richtigkeit dieser Lebensweise so schnell bloß nichts ändere.

Was auffällt: Die vier Parteivorsitzenden sind ganz selbstbewußt unbetroffen. Keiner dieser vier Menschen spricht für sich, weder von seiner eigenen Erfahrung abgeleitet, noch in der Reflektion seines eigenen Horizonts. Gesprochen wird über die formbare Masse, die mit einem selbst wenig zu tun hat. Im Bewußtsein der Perspektive, daß sich hinter den wohlformulierten Statements die nächste Anpassung der Realität an die ausgegebene Maxime verbirgt, – beispielsweise in Form von neuen Gesetzen, abgeschafften oder neu geschaffenen Privilegien – transportieren solche programmatischen Statements offene Drohungen.

Alternativen ?

„ Die institutionalisierten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit bleiben ideologisch, solange sie in vorentschiedene Machtverhältnisse eingespannt sind. Grund der vielberufenen politischen Apathie ist schwerlich, daß es keine Unterdrückung mehr gäbe. Eher mag er in dem, sei es auch unartikulierten, bloß vorbewußten Bewußtsein der Menschen liegen, daß, was heutzutage als Sphäre des Politischen gilt, mit ihren wahrhaften eigenen Interessen kaum etwas zu tun hat.“²⁶

Die vier Positionen zur sozialen Gerechtigkeit sind durchaus verschieden, aber würden sie im Endeffekt zu völlig verschiedenen oder auch nur ein wenig unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen führen, wenn man ihnen die Chance gäbe, sich jeweils unabhängig von den übrigen Positionen zu verwirklichen? Alle vier Stellvertreter der angeblichen politischen Alternativen teilen eine gemeinsame Basis der Auffassung über gesellschaftliche Realität und sie teilen darüber hinaus einen weitgehend identischen Wunsch nach einer in ihren Augen anstrebenswerten Gesellschaft. Die persönliche Unbetroffenheit wird mit der verwendeten Sprache deutlich transportiert, einzig Westermühle fällt hier aus dem Rahmen, weil man seinen Aussagen über die angebliche Neidkultur noch zuviel persönliches Engagement anmerkt.

Die Sprache der Politik ist die Sprache der Bürokratie, der Verwaltung, die auf Einzelschicksale keine Rücksicht nehmen kann und will, jedoch darüber hinaus mit einem Anstrich von behaupteten moralischen Grundsätzen und Werten versehen, der sich ganz an den jeweiligen angeblichen Erfordernissen orientiert.

Aber diesen behaupteten Werten und moralischen Grundsätzen wird nicht zwangsläufig Glauben geschenkt. Der Widerstand – das Wort ist eigentlich zu groß für das tatsächliche Ausmaß der Aktionen – gegen Hartz VI zeigt, daß menschliche Regungen, wie ein Bedürfnis

²⁶ Theodor W. Adorno: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute; in: Soziologische Schriften I; 188

nach Selbstbestimmung und eine doch noch vorhandene Fähigkeit zur Renitenz gegenüber staatlicher Bevormundung, noch existieren, was gleichwohl der politischen Elite nicht vollkommen begreiflich zu sein scheint.

Da wird perplex mit Unverständnis reagiert und immer wieder der Hinweis zum besten gegeben, es werde doch bestimmt einmal allen besser gehen, wenn viele nur erst einmal hinnähmen, daß es ihnen vorübergehend zunächst schlechter gehe.

Der Umgang der politischen Elite mit dem Widerstand der Betroffenen offenbart, wie wenig Verständnis, vor allem aber wie wenig Empathie diese Elite denen entgegenzubringen vermag, die nicht zur selbigen Elite gehören.

Natürlich verursacht es am eigenen Leib keine Schmerzen, über diejenigen zu bestimmen, denen man nicht persönlich verbunden ist. An der eigenen Psyche verursacht es ebenfalls keine Schäden, sofern man es versteht, die Betroffenen vornehmlich im Bereich des Abstrakten wahrzunehmen.

Nun könnte man entgegen, hier werde wieder einmal vom Besonderen aufs Allgemeine geschlossen, wenn von der politischen Elite die Rede ist. Ist es denn gerechtfertigt von einer derartig postulierten Einheit zu sprechen, wo es doch vielleicht nur um einzelne Äußerungen einzelner Politiker gehe, die ja menschlich und somit eigenständig seien, was dann womöglich keine Rückschlüsse auf die jeweilig vertretene Partei oder gar die gesamte politische Sphäre zuließe? Aber die Berufspolitik ist ein gesellschaftlicher Bereich, der über einen Verhaltenscodex verfügt, der die Zugehörigkeit, die zu erreichende Stufe innerhalb einer bestehenden Hierarchie und mitunter auch den Ausschluß aus dieser Hierarchie regelt. Die Grundvoraussetzung dafür, sich in dieser Sphäre bewegen zu dürfen, ist die grundlegende Anerkennung der dort herrschenden Spielregeln. Der Abweichler im politischen System schafft es nicht in die vorderen Reihen, dafür sorgt schon die soziale Kontrolle innerhalb des Systems²⁷, zumal der wirkliche Abweichler das Feld der Parteipolitik in der Regel wohl auch eher meiden wird. Was aus einigen prädestinierten Abweichlern von einst, den zu den Grünen formierten Teilen der APO, wurde, ist bekannt.

Ein politisches Amt von einiger Bedeutung setzt also schon einmal voraus, daß der jeweilige Politiker auf seinem Karriereweg nicht allzu negativ auffällt, sich mit dem System weitgehend zu arrangieren versteht. Alternativen sind da eher unwahrscheinlich, wo die Zusammensetzung einer Gruppe auf Homogenität der Sichtweisen im Hinblick auf Begriffe wie Staats- und Demokratieverständnis basiert.

Wenn ein System auf Glaubensgrundsätzen und behaupteten Werten aufgebaut ist, wird das dort engagierte Individuum gut daran tun, sich diese zu eigen zu machen, will es denn im System etwas erreichen, womöglich eine Karriere, was noch am unproblematischsten auf dem Wege der Konformität zu erreichen ist, wobei eine medienwirksame Portion scheinbarer Unangepaßtheit nicht schaden kann, um sich dann doch ein wenig von der Konkurrenz abzuheben, - man denke an die „Jungen Wilden“ in der CDU, Roland Koch und den mittlerweile pensionierten Friedrich Merz.

Jedes politische System beruft sich auf einen bestimmten Wertekanon, sehr beliebt ist dabei die Verteidigung der Freiheit der untergebenen Bürger, auch wenn diese Freiheit mit den wahren Freiheitsbedürfnissen dieser Bürger wenig zu tun haben mag. Die bundesdeutsche Demokratie der Nachkriegszeit ist untrennbar an den Glauben an die sogenannte soziale Marktwirtschaft gekoppelt, die in Wirklichkeit vielleicht schon immer etwas freier und

²⁷ Man denke beispielsweise an den linken Flügel der SPD, der sich eine Zeit lang in Ungehorsam übte, was die Abstimmungen zu den Arbeitsmarktreformen betraf. Der Kanzler und der Parteivorsitzende Müntefering drohten diesen renitenten Genossen ganz unverhohlen mit Parteiausschluß, der Kanzler selbst drohte zeitweise bei jeder Abstimmungsfrage mit dem eigenen Rücktritt, sofern sich die Partei nicht geschlossen hinter seine Politik stelle.

weniger sozial war, als so mancher berufspolitische Ökonom es gerne beschwört, wobei das Soziale ohnehin eine sehr frei zu interpretierende Kategorie ist, wie die hier wiedergegebenen Statements zur sozialen Gerechtigkeit am Beginn dieses Kapitels zeigen.

Die zentrale Unaufrichtigkeit der politischen Kommunikationskultur, die in der vorübergehenden dargestellten Aufgabe des grundlegenden Konsenses zugunsten eines bombastisch inszenierten Widerstreits von angeblich grundverschiedenen Gesellschaftsentwürfen besteht, tritt nur in den Wahlkämpfen offen zutage, in denen immerzu behauptet wird, man kenne die Sorgen und Nöte und setze sich für die ein, die man nicht kennt und die einem deshalb ja auch eigentlich gar nichts bedeuten können. Viele der Umworbene wissen das durchaus, aber gewählt wird trotzdem fleißig, weil man ein guter Demokrat sein möchte und nicht durch Stimmenthaltung den extremen Randparteien eine Stimme schenken möchte, wie eine gängige Ermahnung zur Wahrnehmung des Wahlrechts immer wieder behauptet. Sogleich wird dann im Zuge einer von vielen Wahlen von der Parteiprominenz die brave Befolgung der dauernd eingehämmerten moralischen Pflicht als Qualität der jeweils vertretenen Partei oder gar als Zustimmung für die Politik dieser Partei zurecht- bis fehlinterpretiert.

Der gemeine Wahlkampf hat ein nicht zu unterschätzendes spielerisches Element: Wo behauptet wird, es gehe um grundverschiedene Wertmaßstäbe und Weichenstellungen für das Land, geht es doch auch um einen Wettkampf um die Rolle des Siegers. Das regelmäßig zu beobachtende Phänomen, daß für den in einer Wahl Unterlegenen dann trotz der behaupteten großen Entscheidungen, um die es bei jener Wahl ging, nicht die Welt untergeht, sondern der Geschlagene dem Sieger freundlich anerkennend entgegentritt, deutet darauf hin, daß es da vielleicht gar nicht so sehr um die großen Schicksalsentscheidungen ging. Mit der grundsätzlich versöhnlichen Wiedereinreihung der vormalig erbitterten Konkurrenten in die politische Gemeinschaft im Zuge einer jeden Wahl wird ein deutliches Signal gesendet, daß man eben doch zu einer Art Familie gehört.

Das läßt sich wieder einmal am Beispiel des jüngsten amerikanischen Wahlgeschehens gut beobachten: John Kerry konnte dem wiedergewählten Bush deshalb relativ unzerknirscht die Hand reichen und dessen wieder einmal etwas eilig erklärten Wahlsieg erstaunlich kampfflos hinnehmen, weil es um die ganz große Wende für Amerika und die Welt dann doch nicht ging. Es war bereits bekannt, daß auch Kerry die amerikanischen Truppen nicht umgehend aus dem Irak abgezogen hätte und ansonsten die Interessen seines Landes, etwa in Fragen des Umweltschutzes, zwar eleganter, aber nicht grundlegend anders vertreten hätte. Ein Gegner, der die Opposition wirklich ernst nimmt, dem es um einen anderen Weg der Dinge geht, würde eher die Möglichkeit des gewaltsamen Putsches erwägen, als nun zu bekunden, er wolle gemeinsam mit dem Gegner das gesplittete Land wiedervereinigen.

Die beiden politischen Systeme haben wenig gemeinsam, auch wenn die hiesigen Wahlkampfstrategen sich ganz an den amerikanischen Vorbildern orientieren und auch die Fixierung auf einen Spitzenkandidaten dem amerikanischen Modell ähnlich zu sein scheint, aber was über alle Unterschiede hinweg identisch ist, ist das Phänomen der versöhnten Kontrahenten nach der Wahl, das den vorhergehenden Positionskonflikt als gar nicht so schlimm wie behauptet erscheinen läßt. Sicherlich ist das auf nicht viel Dramatischeres als „gute“ Umgangsformen und eine Demonstration einer erwachsenen Unterscheidung zwischen beruflicher und privater Person des politischen Gegners zurückzuführen, aber es steckt doch etwas mehr dahinter. Wenn es um zu verhandelnde Umstände geht, die in extremster Zuspitzung, wie im Kriegsfall, Leben oder Tod bedeuten können, sollte man sich eine derart abgeklärte Haltung dem jeweiligen Gegner gegenüber eigentlich nicht leisten können. Wenn man gegen jemanden antritt, der einen Krieg zu verantworten hat, den man angeblich aus tiefster Überzeugung ablehnt, so sollte einem die anschließende Gratulation im Falle der

eigenen Niederlage doch erheblich schwerfallen. Wenn man eine tiefe Überzeugung hat, würde man es doch lieber hinnehmen, als unhöflich zu gelten als dem Feind seine Ehre zu erweisen. Im hiesigen politischen System würde jemand, der sich derlei Gepflogenheiten verwehrt schnell als Polit-Rowdy verhöhnt werden, aber selbst das sollte man doch in Kauf nehmen können, wenn es einem um eine Sache ernst ist. Der Mangel an Ausbrechern aus den Gepflogenheiten des politischen Protokolls deutet auf einen Mangel an wirklich überzeugten Gegenpositionen zu bereits etablierten Auffassungen innerhalb der politischen Elite hin.

Welch freundschaftlichen Umgang eigentlich zu erwartende Feinde miteinander pflegen können, zeigt das Beispiel Manfred Clement und Friedrich Merz. Man könnte es insbesondere von Seiten Clements als Verrat empfinden. Vom Vertreter einer sich immer noch in Teilen mit dem Emblem der Arbeiterpartei schmückenden SPD müßte man doch eine deutliche, auch persönliche Distanz zum Vertreter der Partei erwarten, die sich die selbstlose Vertretung der Interessen des Großkapitals auf die Fahne geschrieben hat, zumal gerade dieser konkrete Vertreter jene Haltung mit besonderer Inbrunst vertritt. Statt dessen kollegial freundliches Geplänkel: *„[Frage des Stern-Reporters: Wollen Sie Herrn Merz mal wieder zu einem Gespräch besuchen, Herr Clement?] MERZ: Zunächst muß ich mal zu ihm kommen, weil ich mir die sagenumwobene Musikanlage ansehen will, die sein Vorgänger dort installiert hat. Wir haben verabredet, uns gemeinsam den vierten Satz aus Beethovens Neunter anzuhören: Freude schöner Götterfunken ...! CLEMENT: So ist es. Je älter ich werde, desto mehr Schwierigkeiten bereitet mir die Form der Auseinandersetzung in öffentlichen Diskussionen...“*

Die Parteien an den Rändern unterscheiden sich zumindest inhaltlich voneinander, was sie sich leisten können, weil sie – die weitere Funktionsfähigkeit des herrschenden Systems vorausgesetzt – niemals in die Position gelangen werden, ihre Konzepte verwirklichen zu müssen. Die großen Volksparteien hingegen unterscheiden sich nur noch im Detail. Es ist bekannt, daß die derzeitige Opposition im Falle der Regierungsverantwortung im Kern den gleichen Weg gehen würde wie die gegenwärtige Regierung, nur daß sie noch ein wenig schneller noch ein wenig weiter gehen würde. Der Mangel an alternativen Denkansätzen im Spannungsfeld zwischen Regierung und Opposition sagt nichts über die Qualität der extremen Randparteien aus, er deutet vielmehr auf ein Legitimationsproblem der Volksparteien hin. Dieser Hinweis ist selbstverständlich im öffentlichen Diskurs auch länger als antidemokratisch und potentiell geistig brandstiftend verunglimpft.

Es gibt einige bewährte Tabus im öffentlichen Diskurs, die insbesondere von der politischen Elite verteidigt werden, wenn es darum geht, die bestehenden Verhältnisse nicht allzusehr schlechtmachen zu lassen. Auf der gegenwärtigen Stufe der politischen Kommunikation, in der die einschlägigen Talkshows eine zentrale Rolle spielen, treten diese tabuisierenden Kommunikationsmuster deutlich in Erscheinung: So wird es beispielsweise regelmäßig von Politikern als unschicklich aufgefaßt und auch dementsprechend empört zurückgewiesen, wenn ein Diskussionsteilnehmer es wagt, eine Kritik vorzutragen, ohne eine von den Angegriffenen als besser oder zumindest gleichwertig erachtete Alternative präsentieren zu können. Ein weiteres Tabu besteht in der Vermeidung der Anerkennung von unerfreulichen Erfahrungsberichten von Betroffenen irgendeiner Politik. Dann ist immer gleich der Hinweis zur Stelle, im Einzelfall könne schon mal einer den Kürzeren ziehen, aber im Allgemeinen würden alle Anständigen von der jeweils vertretenen Politik profitieren.

Solche kommunikativen Schemata haben einige Bedeutung im Hinblick auf die mögliche Entwicklung alternativer Lösungsansätze für bestimmte politische Herausforderungen. Eine Kommunikationskultur, in der die Fähigkeit perfektioniert wird, Kritik recht unbeeindruckt an

sich abprallen zu lassen und negative Auswirkungen einer bestimmten Politik auszublenden, schafft die Notwendigkeit über Alternativen nachzudenken ab.

„Da gibt es am Wegesrand viel Unerfreuliches, aber das beachte ich gar nicht.“ (Manfred Clement: Stern, 15.07.04)

Will sich beim Publikum dann noch keine Euphorie einstellen, folgt reflexartig der Hinweis von Politikerseite, wie gut es uns allen doch eigentlich gehe, gerade im Vergleich zu anderen Ländern – früher einmal war das arme Afrika ein beliebtes Beispiel, heute muß das arme Polen immer wieder als Vergleich herhalten.

„Es kommen jetzt Länder in die E.U., die finden die 35-Stunden-Woche so gut, die machen gleich zwei davon pro Woche. Was folgt daraus für Deutschland? Nicht daß wir jetzt 70 Stunden arbeiten. Aber ich bin dezidiert dafür, daß wir über 42 Stunden reden.“ (Friedrich Merz: Spiegel, 10.04.04)

Was in der medialen Rezeption von Merzens scheinbar beeindruckendem Talent für Dreistigkeiten in oft als rhetorisch intelligent bewerteter Form selten zur Sprache kommt, ist die offene Verachtung, die in einem solchen Statement in alle Richtungen geschleudert wird. In diesem Beispiel werden die Interessen der hiesigen Arbeiter zu Wohlstandsproblemchen abgewertet, ohne auch nur im Entferntesten daran zu denken, daß irgend jemand diesen freundlichen Ansporn als Illustration der Notwendigkeit des Kampfes für global zu verbessernde Arbeitsbedingungen betrachten könnte. Gleichzeitig werden die erwähnten Arbeiter aus den neuen EU-Ländern verhöhnt, die ja sicherlich nicht aus heller Begeisterung diese Arbeitsbedingungen über sich ergehen lassen, sondern aus Not. Es ist ein recht aufschlußreiches Bild, wenn die politische Elite einer der Wohlstandsbastionen Europas sich derartige Positionen gestattet, die weder Respekt für die anderen noch für die eigenen Untertanen erkennen lassen.

Der Sinn einer Mehrparteiendemokratie ist die Wahlmöglichkeit des Bürgers zwischen mehreren Alternativen.

Aber gegenwärtig wird von allen vier Volksparteien die Alternativlosigkeit gepredigt, gerade im Hinblick auf Fragen der Arbeitsbedingungen; eines Feldes von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß von der Arbeit in dieser Gesellschaft alles abhängt, von jeweils zugestandenen Selbstwertgefühlen bis zu tatsächlichen Freiheitsspielräumen.

Eine Mehrparteiendemokratie ohne die Wahlmöglichkeit zwischen grundlegenden Alternativen läßt nicht nur die Berechtigung dieser verschiedenen Parteien und damit die Bezeichnung fragwürdig erscheinen, auch die Frage, ob es sich bei einer parteiübergreifenden Politik der Alternativlosigkeit um mehr als eine rein formelle Demokratie handelt, erscheint naheliegend.

Konstellationen

„In Krisensituationen mag der soziale Konflikt als einer von Klassen sich aktualisieren; ob abermals in den Formen der verwalteten Welt, bleibt abzuwarten.“²⁸

Die drei gesellschaftlichen Sphären, um die es hier geht, sind einmal die Politik, zum zweiten die Gemeinschaft der Vertretenen, also die Bevölkerung, und zum dritten die Sphäre der Wirtschaftselite, das Großkapital in Gestalt von Industrieverbänden und multinationalen Konzernen.

Zwischen diesen drei Sphären bestehen Abhängigkeitsverhältnisse, jedoch nicht zwangsläufig solche von gegenseitiger Geltung.

²⁸ Theodor W. Adorno: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute; in: Soziologische Schriften I; 186

Die Bevölkerung ist abhängig sowohl vom Staat als auch von der Wirtschaft: dem einen ist sie selbst im Tod noch unterworfen²⁹, der anderen müssen die meisten sich in ihrer Gesamtheit verkaufen, um die Mittel zu erlangen, mittels fleißigen Konsums zu deren Gesundheit beitragen zu können und ansonsten noch auf etwas mehr oder weniger verdiente und eingekaufte Lebensqualität hoffen zu können.

Der Staat ist abhängig von Wirtschaft und Bevölkerung, indem er sich aus deren gemeinsam erbrachten Erträgen finanziert. Hier ist die Abhängigkeit allerdings schon ungleich verteilt: Im Wissen darum, daß ohne eine in ausreichendem Maße Arbeitsplätze bereitstellende Wirtschaft die Arbeitskraft der Bevölkerung auch nicht viel für den Staat wert ist, gilt das erste Interesse fast zwangsläufig dem Wohlergehen der Wirtschaft, auf dessen Basis allein es auch der Bevölkerung wohl ergehen kann.

Die Wirtschaft in Gestalt der multinationalen Konzerne wiederum ist im Zuge der Globalisierung zunehmend unabhängig von Staat und Bevölkerung, weil sie sich die billigsten Arbeitskräfte über den gesamten Globus verteilt halten kann und aufgrund der unklaren Lokalisierbarkeit dieser Unternehmen sich die Auflagen des Staates aussuchen kann, die ihren Interessen am ehesten entgegenkommt. Natürlich besteht die Wirtschaft nicht nur aus den multinationalen Großkonzernen, aber das ist mit einiger Wahrscheinlichkeit nur eine Frage der Zeit. Auch der Mittelstand ist ja schon fleißig mit dem Umzug von Produktionsstätten beschäftigt, die verbliebenen Idealisten sind dann schlicht nicht mehr konkurrenzfähig.

Der soziale Konflikt von heute ist im Spannungsfeld dieser drei Sphären in den jeweiligen Positionierungen zueinander verortet. Die Frage der Klasse scheint jedoch zunächst eher zweitrangig, wenn man davon ausgehen will, daß aufgrund der erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft es eigentlich keine Klassen mehr gebe, wie es die politische Elite gerne behauptet. Man kann drei grundlegend verschiedene Positionen in diesem Geflecht der drei Sphären ausmachen: Die Sphäre der Wirtschaft als Klasse der Besitzenden, die Bevölkerung, in ihrer großen Mehrheit als abhängig beschäftigte und zunehmend weniger abgesicherte Klasse und die politische Sphäre, die der Bevölkerung zumindest eine gute finanzielle Absicherung voraushat und darüber hinaus Entscheidungsbefugnisse genießt. Die politische Klasse ist gegenüber der Bevölkerung also in einer deutlich günstigeren Ausgangsposition, der Besitz spielt in anderem Sinn eine Rolle. Besitz ist Verfügungsgewalt, und die politische Klasse verfügt über die Lebensmöglichkeiten der angeblich von ihr Vertretenen.

Die Bevölkerung läßt sich durchaus stark differenzieren, beispielsweise in Gegenüberstellungen von gebildeter Klasse zur unterstellt wenig gebildeten unteren Mittelklasse, wobei einem der Klassenbegriff schon schwerer von der Hand gehen will, als die mittlerweile eher geläufigen Bezeichnungen der sozialen Schichten und Milieus. Der Klassenbegriff hat noch etwas so unmodern statisches anhaften, während die dominierenden Wirtschaftsgläubigen, Vertreter der Industrievorstände und der politischen Sphäre, eher gern in der Erzählstruktur des klassischen American Dream denken und reden, daß ein jeder es zu etwas bringen kann, wenn er nur hart genug an sich arbeite und vor allem zu den jeweils neuesten geforderten Opfern bereit sei. Es zu etwas bringen bedeutet im Endeffekt aber auch nur, ein abhängig Beschäftigter zu sein – und dank der gegenwärtigen Reformen des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme kann man auch von einer finanziell einträglichen und somit erträglichen Verkörperung des abhängig Beschäftigten mittlerweile tief fallen, auch das Berufsbeamtentum steht schon zunehmend zur Disposition.

²⁹ Man denke an die umfassende staatliche Reglementierung des Sterbens, was von derzeit diskutierten Maßnahmen zur Einführung legaler Sterbehilfe bis zu Verordnungen reicht, die es verbieten, Verstorbene auf Privatgrundstücken zu beerdigen oder auch nur die Urne eines Verstorbenen in privatem Besitz aufzubewahren.

Die Klasse der Arbeitslosen wird indes von der politischen Elite erst konstituiert, indem sie alle Menschen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben, im Zuge der anstehenden Reformen auf eine Stufe stellt und ihnen somit ihre unfreiwillige Gemeinschaft zuweist. Bezüglich des gesellschaftlichen Wertes der Anerkennung waren die Arbeitslosen schon zuvor auf unterer Stufe vereint, nun werden die Lebensbedingungen in der Arbeitslosigkeit auch finanziell einander zunehmend angeglichen; auch der Zwang, jede Arbeit anzunehmen, macht diese Menschen einander gemäß ihrer gesellschaftlichen Position gleich.

Was die diversen Klassen, Schichten und Milieus innerhalb der Bevölkerung verbindet ist ihre Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik. Die noch Beschäftigten sind schon die potentiellen Arbeitslosen, die Arbeitslosen aber noch lange nicht die potentiell Beschäftigten. Die schwächste Position in diesem Kräfteverhältnis ist der Bevölkerung schon dadurch sicher, daß die Abhängigkeit nicht in gleichem Maße erwidert wird.

Wenn die Wirtschaft schon die Bevölkerung dieses Landes nicht mehr besonders dringlich als Arbeitskräfte benötigt, erscheint es darüber hinaus auch fraglich, ob die Bevölkerung denn wenigstens als Konsumenten noch gebraucht wird.³⁰ Die Konsumkraft verteilt sich ja ebenso wie die Arbeitskraft über den gesamten Globus und kann ebenso wie diese abgeschöpft werden. Wenn man zum Zwecke des ökonomischen Selbsterhalts auf ehemals lokalen Märkten nicht mehr dafür sorgen muß, daß die Arbeiterschaft eines Landes auch genug in der Tasche hat, um all die schönen Produkte kaufen zu können, kann man auf deren Konsum auch gut verzichten, solange man die Produkte noch einer verbleibenden internationalen Schicht der Wohlhabenden andrehen kann. Die Produkte wirken ohnehin wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten einer evolutionären Vorstufe der gegenwärtigen globalisierten Wirtschaftsform. Die Unternehmen, die an der Nadel der Börse hängen, produzieren unabhängig vom Bedarf auch aus werbetechnischen Gründen ihre Produkte, um zu demonstrieren, daß es sich tatsächlich um eine produzierende und damit finanziell potente Firma handelt. Man darf also guten Gewissens in Aktien dieser Firma investieren. Daß ehemals in Deutschland beheimatete Großkonzerne überhaupt noch mit der hiesigen politischen Elite kommunizieren, indem sie Anforderungen an die Bevölkerung weitergeben lassen, ist beinahe schon als patriotischer Akt der Gnade aufzufassen. Manchmal liegt es aber auch einfach nur daran, daß man zumindest in kleinerem Umfang noch auf das mühsam erarbeitete Know-how der hiesigen Arbeitskräfte und die besseren Maschinen angewiesen ist, die noch an den alten deutschen Standorten verblieben sind.

Das Diktat der Industrie herrscht über die politische Sphäre, die als deren bürokratische Vertretung in Erscheinung tritt. Diese politische Sphäre gibt die Wünsche der Wirtschaftselite derzeit des öfteren einfach an die Bevölkerung weiter, reicht die Forderungen nach unten durch statt sie abzufangen und sich um Interessenausgleich zu bemühen.³¹ Hier kommt die Hilfskonstruktion zum Einsatz, die Interessen der Bevölkerung könnten ohnehin im Endeffekt nur identisch mit denen der Wirtschaft sein, zumindest wenn das Volk seine Lage „richtig“ erkannt habe.

³⁰ Im Zuge der jüngsten Opel-Krise wurde in den Medien berichtet, der Mutterkonzern General Motors verdiene sein Geld eigentlich nur noch mit Bankgeschäften, die Fahrzeugproduktion sei eher ein verlustreiches Überbleibsel.

³¹ Beispiel 40-Stunde-Woche: BDI-Präsident Rogowski unterbreitete den Vorschlag beharrlich bei jeder sich bietenden öffentlichen Gelegenheit, bis endlich die Politiker Edmund Stoiber und Roland Koch die Werbekampagne anfeuerten und auch Wolfgang Thierse dann zumindest für Westdeutsche die Arbeitszeit verlängern wollte. Kaum war die 40-Stunden-Woche in aller Munde, medial ausgiebig thematisiert, war auch schon der nächste Vorschlag zur Hand: Industrie fordert den Samstag als regulären Arbeitstag. Neuester Stand: Betriebe überlegen, Zigaretten- und sonstige Pausen künftig vom Lohn abzuziehen – die Rückkehr der Stechkarte, nicht daß sie jemals ganz verschwunden wäre aus der so humanen Arbeitswelt.

Die wirtschaftliche Sphäre verfügt nicht über das Instrumentarium der autoritären Bestimmung der individuellen Lebensmöglichkeiten. Sie bestimmt sie durchaus, aber nicht per Gesetz, weder mit Gewährung oder Entzug von finanzieller Unterstützung noch mit Polizeigewalt. Solange man sich nicht freiwillig in den Dienst einer beliebigen Firma begibt, ist man von dieser vollkommen frei, dem Staat jedoch ist man ungefragt immer ausgeliefert. Über den staatlichen Apparat vermittelt, durch den Trichter der politischen Maßnahmenkataloge fließend, wandelt sich das Diktat der Industrie nun zur autoritären Bevormundung der Bevölkerung durch den staatlichen Apparat, in dem das Kapital den Weg der Dinge bestimmt.

Daß Politik und Wirtschaft ein enges Verhältnis zueinander pflegen, ergibt sich zwangsläufig aus den beiderseitigen Interessen, die Art des Umgangs miteinander in diesem kooperativen Verhältnis läßt jedoch auch Rückschlüsse auf die Positionierung der politischen Elite gegenüber der Bevölkerung zu. Daß der Bundeskanzler Gerhard Schröder sich zu seinen guten Kontakten zur Wirtschaft nicht ohne Stolz freimütig bekennt, spricht schon in gewissem Maße für eine Absage an das klassische Selbstverständnis seiner Partei, die sich nicht vom Kapital okkupieren lassen wollte, um die Arbeiterinteressen nicht aus den Augen zu verlieren.

Selbst die konstruierte Sprache der Werbebranche, die zugleich auch die veröffentlichte Sprache der Unternehmensberatungen und der Industrievertreter ist, wird mittlerweile von der Politik adaptiert. Gerechtigkeit sei der Markenkern der SPD, sagte Olaf Scholz in einem Interview, womit die Partei von ihrer Geschichte befreit und in die Produktkategorie, in die Logik des Marktes überführt wird. Eine Marke als wirtschaftliche Instanz muß anderen Grundsätzen folgen als eine alte Traditionspartei, für eine Marke gelten keine althergebrachten Grundsätze, allein ihre Position am Markt ist entscheidend. Es soll hier gar nicht unterstellt werden, Olaf Scholz habe irgendeinen tieferen Sinn mit seiner Rede vom Markenkern der SPD transportieren wollen, aber es ist in jedem Fall ein Akt der Anbiederung an diese Sprache und somit auch an die, denen diese Sprache zu Geld und Ansehen verhilft. Es ist also nicht verpönt für Mitglieder der politischen Sphäre, zu einem der übrigen gesellschaftlich einflußreichen Bereiche aufzublicken. Wer sich eine Distanz zum Glamour der Werbewelt bewahrt hat, die nichts anderes als ein auf Profit- und Imagegewinn spezialisierter Zulieferbetrieb der Industrie ist, benutzt deren Sprache nicht.

Der Kanzler indes schwärmt von Private-Public-Partnerships und findet nichts dabei, von Partnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft zu reden, während beispielsweise von partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeitssuchenden und zuständigen Behörden, neuerdings als Serviceagenturen vermarktet, nicht die Rede ist. Da, wo die Politik noch Gewalt in Form von Zwang und Maßregelungen ausüben kann, tut sie dies nur zu bereitwillig. Der Tonfall, der angeschlagen wird, wenn es um die Kommunikation mit der Gemeinschaft der Untergebenen und Ausgelieferten geht ist ein ganz anderer als die partnerschaftliche, von gegenseitigem Verständnis geprägte Konversation zwischen politischer und Wirtschaftselite.³² Könnte sich womöglich auch die Politik im frühen 21. Jahrhundert als ein solcher, insbesondere auf Profitgewinn spezialisierter, Zulieferbetrieb der Industrie erweisen?

³² Am 16.11.2004 bat Kanzler Schröder auf dem Arbeitgebertag die versammelten Vertreter der Arbeitgeberverbände, die Arbeitnehmer doch jetzt bitte nicht zu sehr zu überfordern, weil man diese doch schließlich zum Gelingen der Reformen brauche. Der Wortlaut in etwa: „Wir sollten die Mitbestimmung nicht grundsätzlich in Frage stellen, weil WIR diejenigen, die WIR brauchen, damit die Reformen gelingen, motivieren müssen...“. An die Bevölkerung gerichtet, kommt das Gemeinsamkeit herstellende „wir“ hingegen nur noch selten vor.

Aus den gesammelten Äußerungen der politischen Elite Deutschlands läßt sich eine klare Abstufung der drei Sphären ableiten. Die Vertreter der Politik selbst stellen die Politik in großer Selbstverständlichkeit unter die angeblichen Erfordernisse der Wirtschaft. Die anonyme Wirtschaft erscheint in mancher Politikerrede wie eine zornige Gottheit, die es zu besänftigen gilt. Die Abhängigkeit des Staates vom Wohlergehen der Wirtschaft wird allzu bereitwillig von der politischen Elite bekannt, was einem eigentlich verdächtig vorkommen muß, wo es doch sonst gar nicht der Stil politischer Führungen ist, Schwächen und Verwundbarkeiten einzugestehen.

Um noch einmal einen Blick nach Amerika zu werfen: Dort ist bekannt, daß die Politik mitunter von Großkonzernen bestimmt wird, führende Politiker selbst aus der Industrie kommen und deren Interessen ungeniert vertreten. Was Amerika Deutschland voraus hat ist eine größere Transparenz dieser Verwicklungen auf politischer Ebene, dank eines immer noch vorhandenen kritischen Journalismus, der zwar nicht die Massen erreicht, aber wer sich informieren will, findet dort Informationen. Hierzulande sind die Verhältnisse hinter den Kulissen der politischen Bühne nicht so umfassend durchleuchtet, was vielleicht daran liegt, daß der Hauptstadtjournalismus ein wenig dem Glanz der eigenen Wichtigkeit erlegen ist und sich lieber auf die Jagd nach den neuesten O-Tönen der nahen Politikerschlar konzentriert.

Die politische Elite Deutschlands steht an diesem jetzigen Zeitpunkt, der beispielsweise vom Kanzler gerne zum historisch bedeutsamen Wendepunkt verklärt wird, nicht als Vertretung einer schutzbedürftigen Bevölkerung da, sondern gleichzeitig als Instrument und Teilhaber einer vereinten Elitenherrschaft, der Verbrüderung von Politik und Kapital, die so neu nicht ist, die aber am scheinbaren Ende des Wohlstands, der Konflikte abzufedern vermochte, offen in Erscheinung tritt. Neu ist nur der zunehmende Verzicht auf einschmeichelndes rhetorisches Beiwerk: Statt die Volksseele noch irgendwie überzeugen zu wollen, wird derzeit ganz frei mit der starken Hand des Staates gedroht. Der Ton der politischen Elite ist grob geworden. In einer der reichsten und angeblich mittlerweile auch einer der zivilisiertesten Nationen dieser Erde verabschiedet sich schleichend die Freiheit der individuellen Lebensgestaltung, die ohnehin nur in der relativ freien Wahl zwischen gestatteten Alternativen besteht. Die freie Berufswahl und damit die Freiwilligkeit als Basis der Entscheidung, wie ein Mensch einen Großteil seiner Lebenszeit verbringen möchte, wird von der Regierung aus Kostengründen vom Grundrecht zum Privileg der Glücklichen umgedeutet.

Ganz oben steht also die Wirtschaft.

Die Politik steht in der Mitte, verhält sich mit Blick nach oben wie ein etwas unterwürfiger Partner, mit Blick nach unten zunehmend autoritär. Und an unterster Stelle darf das Volk zwar seine angeblichen Vertreter wählen, aber die Wahlmöglichkeiten bezüglich des individuellen Lebens werden geringer, die Verteidigung des Freiraums der persönlichen Entfaltung steht derzeit auf keiner politischen Agenda.

VI. Die Situation des vertretenen Bürgers

Dem Bürger wird die Politik mittels der Massenmedien vermittelt. Die politische Berichterstattung steht als Dauerkulisse des alltäglichen Lebens stets bereit: Neben dem stündlichen Nachrichtenangebot in Radio und Fernsehen kann sich der mehr oder weniger Interessierte von den News Channels auch rund um die Uhr mit den vermeintlich wichtigen Dingen der überregionalen Politik berieseln lassen, wobei die Illusion, dem enorm wichtigen Weltgeschehen unmittelbar beizuwohnen, dank der ständig eingeblendeten Bildlaufleisten sich prächtig entfalten kann.

Aber welchen Wert hat die ständige Verfügbarkeit der Nachrichten, die sich gern auf Katastrophen und Streitereien innerhalb des politischen Betriebs konzentrieren, überhaupt für den Bürger? Wer den 24-Stunden-Selbsttest übersteht ohne in Depression zu verfallen, ist zu

seiner robusten Verfassung zu beglückwünschen. Tatsächlich bilden die Nachrichten ja das Gegengewicht zur ansonsten medial vorherrschenden Feel Good-Maxime. Nachrichten sind die einzige Bastion der Kulturindustrie, um dem beliebten Vorwurf der von ihr beförderten Totalverblödung etwas entgegenzusetzen, sie sind das systemeigene Kontrastprogramm. Wo die leichte Unterhaltung die Menschen dazu einlädt, an ihrem Leben mit all seinen Unterwerfungen festzuhalten, weil es ja auch schön sein und vielleicht sogar wirklich noch schön werden könnte, läßt sich aus den Nachrichten kein lebenserhaltender Mehrwert schöpfen.

Während die Unterhaltungsindustrie das Erdulden der individuellen Lebenssituation durch die Ablenkung von der eigenen Machtlosigkeit und die Konzentration auf die kleinen Glücksmomente, die jedem unabhängig von Geld und Freiheit zur Verfügung stünden, befördert, setzen die Nachrichten auf eine gänzlich andere Erzählstruktur: Die Welt dort draußen ist kalt und feindlich, also bleib besser da wo Du bist. Der klassische Hollywood-Katastrophen-Blockbuster mit bescheideneren, aber dafür realistischeren Mitteln. Die Endlosschleife der von den Flugzeugen attackierten Twin Towers war die endgültige Demaskierung und ultimative Ikone der Nachrichtenkultur, zumindest solange, bis ein größeres Fegefeuer sich die Welt und die Gedanken der Menschen mit Hilfe der Kameras erschließt.

„Das obsessive Festhalten an Todesbildern (& deren Reproduktion oder sogar Vermarktung) steht diesem Projekt³³ so obstruktiv im Wege wie Zensur oder Medienhirnwäsche. ... Niemandem wird so die Angst vor dem Tod genommen, sondern lediglich eine *morbide* Angst anstelle gesunder Angst erzeugt, die alle sensiblen Wesen angesichts der Ahnung ihrer eigenen Sterblichkeit überkommt. Dies soll nicht dazu dienen, die Welt von ihrer Häßlichkeit freizusprechen oder zu leugnen, daß wirklich furchtbare Dinge existieren. Einige dieser Dinge können gewiß abgeschafft werden – unter der Bedingung, daß wir uns einer Ästhetik der Abschaffung statt einer der Angst bedienen.“³⁴

Die Hauptdarsteller dieser dunklen Erzählung der Nachrichtenkultur sind die Berufspolitiker, Funktionäre, Firmenvorstände – also diejenigen, die Macht haben. Gelegentlich, dann wenn es für alle Beteiligten vor und hinter dem Bildschirm wirklich interessant wird, stehen welche im Mittelpunkt, die sich die Macht einfach nehmen: Verbrecher, Freiheitskämpfer, Terroristen und Soldaten, was mancher als ein und dasselbe betrachten wird. Die Nachrichten sind die Bühne der Machtmenschen, wie legitim auch immer sie sich ihren Weg auf diese Bühne erkämpft haben. Die Zuschauer, oder auch die Leser der gedruckten Nachrichten, sollen sich informieren und informiert sein, damit sie wissen, wer denn da über ihr Schicksal entscheidet. Informiert sein ist eine Bürgerpflicht in Gesellschaften, die sich ihrer demokratischen Verhältnisse rühmen. Doch wer sich fleißig informiert, läuft Gefahr ein besonders guter Bürger zu sein, solange er die Realität seines eigenen Lebens mit der Realität gleichsetzt, deren Produktion wir in den Nachrichten bezeugen dürfen, solange er sich die propagierten Ziele zu eigen macht, die Feindbilder plausibel findet, den Reden von den Notwendigkeiten und den fehlenden Alternativen bereitwillig Glauben schenkt, ohne zu fragen „Wem dient es?“.

³³ „Der Tod kann mich nur einmal ereilen – bis dahin habe ich die Freiheit, mir ein Leben vorzustellen und (so intensiv ich kann) zu leben & eine Lebenskunst, die auf selbstbezogenen »Erfahrungshöhepunkten« wie auf »Konvivialität« (mit dem ihr eigenen Wert) basiert.“ - Hakim Bey: T.A.Z.; 89

³⁴ Hakim Bey: T.A.Z.; 89

Wenn sich das Sprichwort „The more you watch, the less you know“ im Hinblick auf die transportierten Inhalte vielleicht des öfteren bewahrheitet, so gilt das nicht für die Formen der Vermittlung. Der Medienkonsument kann sein Gespür für Kommunikationsstrategien der politischen Elite anhand des reichlich zur Verfügung stehenden Materials durchaus schärfen. Die Politiker sind aufgrund ihrer medialen Präsenz nicht mehr überlebensgroß, die Fülle der Mediendokumente ermöglicht es sogar, daß der Konsument die Persönlichkeit eines Politikers genau studieren und somit gegebenenfalls im Laufe der Zeit durchschauen kann. Die Selbstinszenierung des Politikers wird durch das jeweilige Medium, in dem sie stattfindet auch gleichsam gestört. Im Fernsehen erwischt man gelegentlich einen scheinbar unbeobachteten Moment, in dem ein Politiker für eine sogleich folgende Botschaft von großer Ernsthaftigkeit noch einmal von einer fleißigen Maskenbildnerin mit der Puderquaste abgestaubt wird. Im Magazin-Feature ist es die häufig zu beobachtende Diskrepanz zwischen Wort und Bild. Der Anspruch, voller Ernst und Aufrichtigkeit den Problemen zu begegnen, verträgt sich nicht gut mit der Zurschaustellung persönlicher Eitelkeit.

Als Olaf Scholz im Interview klarstellte, daß sich keiner mehr Bequemlichkeit leisten dürfe, zeigte ihn das Photo daneben in einem sonnendurchfluteten Park in Bordeaux, also dort wo mit Sicherheit keine deutschen 1-Euro-Chaingangs in schön auffällig roten Fantasieuniformen die Ruhe des Herrn Scholz stören könnten, was ja durchaus komisch ist. Die Chance die solche Medienprodukte bieten, besteht darin, es dem Bürger zu ermöglichen, das Verhaltensrepertoire der politischen Elite genau zu beobachten und daraus die eigenen Schlüsse zu ziehen. Bei all den Drohungen die ihm Rahmen der Vermarktung der Arbeitsmarktreformen an die potentiell ungehorsamen Bürger gerichtet werden, kann es durchaus ein befreiende Wirkung haben, einen der Herrschenden einmal schlicht als lächerliche Gestalt zu betrachten. Sie können einem das Leben schon recht schwer machen, aber die Peinlichkeit, der sich Mitglieder der politischen Klasse auf der Bühne der Massenmedien immer wieder selbst hingeben, kann davor bewahren, angstvoll zu ihnen aufzublicken oder ihnen gar gefallen zu wollen.

Die Fülle der Medienangebote bietet auch die Chance zur Wahrnehmung inhaltlicher Tendenzen. Es ist ja keineswegs so, daß bei all der Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichsten Medien eine vergleichbare inhaltliche Bandbreite zur Verfügung stünde. Ein System, das mit Licht und Schatten eine Realität des Lebensraumes zeichnet, die es den Konsumenten zur Verfügung stellt, muß nicht zwangsläufig die Bedürfnisse oder gar die unmittelbare Realitätserfahrung dieser Konsumenten treffen. Wenn dieses System, das im Wechselspiel von Kapital, Politik und Unterhaltungsindustrie besteht, tatsächlich schon die Wünsche und Träume der Massen okkupiert, die Vorstellungen vom guten Leben ohnehin längst konditioniert hat, so besteht die Chance des Individuums weniger an der Orientierung an diesen scheinbar vollkommen selbstgeborenen Wünschen, Träumen und Urteilen. Die Chance des Erkennens ergibt sich aus persönlicher Betroffenheit. Wenn das eigene Leben im System, in das es eingebettet ist, noch gut funktioniert, die Möglichkeiten noch ausreichen, ist die Tendenz groß, diejenigen auszublenden, für die das System nicht funktioniert. Aber wenn die eigenen Lebensmöglichkeiten sich verflüchtigen, man dies realisiert und womöglich gleichzeitig in der medial vermittelten Wirklichkeit vor Augen geführt bekommt, daß man zu denen gehört, die ohnehin kein Recht auf ein Leben in voller Zugehörigkeit haben, kann sich das Bewußtsein aus dem allumfassenden Realitätsschleier für einen Augenblick der Erkenntnis befreien, der das Leben dann wirklich verändern kann – denn eine neue Sichtweise bedeutet ein anderes Leben.

Je mehr Menschen eine Gesellschaft, oder vielmehr die herrschende Elite innerhalb einer Gesellschaft, dazu erklärt, den Anforderungen dieser Gesellschaft nicht mehr zu entsprechen,

desto mehr potentielle Dissidenten stellt sie auf. So bietet das persönliche Scheitern eine Chance der Befreiung des Denkens, denn von außen ist das Blickfeld weiter. Veränderung kommt nie von denen, für die ein bestehendes System funktioniert – deshalb kann man auch jegliches Warten auf den „besseren“ Politiker, der die Dinge einmal ganz anders sieht, getrost aufgeben.³⁵

Donna Haraway sieht in Anbetracht des globalisierten Kapitalismus die Notwendigkeit grenzüberschreitender Netzwerke zwischen denen, die von diesem System bedroht sind. Es gibt derlei Bündnisse, die jüngere Generation organisiert sich im Netzwerk attac, reifere Kapitalismuskritiker verbreiten etwa die Socialist Review, jedoch haben sie keinen Einfluß auf die Entscheidungen, die das Leben aller bestimmen. Die global agierenden Großkapitalisten nehmen derlei Widerstand gar nicht ernst und stützen sich dabei auf ihre abhängig beschäftigten Untergebenen, die hoffen, daß das System doch auch für sie arbeiten könnte, wenn sie sich nur weiterhin immer schön fügen und die deshalb die Kritiker des Systems auch eher als Bedrohung sehen, auch weil diese ohnehin nicht zur eigenen Klasse gehören. Es wird den Kritikern der herrschenden Weltordnung immer wieder gern vorgeworfen, gar nicht zu wissen, wovon sie sprechen, weil sie ja nicht das arbeitende, anständige Volk vertreten, sondern eher akademisch geprägte Ewiggestrige seien. Die Demonstranten, die vor den Weltgipfeln des Kapitals zuweilen ihr Leben riskieren, werden gern als Späthippies und weiche Wohlstandskinder verhöhnt. Wo sind die Arbeiter? Die jüngsten Krisen der deutschen Automobilindustrie haben gezeigt, daß die Solidarität der Arbeiterschaft tendenziell eben doch an den Grenzen des eigenen Landes aufhört. Da ging es viel eher um den Erhalt eigener Privilegien, als um den eigentlich vielversprechenderen Kampf für global bessere Arbeitsbedingungen, der ja die Druckmittel der Industrie, die ständige Drohung mit Verlagerung in Billiglohngebiete, effektiver und dauerhafter aushöhlen könnte. Gerade in konsumorientierten Gesellschaften ist die Angst weit verbreitet, mit dem Verlust der Arbeit aufgrund des dominierenden Wertesystems auch gleich die Existenzberechtigung zu verlieren. In den Ländern hingegen, wo gegenwärtig der Idealtypus des Beschäftigten der schönen neuen globalen Arbeitswelt in großer Zahl rekrutiert wird, hängt aufgrund des Mangels stabiler Sozialsysteme tatsächlich die Überlebensmöglichkeit an der Arbeit. Es sind nicht die Arbeiter, schon gar nicht die wirklich Ausgebeuteten des globalen Arbeitsmarktes, die ihre Stimmen gegen dieses System erheben. Der Widerstand könnte nur effektiv sein, wenn tatsächlich die Abhängigen in großer Zahl und globaler Dimension ihre Arbeit niederlegten, wenn auch nur um sich selbst und ihren anonymen Vorgesetzten ins Bewußtsein zu rufen, daß die Abhängigkeit so einseitig dann doch nicht verteilt ist. Aber derlei Utopien haben schon im anderer Hinsicht keine Früchte getragen: „Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.“ Stell Dir vor es ist Kapitalismus, und keiner geht arbeiten. Aber das wird natürlich nie eintreten, weil der Glaube, mehr verlieren als gewinnen zu können, gerade bei denen dominiert, die sich schon eine einigermaßen komfortable Position erkämpft haben. Die weniger Glücklichen wissen, daß sie auf Solidarität der Glücklicheren nicht zu hoffen brauchen.

Wenn die Opponenten der herrschenden Weltordnung einmal in den Nachrichten gezeigt werden, dann ist es im Scheitern. Die Globalisierungsgegner, die vor den abgeschirmten Gebäuden der Weltelite demonstrieren, dabei mit Polizeigewalt in Schach gehalten und gegebenenfalls getötet werden. Aber, indem sie den Nachrichten die Bilder liefern, denen diese nicht widerstehen können, verschwinden sie zumindest nicht aus den Erzählungen. So

³⁵ Das allein persönliche Betroffenheit selbst in der Politik einen Standpunkt verändern kann, zeigt das Beispiel Horst Seehofer, der nach eigener schwerer Krankheit in der Gesundheitspolitik einen anderen Weg einschlagen wollte als seine Partei, was ihm vorher wohl nicht in den Sinn gekommen wäre. In Interviews bekennt er freimütig, daß sein Eintreten für eine Gesundheitsreform, die nicht allein auf finanzielle Einsparungen gerichtet ist, grundlegend von seiner persönlichen Erfahrung herrührt.

erringen sie im Scheitern einen Sieg, weil sie die Gewalt der Herrschaft der Welt vor Augen führen. Die große Herausforderung für diejenigen, die an die Ränder gedrängt werden, weil sie in die schöne neue Welt nicht so recht passen wollen, besteht darin, nicht aus den Geschichten zu verschwinden, Wege zu finden, ihr Leid ins Bewußtsein einer Öffentlichkeit zu bringen.

Das könnte auch als Rechtfertigung des Terrorismus gelesen werden, aber indem jegliche Ausprägung des altbekannten Terrorismus sich der Ästhetik des Todes bedient, was ja nicht nur ein Phänomen des islamistisch geprägten Terrorismus ist – schon die RAF und die ETA setzten auf Bilder des Todes – offenbart der Terrorismus seinen Mangel, zu anderem Denken fähig zu sein, als dem des Systems, das so todestrunken bekämpft und dabei doch nur in seiner Gültigkeit bekräftigt wird. Wahrhaft oppositionell wäre ein Fanatismus des Lebens, der sich nicht mittels verbreiteter Angst und neuer Unterdrückung seinen Weg ins Bewußtsein der Menschen bahnt. Noch mehr Angst hilft niemandem, sie dient höchstens der persönlichen Eitelkeit derer, die sie verbreiten und letztendlich denen, die doch eigentlich bekämpft werden sollten. Mit dem „Kampf gegen den Terror“ hat die internationale politische Elite eine neue Rechtfertigung gefunden, die Kontrolle über ihre Unterebenen noch mehr auszuweiten, Freiheitsspielräume durch umfassendere Kontrolle in den Griff zu bekommen. Geschenkt wurde ihnen diese Rechtfertigungen von den Terroristen, die weder Anwälte noch Retter der Unterdrückten sind, als die sie sich so gerne stilisieren. Visionen eines wirklich menschenwürdigeren Lebens bedürfen nicht des Mordes an Unschuldigen oder an Vertretern des zu bekämpfenden Systems, da Angst niemanden dazu bewegen wird, sich den Dissidenten anzuschließen.

Im Angebot der Massenmedien ist alle Information enthalten, die notwendig ist, um die Netze der Macht zu lesen³⁶. Die Kommunikation der Herrschaft offenbart die Interessen der Herrschenden, es steht jedem frei aus diesen Informationen etwas zu schöpfen.

Wenn es auch unwahrscheinlicher denn je erscheinen mag, daß die Unterworfenen eines global gültigen Herrschaftssystems sich jemals auf breiter Front aus dem Griff der über sie verfügenden Menschen befreien werden, so kann der einzelne Untertan aus dem Ausgangsmaterial der Worte seiner Beherrscher doch den nötigen Zorn in sich reifen lassen, um das vollkommen individuelle Projekt der Befreiung des eigenen Geistes von den herrschenden Ideen in Angriff zu nehmen, was ein guter Anfang ist. Die Klasse der Herrschenden wird nicht ihre Ansprüche aufgeben, aber Ideen verlieren ihre Legitimation und damit auch ihre realitätskonstituierende Macht, wenn niemand mehr etwas auf sie gibt.

³⁶ Der Begriff bezieht sich auf eine Stelle in D. Haraways „A Manifesto for Cyborgs“: „Chela Sandoval, ..., has theorized a hopeful model of political identity called „oppositional consciousness“, born of the skills for reading webs of power by those refused stable membership in the social categories of race, sex, or class.“ (S. 73)

Literatur

Theodor W. Adorno: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute (1968)

In: Soziologische Schriften I;

Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1979

Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Kulturindustrie

In: Dialektik der Aufklärung - Philosophische Fragmente;

S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, Limitierte Jubiläumsedition, Januar 2002

Hakim Bey: T.A.Z. - Die temporäre autonome Zone (1991)

Edition ID-Archiv, Berlin, 1994

Donna Haraway: Anspruchsloser Zeuge @ Zweites Jahrtausend.

FrauMann© trifft OncoMouse™ - Leviathan und die vier Jots: Die Tatsachen verdrehen (1996)

In: Elvira Scheich (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit, Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg

Donna Haraway: A Manifesto for Cyborgs - Science, technology and socialist feminism in the 1980s (1984)

In: Socialist Review 80

© André Seifert, 2006

Dieser Text darf ohne Genehmigung des Autors von Privatpersonen für nicht kommerzielle Zwecke weiterverbreitet werden.

Für eine geplante kommerzielle Veröffentlichung (Zeitschriften, Bücher, kostenpflichtige Online-Angebote etc.) ist die Kontaktaufnahme unter folgender Website und die ausdrückliche Genehmigung des Autors erforderlich:

www.muse-magazin.de